



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Januar 2017



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

20. Dezember 2016

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
eclipse_images – iStock (S. 5), loveguli – iStock (S. 6),
Africa Studio – Fotolia (S. 12), Nmann77 – Fotolia (S. 13),
Ingo Bartussek – Fotolia (S. 14), vege – Fotolia (S. 15),
Uli-B – Fotolia (S. 16), BMWi/Maurice Weiss (S. 17 – 23),
Schmiedehammers (S. 25), KWK Aachen (S. 26),
KWK Aachen (S. 27), Twinstterphoto – iStock (S. 28),
Petmal – iStock (S. 29), Air Images – Shutterstock (S. 30)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	10
Zur Diskussion.....	12
Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990.....	17
Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen.....	25
Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte.....	29
II. Wirtschaftliche Lage.....	33
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	34
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	36
III. Übersichten und Grafiken.....	49
1. Gesamtwirtschaft.....	50
2. Produzierendes Gewerbe.....	58
3. Privater Konsum.....	66
4. Außenwirtschaft.....	68
5. Arbeitsmarkt.....	70
6. Preise.....	72
7. Monetäre Entwicklung.....	76
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	78
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	80

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Über fünf Jahre haben die Forscher der Unabhängigen Geschichtskommission des Bundeswirtschaftsministeriums historische Archive durchkämmt, Gespräche mit Zeitzeugen, Experten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt sowie Originaldokumente und bereits existierende Studien ausgewertet. Nun haben sie am 7. Dezember 2016 ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Damit ermöglichen die Historiker erstmals einen umfassenden und detaillierten Einblick in die Geschichte des Wirtschaftsministeriums und seiner Vorgängerinstitutionen sowie der deutschen Wirtschaftspolitik – von der Gründungsgeschichte 1917 bis hin zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990. Als eines der ersten Forschungsvorhaben der Bundesbehörden nimmt das Projekt dabei eine gesamtdeutsche Perspektive ein und beleuchtet auch die Strukturen in der ehemaligen DDR.

Eindrucksvoll wird deutlich, wie die furchtbaren Katastrophen der deutschen Geschichte – zwei verheerende Kriege, das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und der nationalsozialistische Völkermord – mit der Wirtschaftspolitik und ihren Akteuren verbunden waren. Die zwölf Jahre NS-Herrschaft bilden dabei den Tiefpunkt. Mitarbeiter des Ministeriums beteiligten sich an der Ausbeutung der besetzten Länder ebenso wie an der Entrechtung und wirtschaftlichen Ausbeutung der jüdischen Minderheit bis hin zur Vernichtung ihrer Existenzgrundlagen. Auch in die Planungen zur Ermordung von 30 Millionen Menschen im Osten Europas waren Mitarbeiter des Ministeriums verstrickt. Für die meisten Beamten hatte das keine Konsequenzen. Im Gegenteil: Viele der Mitarbeiter des Reichswirtschaftsministeriums tauchten später in den Personalverzeichnissen des Bundeswirtschaftsministeriums wieder auf.

Die Ergebnisse der Unabhängigen Geschichtskommission zeigen aber auch, dass aus der Katastrophe gelernt wurde. Die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft wollten eine Ordnung schaffen, in der offener Wettbewerb und soziale Sicherheit in eine Balance kommen. Aus der Sozialen Marktwirtschaft wurde so eine Erfolgsgeschichte der zweiten deutschen Demokratie. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wollten die Freiheit bewahren und die Demokratie schützen. An diese Tradition sollten wir uns und andere immer selbstbewusst erinnern.

Der Abschluss des Forschungsprojektes markiert gleichzeitig auch das Startsignal für den nächsten notwendigen Schritt. Wir beginnen nun, auch die Geschichte der oberen Bundesbehörden im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums intensiv zu erforschen. So sollen auch deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen anschaulichen Zugang zur Geschichte ihrer Behörde bekommen.

Schließlich hilft die Auseinandersetzung mit der Geschichte, das eigene Selbstverständnis im Verhältnis zum jeweiligen Dienstherrn zu schärfen. Das gilt auch für die Beamtinnen und Beamten in der öffentlichen Verwaltung. Freiheit, Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte sind tragende Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Neben einem Artikel zum Abschlussbericht der Unabhängigen Geschichtskommission enthält die vorliegende Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ ein Mut machendes Interview mit Willkommenslotsen der Aachener Handwerkskammer zum Engagement kleiner und mittlerer Betriebe bei der Integration von Flüchtlingen. Außerdem finden Sie den Bericht über einen Workshop im Bundeswirtschaftsministerium, in dem ausgelotet wurde, welche neuen Möglichkeiten so genannte regulatorische Experimentierräume für die Wirtschaftspolitik bieten, und über zahlreiche weitere aktuelle wirtschaftspolitische Themen.

Wie immer wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre. Vor allem aber wünsche ich Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachtstage und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2017.

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

40 Jahre OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen



Am 19. Dezember 2016 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den 40. Geburtstag der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen gefeiert.

Trotz ihres Alters gewinnen die OECD-Leitsätze stetig an Aktualität. Die seit einigen Jahren immer intensiver geführte Globalisierungsdebatte zeigt, wie wichtig international anerkannte Spielregeln gerade auch für das Handeln multinational tätiger Unternehmen sind. Die OECD-Leitsätze geben den Unternehmen solche Regeln an die Hand. Sie stellen Empfehlungen der Regierungen an die Unternehmen dar, die aufzeigen, wie verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln geschehen kann und soll.

Die OECD-Leitsätze beschreiben Sorgfaltspflichten für Unternehmen in unterschiedlichen Themenbereichen wie Menschenrechte, Beschäftigung und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, Umwelt, Korruption und Besteuerung. Ein Unternehmen kann mit den jeweiligen Auswirkungen unternehmerischen Handelns auf diese

Themenbereiche auf unterschiedliche Weise verbunden sein. Es kann zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen selbst verursachen oder zur Verletzung durch ein anderes Unternehmen beitragen. Daneben finden die Leitsätze aber auch dann Anwendung, wenn die negativen Folgen zwar nicht durch einen eigenen Beitrag des Unternehmens verursacht wurden, aber aufgrund einer Geschäftsbeziehung mit der Geschäftstätigkeit, den Produkten oder Dienstleistungen des Unternehmens unmittelbar verbunden sind. Ein Unternehmen trägt daher nach den OECD-Leitsätzen nicht nur Verantwortung für die eigenen Aktivitäten, sondern für die Aktivitäten seiner gesamten Lieferkette. Einem deutschen Händler kann es damit also nicht egal sein, welche Zustände in seiner Produktionsstätte in Bangladesch vorherrschen.

Inzwischen finden die OECD-Leitsätze nicht nur in den 35 OECD-Mitgliedstaaten, sondern darüber hinaus in 11 anderen Teilnehmerländern¹ Anwendung. Die Leitsätze sehen vor, dass alle Mitgliedstaaten und Teilnehmerländer Nationale Kontaktstellen (NKS) einrichten.

¹ Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Kolumbien, Ägypten, Jordanien, Litauen, Marokko, Peru, Rumänien und Tunesien

Die bisher eingerichteten 42 NKS haben die Aufgabe, die OECD-Leitsätze bekannt zu machen, über deren Inhalte zu informieren und ihre Einhaltung zu fördern. Zudem sollen die NKS zur Lösung von Problemen beitragen, die sich bei der Umsetzung der OECD-Leitsätze ergeben. Hierfür fungieren die NKS als Beschwerdestelle. Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann sich über eine potenzielle Verletzung der OECD-Leitsätze durch ein Unternehmen beschweren. Dies sind in der Regel Gewerkschaften oder Nichtregierungsorganisationen, aber auch Einzelpersonen. Seit 2001 haben die NKS insgesamt über 360 Beschwerden aus über 100 Ländern bearbeitet, mit steigender Tendenz.

Die deutsche NKS befindet sich im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Alle Entscheidungen und Aktivitäten der NKS werden im Ressortkreis mit sieben weiteren Bundesministerien abgestimmt. Ein Arbeitskreis der Ressorts mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen unterstützt die NKS bei der Arbeit und berät sie.

Derzeit wird die NKS neu aufgestellt und gestärkt. Dies entspricht einer Verpflichtung, die Deutschland gemeinsam mit seinen G7-Partnern in der Abschlusserklärung von Elmau 2015 übernommen hat und die auch im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verankert sein wird. Als erste Maßnahme wurde die NKS mit Wirkung zum 1. Dezember 2016 in eine eigene Organisationseinheit überführt. Dies soll eine bessere Sichtbarkeit der NKS gewährleisten. Die NKS soll auch personell aufgestockt werden, um Kapazitäten unter anderem für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen. Langfristig sollten alle international tätigen Unternehmen aus Deutschland die OECD-Leitsätze kennen und sich an diese halten.

Autor: Dr. Miriam Häfele
Referat: Auslandsinvestitionen, Pariser Club,
Entwicklungsbanken

Schaufenster in die Zukunft der Energiewende geöffnet



Fünf Modellregionen gehen zur Erprobung der Energieversorgung von morgen in die Testphase

Der Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Rainer Baake, hat am 6. Dezember Förderbescheide an fünf Modellregionen übergeben, in denen die Energieversorgung der Zukunft erprobt werden soll. Sie sind Teil des Förderprogramms „Schaufenster Intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG). „Wir wachsen in ein System hinein, in dem die erneuerbaren Energien unsere Stromversorgung ganz überwiegend und zeitweise auch zu 100 Prozent übernehmen werden“, sagte

Baake. Wie sich die Energieversorgung unter diesen Bedingungen klimafreundlich, sicher und effizient gestalten lässt, soll mithilfe des Förderprogramms beantwortet werden.

Baake: „Es geht darum, Musterlösungen zu entwickeln und die Praxistauglichkeit zu demonstrieren.“

Mehr als 200 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert die fünf Modellregionen in den nächsten vier Jahren mit insgesamt mehr als 200 Millionen Euro. SINTEG gehört

zur Digitalen Agenda der Bundesregierung. Die Förderung des BMWi wird durch private Investitionen ergänzt. Insgesamt werden so über 500 Millionen Euro in die Digitalisierung des Energiesektors investiert. Mehr als 200 Unternehmen und weitere Akteure, zum Beispiel aus der Wissenschaft, sind beteiligt.

Die Modellregionen sind über ganz Deutschland verteilt

Die fünf Modellregionen wurden in einem Förderwettbewerb ausgewählt. Sie verteilen sich auf 15 Bundesländer:

- ▶ „C/sells: Großflächiges Schaufenster im Solarbogen Süddeutschland“: Das Schaufenster in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen hat den Schwerpunkt „Solarenergie“. Im Fokus steht die regionale Optimierung von Erzeugung und Verbrauch.
- ▶ „Designetz: Baukasten Energiewende – Von Einzellösungen zum effizienten System der Zukunft“: In dem Schaufenster in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland soll Energie aus Solarenergie und Windkraft für die Versorgung von urbanen und industriellen Verbrauchern genutzt werden.
- ▶ „enera: Der nächste große Schritt der Energiewende“: Im niedersächsischen Schaufenster geht es unter anderem um regionale Systemdienstleistungen, die das Netz lokal stabilisieren und die Zuverlässigkeit der Stromversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien weiter erhöhen.
- ▶ „NEW 4.0: Norddeutsche EnergieWende“: Das Schaufenster in Schleswig-Holstein und Hamburg soll zeigen, dass die Region bereits 2025 sicher und effizient mit 70 Prozent regenerativer Energie versorgt werden kann.
- ▶ „WindNODE: Das Schaufenster für intelligente Energie aus dem Nordosten Deutschlands“ umfasst die fünf ostdeutschen Länder und Berlin. Ziel ist eine effiziente Einbindung von erneuerbarer Erzeugung in einem System aus Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor.

Mit der Übergabe der Förderbescheide endet die Wettbewerbsphase und die Umsetzung der Projekte kann beginnen.

Kontakt: Alexander Folz
Referat: Flexibilität der Nachfrage,
Technische Systemintegration, Speicher

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Januar 2017	
06.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
12.01.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
23./24.01.	Eurogruppe und ECOFIN
Ende Januar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2017	
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
14.02.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
20./21.02.	Eurogruppe und ECOFIN
27.02.	Evtl. TTE-Rat (Energie)
Ende Februar 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
März 2017	
02./03.03.	Informeller Handelsrat
07.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
08.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
09./10.03.	Europäischer Rat
15.03.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20./21.03.	Eurogruppe und ECOFIN
Ende März 2017	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html



Grafik des Monats

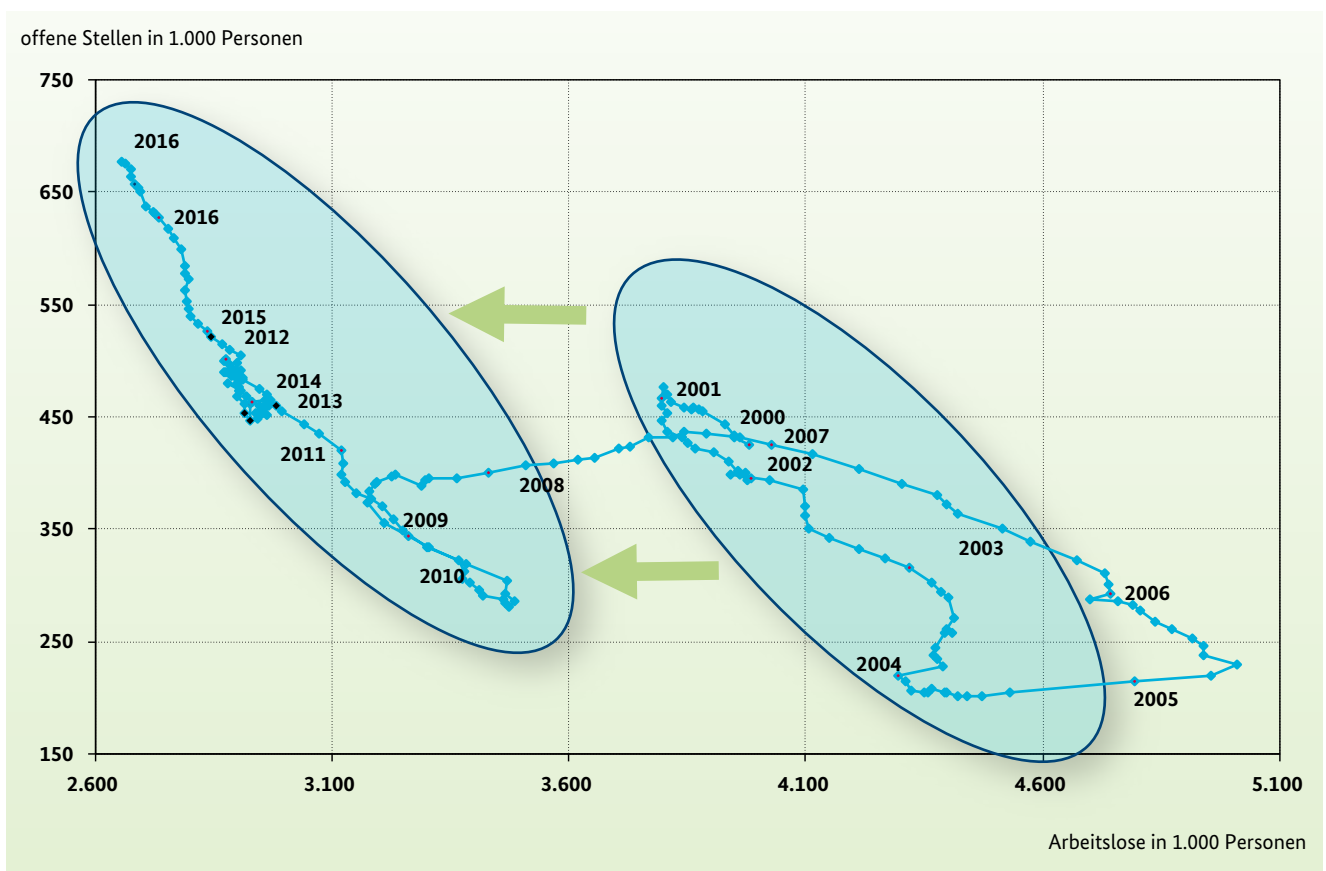
Der deutsche Arbeitsmarkt ...

... befindet sich in einer strukturell deutlich günstigeren Verfassung als noch in den 2000er Jahren. Dies zeigt die Entwicklung der so genannten Beveridge-Kurve, die die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen der Anzahl offener Stellen gegenüberstellt. In den frühen 2000er Jahren lag die Kurve weit rechts. Die Arbeitslosigkeit war hoch. Gleichzeitig gab es eine große Zahl offener Stellen. Viele Stellen blieben trotz vieler Arbeitsloser unbesetzt. Das hat sich in den letzten Jahren deutlich geändert: Bei einer bestimmten Zahl an offenen Stellen sind nun weniger Personen arbeitslos, die Kurve hat sich nach links verschoben. Nicht zuletzt durch die Hartz-Reformen hat sich der Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage deutlich verbessert.

Die Beveridge-Kurve selbst weist für Deutschland ein typisches konjunkturelles Muster auf (negatives Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und offenen Stellen). Die derzeitige Aufschwungphase der deutschen Wirtschaft geht mit einer sinkenden Anzahl von Arbeitslosen und einer steigenden Anzahl von offenen Stellen einher, die nur schwer besetzt werden können. Im November 2016 standen demnach 2,6 Millionen Arbeitslosen insgesamt 678.000 offene Stellen gegenüber.

Beveridge-Kurve: Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen

(Januar 2000 bis November 2016)



Hinweis: saisonbereinigte Zahlen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Das Wirtschaftswachstum dürfte im vierten Quartal wieder Fahrt aufnehmen, nachdem es sich im dritten Quartal wie erwartet verlangsamt hatte.
- ▶ Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin schwierig, scheint sich aber allmählich ein wenig aufzuhellen, sodass sich die Exportaussichten etwas verbessern.
- ▶ Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im dritten Quartal stabilisiert und im Oktober seitwärts bewegt. Die Indikatoren deuten auf eine gewisse Belebung in den kommenden Monaten hin.
- ▶ Die Nachfrage nach Arbeitskräften verliert etwas an Dynamik, bleibt aber weiterhin hoch. Der private Konsum erhält weiterhin zuverlässige Impulse vom Arbeitsmarkt.

Die Konjunktur dürfte im Jahresendquartal wieder Fahrt aufnehmen.¹ Im dritten Quartal hatte sie sich abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm lediglich um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu.² Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates wurden kräftig erhöht und auch die Bauinvestitionen ausgeweitet. Die Investitionen in Ausrüstungen wurden dagegen angesichts der schwachen Exportentwicklung und der Unwägbarkeiten aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld eingeschränkt. Im Ergebnis stand einer robusten Binnennachfrage ein negativer Wachstumsbeitrag des Außenhandels gegenüber. Die Weltkonjunktur scheint sich aber im zweiten Halbjahr 2016 ein wenig zu beleben. Das Geschäftsklima hat sich auch deshalb wieder spürbar aufgehellt. Die Bestellungen des Verarbeitenden Gewerbes erhielten im Oktober einen außergewöhnlichen Schub. Zwar hat sich der Anstieg der Beschäftigung seit dem Sommer auch in den Dienstleistungsbereichen spürbar verlangsamt, aber gerade auch im tertiären Bereich ist die Konjunktur nach einer zögerlichen Entwicklung im dritten Quartal weiter aufwärtsgerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Leistung sollte daher im vierten Quartal etwas stärker zunehmen als im Vorquartal.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich insgesamt etwas aufgehellt. Die weltweite Industrieproduktion ist weiter leicht aufwärtsgerichtet, was vor allem auf die Schwellenländer zurückgeht. In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur im dritten Quartal wieder an Dynamik gewonnen. Dies dürfte sich im vierten Quartal fortsetzen. Die Wirtschaftsleistung der EU-28 ist im dritten Quartal um 0,4% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Alle Länder konnten ein Wachstum verzeichnen. Das Vereinigte Königreich wuchs unterstützt durch die Pfund-Abwertung nach dem Brexit-Referendum mit 0,5% sogar recht deutlich. Das Wachstum in China schwächt sich tendenziell weiter ab, bleibt aber vergleichsweise hoch. Die großen rohstoffexportierenden Schwellenländer Russland und Brasilien dürften allmählich ihre Rezession verlassen. Auch in den Industriestaaten dürfte sich das Wachstum etwas beschleunigen. Insgesamt wird das globale Wachstum, aufgrund des schwachen ersten Halbjahrs, im Jahr 2016 geringer ausfallen als im Vorjahr. Die OECD erwartet im Jahr 2016 einen Anstieg des globalen BIP von 2,9%. Im Jahr 2017 dürfte sich das Wachstum auf 3,3% beschleunigen. Die Unsicherheiten bleiben allerdings nicht zuletzt aufgrund des Brexits, der Unwägbarkeiten der zukünftigen US-Politik und der politischen Lage in Italien hoch.

Angesichts der leichten Belebung der Weltkonjunktur sind die deutschen Ausfuhren wieder leicht aufwärtsgerichtet. Die temporäre Schwächephase im Sommer scheint überwunden. Nach der Zahlungsbilanzstatistik sind die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen im Oktober saisonbereinigt um 1,0% gegenüber dem Vormonat gestiegen. Die nominalen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen haben im Oktober um saisonbereinigt 1,3% zugenommen. Auch im Dreimonatsvergleich sind die Einfuhren mit einem Zuwachs von 2,6% etwas stärker gestiegen als die Ausfuhren mit 1,7%. Vom Außenhandel gehen demnach per Saldo gegenwärtig keine Wachstumsimpulse aus. Die Entwicklung der nationalen Konjunkturindikatoren wie die industriellen Auftragseingänge, die Exporterwartungen der Unternehmen sowie die realen effektiven Wechselkurse deuten aber wie auch die allgemeine Einschätzung der Weltkonjunktur auf eine moderate Exportbelebung hin.

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Dezember 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Die Industrieproduktion entwickelte sich zuletzt seitwärts. Sie stagnierte im Oktober annähernd mit +0,1% im Vergleich zum Vormonat. Im Zweimonatsvergleich wurde die Produktion von Vorleistungsgütern um 0,6% und die von Investitionsgütern um 0,2% ausgeweitet. Die Herstellung von Konsumgütern ging leicht zurück. Der deutliche Anstieg der Auftragseingänge zu Beginn des vierten Quartals (+4,9%) hat kurzfristig noch zu keiner Ausweitung der Produktion in der Industrie geführt. Die Industrieproduktion konnte sich somit noch nicht nachhaltig aus der Stagnation im dritten Quartal lösen. Die Produktion im Baugewerbe hat sich dagegen zu Beginn des vierten Quartals um 1,7% im Vergleich zum Vormonat deutlich erhöht. Die verbesserten industriellen Auftragseingänge und das günstigere Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe deuten nunmehr auf eine gewisse Belebung der Konjunktur im Produzierenden Gewerbe zum Jahresende hin.

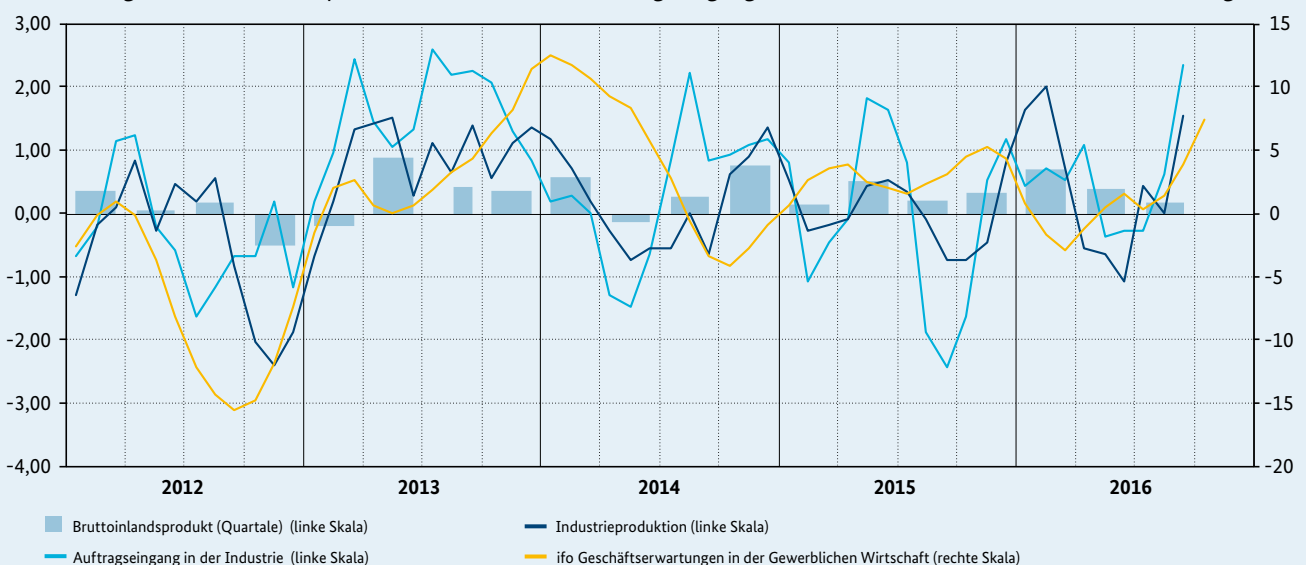
Im dritten Quartal wurden die privaten Konsumausgaben um 0,4% ausgeweitet und leisteten damit erneut einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum des BIP. Auch im Jahresschlussquartal dürfte der private Konsum eine wichtige Stütze der konjunkturellen Entwicklung bleiben. So sind die Umsätze im Einzelhandel im Oktober kräftig um 2,5% gestiegen und auch die Kfz-Umsätze legten in den vergangenen Monaten wieder spürbar zu. Die Stimmung im Ein-

zelhandel hat sich im November auf hohem Niveau verbessert und auch das GfK-Konsumklima der Verbraucher ist zuletzt gestiegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise zum Vorjahr blieb mit 0,8% im November noch moderat, dürfte aber allmählich weiter zunehmen.

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzten sich verlangsamt fort. Die Erwerbstätigkeit ist in diesem Jahr weiter gestiegen, wenn auch seit den Sommermonaten nicht mehr ganz so dynamisch. Im Oktober lag sie bei gut 43,8 Mio. Personen, 0,8% über Vorjahresniveau. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung indes ist seit Juni kein klarer Aufwärtstrend mehr erkennbar, wobei auch im September der Vorjahresstand deutlich überschritten (+1,3%) wurde. Die Frühindikatoren deuten ebenfalls weiterhin auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist im November weiter leicht rückläufig. Sie sank im November saisonbereinigt um 5.000 Personen und beträgt nach den Ursprungszahlen 2,53 Mio. Personen. Tendenziell dürfte diese Entwicklung anhalten. Gebremst wird der Abbau durch den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt, der vor allem durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wird. Insgesamt dürften vom Arbeitsmarkt auch weiterhin positive Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quelle: StBA, BBk, ifo Institut

Zur Diskussion

Reallabore: Zukunftsweisendes Instrument der Wirtschaftspolitik?

Ergebnisse eines Workshops

Innovationen, die etablierte Formen der Güterproduktion oder des Angebots von Dienstleistungen nicht nur punktuell verbessern, sondern grundlegend umwälzen, können schnell an Grenzen stoßen. Sie geraten zum Beispiel in Konflikt mit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen und/oder stoßen auf Vorbehalte wegen erheblicher Unsicherheiten im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. Um die Chancen solcher Innovationen dennoch sinnvoll zu nutzen, bietet es sich an, in regulatorischen Experimentierräumen (oder „Reallaboren“) das Zusammenspiel von Innovationen und Regulierung zu erproben. Dadurch können Innovatoren und Innovationen in einer frühen Phase für den Wirtschaftsstandort Deutschland gewonnen werden und zugleich kann regulatorischer Gestaltungsbedarf frühzeitig erkannt werden. Zu den Möglichkeiten und Grenzen von Reallaboren veranstaltete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 8. Dezember 2016 einen Expertenworkshop.



Warum wir regulatorische Experimentierräume brauchen

Die Digitalisierung mit ihren zahlreichen Technologiesprüngen und umwälzenden Geschäftsmodellen sowie immer kürzeren Innovationszyklen ist mit großen Chancen, aber auch neuen Herausforderungen verbunden. Besonders große Technologiesprünge werden häufig als „disruptiv“ bezeichnet, weil sie das Potenzial für völlig neue Marktentwicklungen mit einer Vielzahl von Folgeinnovationen und neuen Geschäftsmodellen haben. Gleichzeitig stellen sie herkömmliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen in Frage.

Damit Deutschland seine Position in der Spitzengruppe der innovationsstarken Länder behaupten kann, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Wirtschaft

und Gesellschaft stärker und breiter als bisher von solchen Technologiesprüngen profitieren können. Gleichzeitig sind die Unsicherheiten über Auswirkungen solcher „disruptiven“ Innovationen auf Wirtschaft und Gesellschaft häufig groß. Es kann zu gesellschaftlichen Vorbehalten oder gar Widerständen gegen Innovationen kommen, obwohl diese an sich gesamtwirtschaftlich vorteilhaft sind.

Auch für die Rechtsordnung stellen disruptive Innovationen häufig eine große Herausforderung dar. Innovationen können neue rechtliche Rahmensetzungen des Staates erfordern, um berechtigten Schutzinteressen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Zugleich soll der Rechtsrahmen aber auch innovationsfördernd sein und Innovationen nicht erschweren oder gar a priori unmöglich machen. Benötigt wird daher eine „smarte“ Regulierung, die stärker auf empi-

rische Daten gestützt und „adaptiv“ ist, also an jeweils neue Erkenntnisse angepasst werden kann. Häufig besteht allerdings Unklarheit darüber, wie eine solche Regulierung konkret aussehen könnte. Auch die Wirkung von Innovationen, gerade im Hinblick auf nicht unmittelbar betroffene Bereiche, ist häufig nur schwer absehbar. Schließlich werden neue Technologien und Geschäftsmodelle, die heute noch nicht absehbar sind, den Regulierungsrahmen immer wieder neu in Frage stellen.

Das Zauberwort heißt hier Flexibilität. Eine Möglichkeit besteht darin, Innovationen und regulatorische Instrumente im Zusammenspiel zunächst experimentell zu testen, beispielsweise zeitlich befristet in einem geografisch abgegrenzten und rechtlich abgesicherten Raum unter möglichst realtypischen Bedingungen. Die Schaffung solcher regulatorischer Experimentierräume oder „Reallabore“ ist auch Teil der Vorschläge des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Rahmen der Digitalen Strategie 2025. Indem die Möglichkeit der Erprobung von Regulierung und Innovation geschaffen wird, können einerseits Innovatoren und Innovationen in einer frühen Phase angezogen werden. Andererseits kann regulatorischer Gestaltungsbedarf frühzeitig erkannt werden. Eine in Reallaboren erprobte „smarte“ Regulierung kann dann gesellschaftlich verträglicher gestaltet werden und die Akzeptanz von Innovationen erhöhen.

Es hängt stark von den spezifischen Technologien und Geschäftsmodellen ab, ob und in welcher Ausgestaltung solche Reallabore sinnvoll sein können. Einheitliche Konzepte gibt es nicht. Das BMWi wird das Thema explorativ erschließen. Einerseits werden bereits spezifische Projekte angestoßen, zum Beispiel im Bereich der Internetmedizin oder in der digitalen Bildung. Andererseits sollen Konzepte entwickelt werden, mit denen die Möglichkeiten und Chancen für Reallabore besser genutzt werden können. Als Ausgangspunkt dazu diente ein Expertenworkshop am 8. Dezember 2016 im BMWi mit Teilnehmern aus Unternehmen, von Kapitalgebern, aus den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie aus verschiedenen Ministerien.

Welche zentralen Erkenntnisse der Workshop lieferte

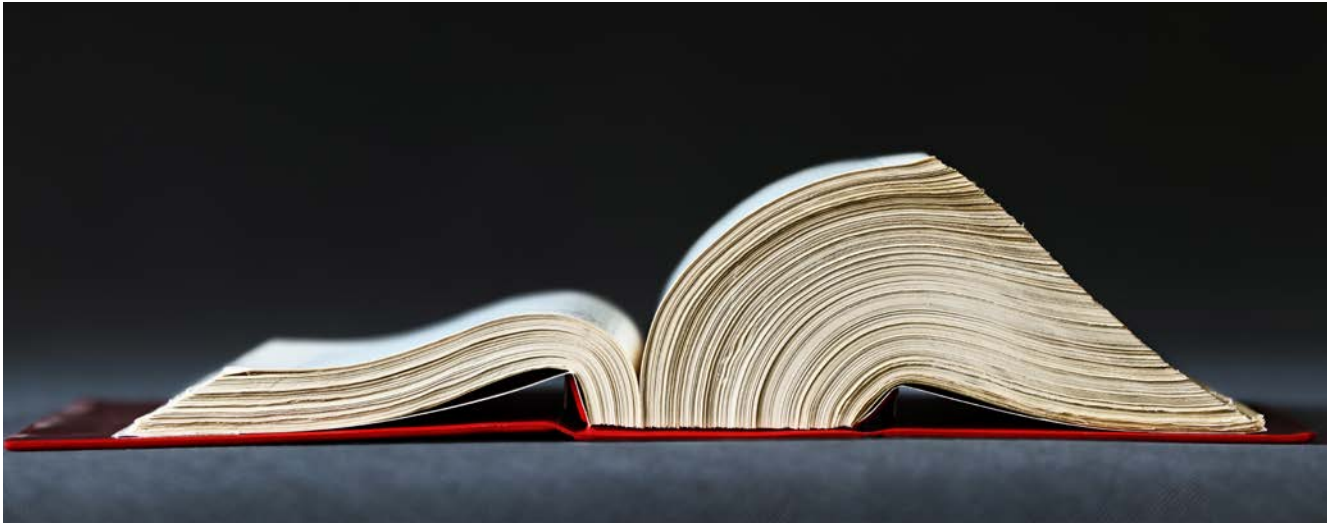
Die ökonomischen, rechtlichen und administrativen Fragestellungen bei der Schaffung von Reallaboren sind vielfältig und komplex. Ziel des Workshops war es daher, zunächst einen möglichst breiten Überblick über die Potenziale, Herausforderungen, mögliche Themenfelder, regulatorische Hürden und Fallbeispiele von Reallaboren zu erhalten.



Nutzen von Reallaboren und Anforderungen aus Sicht der empirischen Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. Axel Ockenfels (Universität zu Köln) erläuterte in allgemeiner Form und anhand konkreter Beispiele den Nutzen und die methodischen Herausforderungen der Experimentellen Wirtschaftsforschung in der Praxis. Die Vorteile von Experimenten bestünden vor allem darin, Innovationen zu einem Praxistest zu verhelfen und daraus Aussagen zu Ursache-Wirkungs-Beziehungen (Kausalität) abzuleiten, zum Beispiel zwischen einer Regulierung und einem beobachteten Verhalten. Darüber hinaus betonte Prof. Ockenfels die Rolle von Experimenten zur Erleichterung der Kommunikation regulatorischer Überlegungen, da Experimente relativ leicht verständlich und nachvollziehbar seien und eine zielgerichtete und datenbasierte Diskussion erlaubten. Außerdem könnten Experimente der Umkehr der Beweislast dienen: Anstelle bestimmte Regulierungsinstrumente erst nach Einführung zu bewerten, könnte durch Experimente vor Einführung gezeigt werden, wie sie wirken und ob sie überhaupt notwendig sind. Die methodischen Herausforderungen an Experimentierräume lägen vor allem darin, die Repräsentativität und Transparenz sicherzustellen, ethische Maßstäbe zu gewährleisten und die langfristigen Wirkungen von Innovation und Regulierung zu erkennen.

Die experimentelle Erprobung ist nach Prof. Ockenfels der „Goldstandard“, wenn Erkenntnisse über die Auswirkungen neuer Verfahren und Innovationen gesammelt werden sollen. Deshalb werde in Unternehmen mit Online-Geschäftsmodellen heute kaum eine Idee ohne vorherige experimentelle Testphase umgesetzt. Aber auch andere



Unternehmen und Verwaltungen setzten zunehmend experimentelle Methoden ein. Häufig würden Konzepte und Rahmenbedingungen auf Basis von Experimenten und Datenauswertungen schrittweise angepasst. Dieses Vorgehen ließe sich auch auf die Regulierung übertragen. Regulierung müsse zunehmend adaptiv und datengetrieben sein. Dies schaffe die notwendige Flexibilität in der digitalen Welt.

Rechtliche Herausforderungen von Reallaboren

Prof. Dr. Martin Burgi (LMU München) diskutierte die öffentlich-rechtlichen Herausforderungen von Experimentierräumen und PD Dr. Alexander Hellgardt (Max-Planck-Institut für Steuerrecht und öffentliche Finanzen) ordnete Reallabore in den wirtschaftsrechtlichen Kontext ein.

Schwerpunkt der Ausführungen von Prof. Burgi war, wie Reallabore aus rechtlicher Perspektive ermöglicht werden können. Grundsätzlich bestehe keine verfassungsrechtliche Hürde, die den Staat per Gesetz an der Einrichtung eines Experimentiertraumes hindere. Er argumentierte aber, dass es zunächst sinnvoll sei, das Instrument des Experimentiertraums selbst gesetzlich zu normieren. Hinsichtlich der Gestaltung temporärer regulatorischer Ausnahmen wies Prof. Burgi darauf hin, dass bei gesetzlichen Regelungen häufig die Möglichkeit des Erlasses von Rechtsverordnungen bestehe, die leichter verändert werden könnten. Für rechtliche „Experimentierklauseln“ kämen in einigen Fällen auch die Satzungen von Kammern in Betracht (z. B.

die Berufsordnungen der Ärzteschaft). Prof. Burgi verwies auf die verschiedenen Ebenen staatlicher Regulierung. So seien häufig europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben, besonders bei sicherheits-, umwelt- und datenschutzrechtlichen Standards, zu beachten. Beim Zugang zu Reallaboren seien vergaberechtliche Regelungen zu beachten, im Falle finanzieller Unterstützung des Staates das EU-Beihilferecht. Prof. Burgi thematisierte zudem Aspekte einer möglichen staatlichen Institution zur Steuerung, Kontrolle und Aufsicht von Reallaboren (z. B. einer Bundesdigitalagentur¹). Er plädierte zudem dafür, in der Wahl der Regulierungsinstrumente dem Experiment möglichst viel Flexibilität und Kreativität einzuräumen, z. B. durch allgemeine Klauseln im höherrangigen Recht.

Dr. Hellgardt beschrieb den wirtschaftsrechtlichen Rahmen, d. h. Regulierungsziele und -instrumente sowie deren Zusammenwirken. Zusätzliche Regulierungsinstrumente würden nicht immer die Effektivität steigern, könnten aber zu Kosten und ggf. unerwünschten Nebenwirkungen führen. Auf dieser Basis leitete Dr. Hellgardt zwei mögliche Modelle für Experimentierräume ab. Das „Erprobungsmodell“ schaffe dabei künstlichen regulatorischen Freiraum zur Erprobung einer bestimmten Technologie bzw. eines bestimmten Geschäftsmodells. Dazu müssten zielgenau konkrete rechtliche Hindernisse außer Kraft gesetzt werden. Kern dieses Modells ist, die Erprobung einer konkreten Innovation zu erlauben und regulatorischen Handlungsbedarf direkt zu erkennen. Demgegenüber ist im „Re-Regulierungsmodell“ der Ausgangspunkt nicht eine spezifische Innovation, sondern die Identifikation von Rechtsgebieten mit rechtlichen

1 Vgl. Digitale Strategie 2025, BMWi.

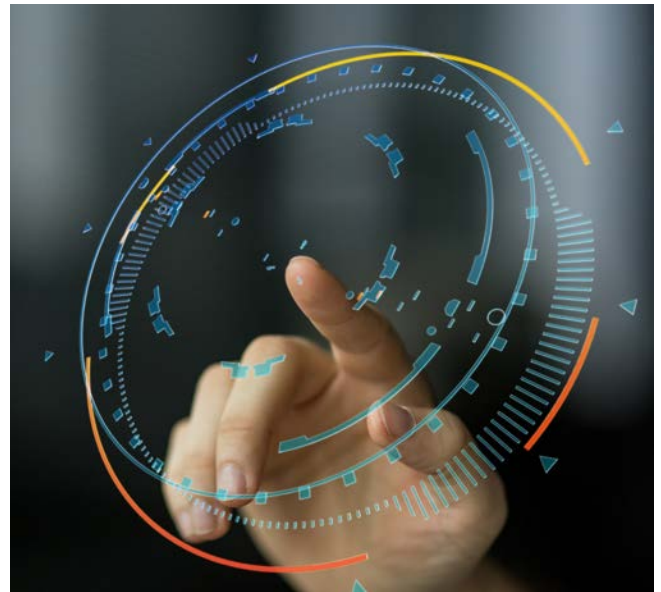
Zugangshürden für Innovationen. Diese Regulierungsinstrumente würden dann partiell verändert oder aufgehoben. Der Experimentierraum steht dann allen Innovatoren offen. Kern dieses Modells ist demnach die Überprüfung, ob ein bestimmter Regulierungsrahmen tatsächlich eine innovationshemmende Wirkung hatte.

Diskussion: Spannungsfeld zwischen Innovationen und regulatorischen Grenzen

In der Diskussion wurden vielfältige Innovationsfelder benannt und diskutiert, die sich für regulatorische Experimentierräume eignen könnten, weil sie Innovationspotenziale und regulatorischen Handlungsbedarf vereinen: unter anderem moderne Mobilitätskonzepte wie autonomes Fahren, Biotechnologie, E-Health, 3D-Druck, Robotik, Finanzsektor, die Rechts- und Steuerberatung, das Handwerk, Geschäftsmodelle der „Sharing Economy“ und der Online-Handel. Darüber hinaus wurden konkrete Regulierungsinstrumente genannt, die Innovationen aus Sicht der jeweiligen Teilnehmer häufig verhindern, z. B. der Datenschutz oder das EU-Beihilferecht.

Einige Unternehmensvertreter wiesen darauf hin, dass sich Innovationen im Vorhinein nicht strukturieren ließen. Häufig seien die Innovationspotenziale von morgen noch gar nicht bekannt, so dass auch noch nicht absehbar sein könne, welche rechtlichen Regelungen sich als Hemmnis für künftige Innovationen erweisen werden. Mindestens ebenso wichtig wie die Einrichtung von Experimentierräumen sei daher die Schaffung von allgemeinen Freiräumen und einer stärker innovationsfreundlichen und offenen Regulierung. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass neue Technologien Regulierung in bestimmten Fällen sogar obsolet machen könnten.

Darüber hinaus wurden konkrete Beispiele und Konzepte für Reallabore diskutiert, die bereits bestehen, z. B. im Bereich der Internetmedizin. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) plant im Rahmen von „Arbeiten 4.0“ Experimentierräume, beispielsweise im Bereich der Arbeitsorganisation, der Interaktion zwischen Mensch und Technologie, der Weiterbildung und des zeit- und ortsflexiblen Arbeitens und wies auf laufende und geplante Projekte der Initiative Neue Qualität der Arbeit hin. Viele der Ansätze könnten im geltenden Rechtsrahmen verwirklicht werden. Im Bereich der Arbeitszeit bedürfte es in einigen Fällen einer konditionierten gesetzlichen Öffnungsklausel. Wichtig sei aus Sicht des BMAS die Einbindung aller Akteure (insbesondere der Sozialpartner).



Reallabore in der Praxis

Der Workshop diente auch dazu, praktische Anwendungsfälle von Experimentierräumen aus sehr unterschiedlichen Bereichen vorzustellen:

„Delivery Robot“: Roger Hillen-Pasedag (Hermes Germany GmbH) stellte ein Kooperationsprojekt des europäischen Technologie-Start-ups Starship Technologies und des Logistikdienstleisters Hermes Germany vor. In dem Programm „Urban Blue 4.0“, das bei Hermes die Entwicklung (digitaler) urbaner Logistiklösungen bündelt, werde in Hamburg als erster deutscher Großstadt die Zustellung von Paketen durch Roboter getestet. Starship erprobt den Einsatz dieser Roboter bereits erfolgreich in London, Washington und Tallinn/Estland. Herr Hillen-Pasedag beschrieb im Detail die administrativen Anforderungen und Genehmigungsverfahren.

„Paketkopter“: Matthäus Pruski (DHL Paket GmbH) präsentierte ein seit 2013 laufendes DHL-Forschungsprojekt. Ziel sei es, den Transport von Waren per Flugdrohnen in geografisch schwer zugängliche Gebiete unter realen Bedingungen zu erproben. Über das Forschungsprojekt „DHL Paketkopter“ seien bereits in verschiedenen praktischen Anwendungen (Bonn 2013, Insel Juist 2014) Erfahrungen unter realen Bedingungen gesammelt worden. In der kürzlich abgeschlossenen Testphase wurde die vollständig in die DHL-Logistikkette integrierte Drohnenlieferung zwischen Reit im Winkl und der Winklmoosalm erprobt. Dazu wären auch Ausnahmegenehmigungen für den Flugverkehr notwendig gewesen.



Autonomes und vernetztes Fahren: Dr. Markus Decker (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Baden-Württemberg) stellte ein gerade im Aufbau befindliches Testfeld für autonomes und vernetztes Fahren in Karlsruhe vor. Ein solches Testfeld erlaube es nicht nur, in einer realen, aber kontrollierten Umgebung neue Technologien wie die Kommunikation der Fahrzeuge untereinander oder mit der Infrastruktur zu testen. Es gebe dem Regulator auch wichtige Erkenntnisse über notwendige Regelungen, beispielsweise im Bereich Normung und Sicherheit. Das Beispiel verdeutlichte, wie komplex die Konzeption von Reallaboren in bestimmten Fällen sein kann.

E-Health: Thom Rasche (Earlybird Venture Capital) und Dr. Markus Müschenich (Flying Health) thematisierten die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Innovationen im Bereich Gesundheit. Herr Rasche problematisierte aus der Perspektive eines Kapitalgebers (Earlybird Health Tech Fund) die aus seiner Sicht restriktiven Rahmenbedingungen, unter denen solche Innovationen bei Gewährleistung von Patientensicherheit im deutschen Gesundheitssystem ausprobiert und finanziert werden können, um weitere Daten zur Kosten-Nutzen-Analyse zu generieren. Dr. Müschenich knüpfte daran an und beschrieb die Arbeit und Entwicklung des „Flying Health Incubator“, in dem Start-ups digitale Diagnose- und Therapie-Applikationen zur Marktreife entwickelten.

Die abschließende Diskussion sowie der gesamte Workshop bestätigten, dass die Frage der Ausgestaltung von Reallaboren sehr stark vom Einzelfall – der jeweiligen Technologie, dem Geschäftsmodell, dem spezifischen regulatorischen Umfeld – abhängt. Es herrschte jedoch Einigkeit, dass es auch Institutionen bedürfe, die Best Practices voranbringen und innovative Unternehmen „an die Hand“ nehmen und gleichzeitig Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erprobung von Innovationen machen. Das BMWi wird sich auf dieser Basis vertieft mit der Konzeption von regulatorischen Experimentierräumen befassen und im Dialog mit Wissenschaft, Unternehmen, Verbänden und gesellschaftlichen Interessenvertretern überlegen, ob, wie und in welchen Bereichen Reallabore als wirtschaftspolitisches Instrument zum Test von Innovationen, neuen Geschäftsmodellen und angepassten regulatorischen Rahmenbedingungen eingesetzt werden können.

Alle Interessierten sind eingeladen, Beispiele, Anmerkungen und Vorschläge zum Thema „Reallabore“ unter folgender E-Mail-Adresse einzureichen:

reallabore@bmwi.bund.de

Kontakt: Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990

Abschlussbericht zur Geschichte des BMWi und seiner Vorgängerinstitutionen vorgestellt

Der Abschlussbericht der Unabhängigen Geschichtskommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) und seiner Vorgängerinstitutionen liegt nun vor. In vier Bänden befasst sich der Bericht mit der Geschichte des Hauses und der Wirtschaftspolitik in Deutschland von der Gründung des Reichswirtschaftsamts 1917 bis hin zur Wiedervereinigung 1990. Die Forschungsergebnisse wurden Herrn Minister Gabriel am 7. Dezember im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung überreicht.



Die Unabhängige Geschichtskommission beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat ihren Abschlussbericht zur Geschichte des Bundeswirtschaftsministeriums und seiner Vorgängerinstitutionen an Bundeswirtschaftsminister Gabriel übergeben.

Der Auftrag an die Wissenschaftler

Die Vorarbeiten zum Projekt begannen bereits Ende 2010. Nach einem Symposium mit über 30 Historikern im Juni 2011 berief Bundesminister a. D. Dr. Rösler dann Ende 2011 die Unabhängige Geschichtskommission. Die Mitglieder der Kommission (siehe Kasten) wurden mit einer unabhängigen wirtschaftshistorischen Aufarbeitung beauftragt. Diese sollte einen umfassenden Einblick in Funktion und Wirkungsweise des BMWi und seiner Vorgängerinstitutionen im geschichtlichen Zeitablauf ermöglichen. Ziel war es dabei, in einer historischen Tiefenperspektive – zurück bis zu den Anfängen des Ministeriums und weit über das Dritte Reich hinaus – die Geschichte wirtschaftspolitischen Denkens in Deutschland nachzuzeichnen.

Die Forschungen wurden in vier Teilprojekten vorangetrieben: zur Weimarer Zeit (ab 1917), zur NS-Diktatur 1933 – 1945, zur Ära der Sozialen Marktwirtschaft 1945 – 1990 sowie zu den Parallelstrukturen in Ostdeutschland 1945 – 1990. Damit ist dieses Projekt eines der ersten geschichtlichen Forschungsvorhaben der Bundesbehörden, das aus einer gesamtdeutschen Perspektive heraus auch die zentrale Wirtschaftsverwaltung und die Planwirtschaft in der ehemaligen DDR untersucht.

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Werner Abelshausen, Stefan Fisch
Dierk Hoffmann, Carl-Ludwig Holtfrerich
Albrecht Ritschl (Hrsg.)

WIRTSCHAFTS- POLITIK IN DEUTSCHLAND 1917-1990



ISBN: 978-3110465334



Der Abschlussbericht wird in vier Bänden unter dem Titel „Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990“ veröffentlicht.

Die Kommission legt als Ergebnis ausdrücklich nicht „eine für ausschließlich richtig gehaltene Interpretation mit alleinigem Wahrheitsanspruch vor“, sondern lässt voneinander abweichende Bewertungen und Gewichtungen zu.

Die Publikation ist unter dem Titel „Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990“ im De Gruyter Oldenbourg Verlag erschienen. Darüber hinaus wurden bzw. werden weitere Ergebnisse des Projekts als Begleitbände ebenfalls im De Gruyter Oldenbourg Verlag veröffentlicht: Ein Begleitband unter dem Titel „Erdöl, Mais und Devisen – eine Dokumentation der ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1951 bis 1967“ – ist bereits publiziert. Zwei weitere Begleitbände werden 2017 erscheinen. Dabei handelt es sich zum einen um eine Dokumentation über das Reichswirtschaftsministerium (RWM) im Zweiten Weltkrieg. Zum anderen geht es um die Erstellung eines Bestandsverzeichnisses für die im Russischen Militärarchiv lagernden Akten des Reichswirtschaftsministeriums; dieses Verzeichnis wurde im Rahmen des Projekts ins Deutsche übersetzt. Damit wurden erstmals Akten des RWM erschlossen, die bislang der Forschung kaum zugänglich waren.

Die Kommission

Werner Abelshauer, verantwortlich für das Teilprojekt zum Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft, ist Forschungsprofessor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld.

Stefan Fisch ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, an der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Dierk Hoffmann, verantwortlich für das Teilprojekt zur Staatlichen Plankommission der DDR, ist Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Carl-Ludwig Holtfrerich, verantwortlich für das Teilprojekt zum Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik, ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Freien Universität Berlin.

Albrecht Ritschl, Sprecher der Kommission und verantwortlich für das Teilprojekt zum Reichswirtschaftsministerium im Dritten Reich, ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economics.

Michael Hollmann ist Präsident des Bundesarchivs und stand der Kommission als beratendes Mitglied zur Verfügung.

Neben den Kommissionsmitgliedern waren 20 weitere Wissenschaftler als Autoren mit Einzelbeiträgen beteiligt.

In einer Abschlussveranstaltung am 7. Dezember 2016 haben die Mitglieder der Geschichtskommission das vierbändige Werk an Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, übergeben. Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie zu den Forschungsergebnissen finden Sie unter folgendem Link: www.bmwi.de/DE/Ministerium/Geschichte/geschichtskommission.html

Aus der Fülle des von der Geschichtskommission erarbeiteten Materials werden im Folgenden aus jedem der vier Teilprojekte beispielhaft einige ausgewählte Ergebnisse vorgestellt.

Das Reichswirtschaftsministerium in der Weimarer Republik

Die Geschichte des Wirtschaftsministeriums beginnt mit der Ausgründung des Reichswirtschaftsamtes (RWA) aus dem Reichsamt des Inneren am 21. Oktober 1917. Das RWA kümmerte sich um die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten des Reiches, bevor die sozialpolitischen Aufgaben ein Jahr später an das neu gegründete Reichsarbeitsamt übergangen. Aus dem RWA wurde im Jahr 1919 das Reichswirtschaftsministerium.

Dort bildete sich in kurzer Zeit eine hochprofessionelle Beamenschaft heraus, die an allen größeren Reformprojekten der Weimarer Republik ihren Anteil hatte. Die

Beamten standen nicht nur loyal, sondern teilweise auch aus Überzeugung zur Modernisierung und Demokratisierung des Deutschen Reiches und gehörten zu den Verteidigern der Weimarer Republik. 1919/20 wurden verstärkt junge Akademiker eingestellt, darunter nunmehr auch Volkswirte und Frauen.

Das RWM wurde mit Aufgaben wie der Bekämpfung der Inflation, Reparationen an die Siegerstaaten sowie der Wiedergewinnung von Exportmärkten betraut. Es gewann zunächst schnell neue Kompetenzen in der Preispolitik, der sektoralen Wirtschaftslenkung und der Außenwirtschafts- und Devisenkontrolle. Die Wirtschaftsstatistik wurde rasant modernisiert und ausgebaut. So gab es zur Vorbereitung der Londoner Reparationskonferenz, auf der die Reparationsschuld Deutschlands festgesetzt werden sollte, im Februar 1921 eine bahnbrechende Fragebogenaktion an alle Wirtschaftsverbände und unter RWM-Einfluss stehenden industriellen Selbstverwaltungskörperschaften. Bis ins Detail wurde Auskunft über die Produktion und die maximalen Produktionskapazitäten sowohl im Jahr 1913 als auch im Jahr 1920 verlangt. Das Ergebnis dieser Umfrage wird von der Geschichtskommission erstmals veröffentlicht. Diese Art der Befragung konnte damals aufgrund des Widerstands der Wirtschaft nicht auf Dauer eingerichtet werden. Unter anderem für die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands als Reparationsschuldner wurde die Erfassung des Volksvermögens und -einkommens allerdings unentbehrlich.



„Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik“ – dazu sprach Prof. Dr. Ursula Büttner von der Universität Hamburg.

Das Reichswirtschaftsministerium spielte eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines neuen Ansatzes der Handelspolitik, bei dem staatliche Kredite eingesetzt wurden, um Exporte in Länder zu fördern, in denen private Finanzierungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren. Allerdings befand sich das RWM in einem dauernden Kampf um Zuständigkeiten mit den angrenzenden Ressorts der Innen-, Arbeits-, Verkehrs- oder Finanzpolitik, sowohl auf Reichs- wie auch auf Länderebene.

Ab 1929 und mit der Weltwirtschaftskrise gewann die Devisenpolitik eine besondere Bedeutung. In dieser Zeit betrieb die Beamtenschaft in sehr professioneller Weise – und zum Teil gegen die eigene Überzeugung – die Abwicklung von Reformprojekten und den Übergang in eine Deflationspolitik. Prominent wurde die Rolle des Referenten Wilhelm Lautenbach, der als inoffizieller Chefökonom des Ministeriums vor dieser Entwicklung warnte und sie zugleich mitgestaltete. Die Autoren diskutieren kontrovers die Frage, ob die Deflationspolitik Auswirkung einer fehlgeleiteten volkswirtschaftlichen Doktrin oder verzweifelte Austeritätspolitik eines Schuldnerlandes unter dem Druck einer Troika auswärtiger Zentralbanken war (ähnlich der aktuellen Krise Griechenlands).

Insgesamt wird festgestellt, dass sich das Reichswirtschaftsministerium nach 1923/24 weit weniger intensiv an der Formulierung der generellen politischen Linie beteiligte und bis zum Beginn des NS-Zeit an Einfluss verlor.

Das Reichswirtschaftsministerium (RWM) im Dritten Reich

Mehrere Beiträge der Veröffentlichung der Geschichtskommission stellen differenziert personelle Entwicklungen dar. Ein Beitrag hebt die schnelle „Selbstnazifizierung“ des Ministeriums hervor, 1933 durchgeführt – in der Zeit eines Machtvakuumms – auf Order des Ministers Hugenberg (nicht auf Anweisung der NSDAP) von dem langjährigen, zuvor politisch unauffälligen Spitzenbeamten Massenbach. Das ideologische Feindbild, Antisemitismus und Antirepublikanismus, hatten breite Wurzeln. Zuletzt zeigte sich, dass die Säuberung steckenblieb, in Teilen zurückgenommen wurde und die Säuberer selbst traf. Hitler verfolgte die Politik, das RWM aus Parteisicht systematisch unterzubesetzen und Parteidogmatiker fernzuhalten.



Bundesminister Sigmar Gabriel bedankte sich bei der Geschichtskommission für ihre außerordentlich gründliche und an Erkenntnissen reiche Studie: „Dabei wird deutlich, wie die furchtbaren Katastrophen in der deutschen Geschichte – zwei verheerende Kriege, das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und der nationalsozialistische Völkermord – auch die wirtschaftspolitischen Strategien beeinflusst haben.“

Nach der Machtergreifung am 20. Januar 1933 hatte das RWM zunächst nicht in vorderster Linie der antisemitischen Bewegung gestanden. Mit Hinweis auf volkswirtschaftliche Schäden, die aus ausländischen Reaktionen auf die Judenverfolgung resultieren könnten, wurden anfangs sogar immer wieder gesetzwidrige Aktionen und Maßnahmen eifriger Nationalsozialisten untersagt bzw. aufgehoben.

Ende 1937 deutete ein RWM-Erlass dann bereits eine allgemeine antisemitische Wirtschaftspolitik an. Durch Verordnung Görings vom Februar 1938 wurde ein Judenreferat für die Belange der „Entjudung der deutschen Wirtschaft“ geschaffen. Die Liste ehemaliger Mitarbeiter dieses Referats im späteren BMWi ist beachtlich. Im April 1938 wurde zeitgleich mit der Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen die Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe genehmigungspflichtig. Ab diesem Zeitpunkt war die wirtschaftliche Vernichtung der jüdischen Minderheit im vollen Gang. Die starke Verstrickung des RWM in die nationalsozialistische Terrorherrschaft zeigt sich allein daran, dass nach Ende des Krieges drei seiner ehemaligen Reichsminister auf der Anklagebank des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg saßen, die die Wirtschaftspolitik zwischen 1933 und 1945 maßgeblich geprägt hatten (Schacht, Funk, Göring).

Die Ausbalancierung der Devisenbilanz bei einer überbewerteten Währung wurde zur wirtschaftspolitischen Achillesferse des Dritten Reichs. Das zuvor von Reichsbank und RWM unterhaltene Devisenmonopol wurde zu einem umfassenden Außenhandelsmonopol mit gespaltenen Wechselkursen ausgebaut. Diese Planwirtschaft mit lückeloser Kontrolle ermöglichte eine außenwirtschaftliche Steuerung nach politischen Prioritäten. Schacht setzte sich als Reichsbankpräsident gegenüber dem damaligen Minister Schmitt damit durch, dieses System in den Dienst der Aufrüstung zu stellen, nur so viele Exporte zuzulassen, wie zur Deckung des hierfür nötigen Devisenbedarfs nötig waren, und den auswärtigen Schuldendienst nun fast völlig einzustellen.

Seit 1939 war das RWM damit befasst, nicht kriegswichtige Zivilgüterproduktionen zu identifizieren und den Transfer der Ressourcen in rüstungsnahe Industrien zu organisieren. Später hatte es auch Anteil an der Ausplünderung (einschließlich der Ausbeutung durch Zwangsarbeit) in den besetzten Gebieten.

Neben Devisenkontrolle und lenkungswirtschaftlicher Kriegsvorbereitung brachte das RWM in den mittleren 30er Jahren eine Reihe von Regulierungsgesetzen auf den Weg, die nach dem Krieg mit nur leichten Änderungen in

den Kranz der Ausnahmebereiche der bundesdeutschen Wettbewerbsordnung übernommen wurden, so z.B. das Kreditwesengesetz oder das Energiewirtschaftsgesetz. Aus wirtschaftlicher Sicht bedeutend war auch die Handwerksordnung von 1935, die die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Innungen ebenso wie den Meisterzwang brachte. Eine Novelle von 1939 führte die Bedürfnisprüfung bei der Errichtung neuer Handwerksbetriebe ein und erlaubte – im Vorgriff auf die kriegswirtschaftliche Angebotslenkung – die Schließung bestehender Betriebe in überbesetzten Branchen.

Die sich wandelnden Formen der kriegswirtschaftlichen Organisation waren den Forschungsergebnissen zufolge jedoch nicht Elemente einer Wirtschaftsideo-logie: Geplant war die Rückkehr zu einem weitgehend marktwirtschaftlichen System nach dem Krieg. So hat Hitler 1944 in einer Rede betont, der Staat werde sich nach dem Krieg damit begnügen, Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft zu schaffen.

Zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR

Im Mittelpunkt der Forschungen zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und zur DDR stehen die zentrale Wirtschaftsverwaltung und die Planwirtschaft. Fragt man nach dem Standort der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, so fallen zunächst nur Brüche auf:

Die SED sah es als ihren großen Erfolg an, den Kapitalismus mit seinen negativen Auswirkungen (vor allem die Massenarbeitslosigkeit) endgültig beseitigt zu haben. Dazu wurden in den ersten Nachkriegsjahren der Großgrundbesitz enteignet, die Industriebetriebe verstaatlicht und ein umfassender Elitenwechsel durchgeführt. Mit diesen Zwangsmaßnahmen verminderte sich aber die Geltungskraft von Kriterien der wirtschaftlichen Effizienz – ein grundsätzliches Problem, auf das die SED-Führung in den 1960er Jahren mit Wirtschaftsreformen reagierte.

Bei der Errichtung der Planwirtschaft besaß die Sowjetunion zwar eine wichtige Vorbildfunktion für Ost-Berlin. Dennoch wird der in diesem Zusammenhang oftmals verwendete Begriff ‚Sowjetisierung‘ der Komplexität dieses Prozesses nicht gerecht. Zweifellos bestimmte Moskau die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die verhängten Demontagen und die angeordneten Reparationszahlungen. Außerdem orientierten sich die ostdeutschen Planungsexperten an einzelnen Elementen der sowjetischen

Lenkungswirtschaft. Schließlich gab es auch noch sowjetische Berater in der DDR-Wirtschaftsverwaltung. Die einzelnen Beiträge der Publikation zeigen aber, dass die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen vielschichtig waren. So konnte die SED-Führung bei den bilateralen Gesprächen, die freilich nicht auf gleicher Augenhöhe stattfanden, zeitweilig auch einige Erfolge verbuchen. Um hier etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, wurden im Rahmen des Projekts einschlägige Aktenbestände der relevanten Moskauer Archive ausgewertet.

Die DDR grenzte sich wirtschaftspolitisch nicht nur von der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus, sondern auch von der Bundesrepublik ab. Der Kalte Krieg war im geteilten Deutschland auch eine Auseinandersetzung um das bessere Wirtschaftssystem: Markt versus Plan. Trotz der Erfolge des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders war für viele Zeitgenossen der Bonner Republik zunächst keineswegs ausgemacht, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber dem planwirtschaftlichen Modell der DDR langfristig gesehen überlegen sein würde. Vor dem Hintergrund der Sputnik-Euphorie glaubte die SED-Führung wieder an den eigenen Erfolg im Wettstreit mit der Bundesrepublik und verkündete weit reichende Konsumversprechen, die entsprechende Erwartungen in der DDR-Bevölkerung weckten.

In der DDR sollte der Plan die Grundlage für die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bilden; er legte Wirtschaftsziele, Investitionsschwerpunkte und Ressourceneinsatz verbindlich fest. Die Verteilung der knappen Güter hatte zentral von oben zu erfolgen. Mit der Errichtung der Planwirtschaft erfolgte in der DDR der Aufbau völlig neuartiger Institutionen, die in der deutschen Verwaltungstradition beispiellos waren. Eine zentrale Rolle übernahm hier die am 8. November 1950 gebildete Staatliche Plankommission (SPK). Sie hatte eine koordinierende Funktion gegenüber den Branchenministerien. Trotz der engen Verflechtung der SPK mit der SED-Führung besaß 1960 jeder dritte SPK-Mitarbeiter noch kein SED-Parteibuch. Ehemalige NSDAP-Mitglieder waren in der SPK etwa zu 2,8 (1955) oder 5,3 Prozent (1958) vertreten.

Die einzelnen Beiträge des Bandes stellen nicht nur die Strukturen und das Personal der zentralen Wirtschaftsverwaltung vor. Sie beschäftigen sich außerdem mit ausgewählten Themenfeldern, die die Verwaltungspraxis beleuchten und die Relevanz für die DDR-Wirtschaftsgeschichte besitzen: Ordnungs- und Preispolitik, Energie- und Rohstoffpolitik, Forschungs- und Technikpolitik, Konsumpolitik sowie Außenwirtschaftspolitik.

Zum Aufbau der DDR-Wirtschaftsstatistik wird erstmals ausführlich der Rückgriff auf die Wirtschaftsstatistiken und die Planungsinstrumente der nationalsozialistischen „Lenkungswirtschaft“ beschrieben. So stellte der Industriezensus von 1936 lange Zeit die wichtigste statistische Basis und Bezugsgröße für die ostdeutschen Planungsexperten dar. Eine Schlüsselrolle nahm indirekt Rolf Wagenführ ein, der im Dritten Reich gleichzeitig die Statistikabteilung im Rüstungsministerium und die Industrieabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) geleitet hatte. Wagenführ setzte seine außergewöhnliche Karriere nach Ende des Zweiten Weltkriegs bruchlos fort. Anfangs stand er für kurze Zeit im Dienst der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), um dann aber in den Westen zu gehen. Im Juli 1946 wurde er Hauptabteilungsleiter im Statistischen Amt der britischen Zone und schließlich 1958 erster Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften. An seiner Person lässt sich die zentrale Bedeutung einer hochgradig professionalisierten Statistik für die Funktionsweise moderner Industriestaaten ablesen, und zwar unabhängig von den politischen Systemunterschieden.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) in der Sozialen Marktwirtschaft und die Personalkontinuitäten aus der NS-Zeit

Das BMWi in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft

Die Autoren der Geschichtskommission analysieren zunächst die ordnungspolitische Rahmensezung für wirtschaftspolitisches Handeln und untersuchen die Anwendung dieser Konzepte exemplarisch auf einschlägigen Operationsfeldern deutscher Wirtschaftspolitik. Die ministeriellen Binnenstrukturen und deren personelle wie administrative Logiken hätten das BMWi von anderen Bonner Ministerien unterschieden und ihm seinen Ruf als „Ordnungs- und Überzeugungsministerium“ verschafft, das – weit über seine originären Zuständigkeiten hinaus – ein Querschnittsressort mit Orientierungsfunktionen für die gesamte Regierung werden konnte.

Da das liberale Ideal einer „Ordnungspolitik der unsichtbaren Hand“ spätestens in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre an seine Grenzen gekommen sei, habe das BMWi mit einer „Ordnungspolitik der sichtbaren Hand“ eine ganz eigene Handlungsmaxime entwickelt. Es habe eine überraschend aktivistische Politik der Marktgestaltung betrieben: Zwar wurden Eingriffe zur Erhaltung bestehender Märkte abgelehnt, doch sei die Praxis der Sozialen Markt-



Auf der Abschlussveranstaltung diskutierte die Geschichtskommission mit Staatssekretär Dr. Rainer Sontowski (2. v. l.).

wirtschaft von Anpassungsinterventionen stark geprägt gewesen. Politikziel war dabei eine Erhöhung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft bei gleichzeitiger Milderung sozialer Anpassungslasten. Das gesellschaftspolitische Ziel der Mittelstandsförderung trat ab den frühen siebziger Jahren in den Hintergrund.

Deutsche Wirtschaftspolitik, so ein Beitrag, musste sich vor allem im Spagat zwischen europäischer Integration und Weltmarktorientierung bewähren. Als potenzielles Überschussland diente Westdeutschland zunächst der amerikanischen Politik als Instrument, um mit seiner Hilfe Westeuropa wieder zu stabilisieren und gegen die sowjetische Herausforderung (auch militärisch) zu stärken. Die systematische Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit („Handelspolitik nach innen“) habe sich auf dem Weltmarkt nach der Rückkehr Chinas und der Öffnung des Ostblocks umso mehr ausgezahlt.

Auch wenn sich das 1949 gegründete BMWi von Anfang an schwergetan habe, eigene Zuständigkeiten insbesondere gegenüber klassischen Ressorts wie dem Bundesministerium der Finanzen oder dem Auswärtigen Amt zu reklamieren,

habe das BMWi ein unverwechselbares Profil entwickelt und weit über seine Zuständigkeiten hinaus Autorität in wirtschaftspolitischen Fragen und bei der ordnungspolitischen Koordinierung der Wirtschaftspolitik ausgeübt.

NS-belastete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt gab es in der ersten Hälfte der 1950er Jahre eine generöse Einstellungspraxis. Dabei gab es Beamtenkontinuitäten auf hohem Karriereniveau. Die Abteilungsleiter Hans Koelfen und Hermann Reinhardt fungierten schon im Reichswirtschaftsministerium als stellvertretende Abteilungsleiter. Koelfen in der Abteilung „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ direkt unter Otto Ohlendorf, Reinhardt in der Außenwirtschaftsabteilung mit Zuständigkeiten u. a. für Südosteuropa. Ihr Kollege Elmar Michel, nach langer französischer Haft ab 1953 Leiter der Mittelstandsabteilung, stand ehemals der Hauptabteilung Wirtschaft des Militärverwaltungsstabes in Frankreich vor. Dort arbeitete als Abteilungschef auch der Außenhandelspezialist und nachmalige Unterabteilungsleiter Ernst Robert von Mahs. Sein späterer Kollege Felix-Alexander Prentzel, als Unterab-

teilungsleiter im Bundesministerium u.a. zuständig für die Koordinierung der Entflechtung der Chemieindustrie, war vor 1945 nach einer Tätigkeit bei der IG Farben Abteilungsleiter Gewerbliche Wirtschaft im „Wirtschaftsstab Ost“ und zugleich stellvertretender Leiter der Abteilung „Besetzte Gebiete“ in der Außenwirtschaftsabteilung des Reichsministeriums gewesen.

Obendrein beschäftigte das Wirtschaftsministerium mit Ernst Kutscher, Erhard Moehrke, Carl-Günther von Coelln und Hans Humbert vier ehemalige Mit- oder Zuarbeiter der so genannten „Judenreferate“. Kutscher war im Auswärtigen Amt mit „antijüdischer Auslandsaktion“ befasst gewesen. Er fungierte dann von 1949 bis 1953 als persönlicher Referent Erhards und war in dieser Zeit nicht zuletzt mit Fragen des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens betraut, ehe er ins Auswärtige Amt zurückkehrte. Moehrke, von Coelln und Humbert hatten nach 1938 im mit Arisierungsfragen befassten Judenreferat des Reichswirtschaftsministeriums gearbeitet und waren in den 1950er Jahren wieder im Bundeswirtschaftsministerium tätig

Das institutionell-berufliche Rekrutierungsfeld des BMWi nach dem Krieg war vergleichsweise stark diversifiziert: Nur knapp zehn Prozent der Belegschaft (1956) entstammten dem direkten Reichsvorgänger, bei der gesamten Führungsebene (1949 – 1990) waren es gut 16 Prozent. Doch knapp 85 Prozent derjenigen, die zwischen 1949 und 1963 im Rang eines Ministerialdirektors oder -dirigenten amtierten, waren bereits vor 1945 im öffentlichen Dienst gewesen.

Der neben dieser beruflichen Herkunft brisanteste Kontinuitätsfaktor war der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Von den neun zwischen 1949 und 1990 amtierenden Ministern waren zwei in der NSDAP gewesen (Schmücker und Schiller). Von den 19 Staatssekretären waren es fünf. Deutlich höher lag der Anteil für die operative Führungsebene der Abteilungs- und Unterabteilungsleiter (1949 – 1963 bei knapp 59 Prozent). Für den Zeitraum 1949 bis 1990 lag der Anteil der NSDAP-Mitglieder bei knapp 40 Prozent. Diese Strukturen entsprachen weitgehend dem Durchschnitt der Bundesministerien.

Kontakt: Dr. Astrid Klesse und Maleika Grün
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen

150 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Willkommenslotsen beraten kleine und mittlere Unternehmen bei allen Fragen rund um die Besetzung von Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen mit Flüchtlingen. Im ersten halben Jahr ihrer Tätigkeit gelangen den Willkommenslotsen rund 1.500 Vermittlungen von Flüchtlingen in eine Arbeit, eine Ausbildung oder ein Praktikum in kleinen und mittleren Unternehmen. Im Interview mit der vermittlungstärksten Kammer in Aachen erfahren wir vom Arbeitsalltag der Beraterinnen und von der Bedeutung der individuellen Beratung für die Betriebe.



Liebe Frau Lüke-Kreutzer, liebe Frau Kretz, Sie sind Willkommenslotsinnen bei der Handwerkskammer Aachen. Was ist Ihre Aufgabe?

Die Antwort auf diese Frage steckt bereits in der Bezeichnung des Programms: Wir Willkommenslotsen übernehmen eine Lotsenfunktion für kleine und mittlere Unternehmen bei der betrieblichen Integration von Flüchtlingen. Durch individuelle Beratung der Unternehmer und Unternehmerinnen ebnen wir Wege, um Geflüchtete einzustellen. Gleichzeitig unterstützen wir die Betriebe dabei, eine Willkommenskultur zu entwickeln. Wir bringen Menschen und Unternehmen zusammen. Beide Seiten profitieren davon.

Das Programm läuft erst seit einem halben Jahr und insbesondere Sie in Aachen haben einen starken Start hingelegt. Wie erklären Sie sich das?

Wir leben in Aachen in direkter Nachbarschaft zu Belgien und den Niederlanden. Wir kennen den Blick über die Grenzen, wir leben hier Europa. Tag für Tag. Für uns ist die

Verständigung mit anderen Kulturen eine Selbstverständlichkeit. Diese Offenheit ist sicherlich sehr förderlich für die Integration der neu zugewanderten Menschen. Und darum – denken wir – zeigen auch die kleinen und mittleren Betriebe in unserer Region eine ganz große Bereitschaft, Flüchtlingen eine berufliche Chance zu geben.

Im Frühjahr hat die Handwerkskammer Aachen ihre Mitgliedsbetriebe befragt, wer freie Praktikums- oder Ausbildungsstellen hat und diese mit Flüchtlingen besetzen würde. 160 Betriebe haben sich umgehend dazu bereit erklärt. Das zeigt die große Offenheit.

In drei Betrieben aus dem Maler-, Metall- und Elektrobereich, die in der Region gut vernetzt sind, haben wir je einen Praktikanten vermittelt. Alle drei Betriebe waren nach dem Praktikum so begeistert von den jungen Menschen, dass sie diese positiven Erfahrungen in der Branche geteilt haben. Seitdem ist die Hauptfrage, die wir seitens der Unternehmen hören: „Wie kommen auch wir an die jungen geflüchteten Menschen heran?“



Das wäre jetzt auch unsere nächste Frage gewesen.

Den ersten Kontakt zu den Flüchtlingen haben wir über zwei Berufskollegs mit internationalen Förderklassen aufgebaut. Dort haben wir viele junge Menschen kennengelernt, die allesamt schon zwei oder drei Jahre in Deutschland waren und kurz vor dem mittleren Schulabschluss standen. Kurzfristig wurden Praktika in den interessierten Betrieben organisiert. Einige Flüchtlinge haben so ihren Platz im Handwerk gefunden, über eine Einstiegsqualifizierung oder einen Ausbildungsplatz.

Insgesamt haben wir festgestellt, dass die Vernetzung mit anderen Akteuren in der Flüchtlingsarbeit entscheidend ist, um Kontakte zu den Geflüchteten aufzubauen. Wir profitieren hier in der Region beispielsweise von der guten Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Aachen, den „Integration Points“ der Arbeitsagenturen, dem Jobcenter und diversen weiteren Akteuren aus regionalen Flüchtlingsprojekten wie dem Café Zuflucht.

Wie läuft eine typische Vermittlung ab?

Zunächst kontaktieren wir Betriebe, von denen wir wissen, dass sie Praktikanten oder Auszubildende suchen. Dort stellen wir unser Projekt vor. Gemeinsam mit dem Unter-

nehmen erarbeiten wir dann ein Anforderungsprofil für die gewünschte Azubi- oder Arbeitsstelle. Wenn wir ein genaues Bild von dem Unternehmen und der Stelle haben, in die vermittelt werden soll, suchen wir den passenden Jugendlichen aus dem Kreis der Flüchtlinge.

Bei der Suche nach dem geeigneten Bewerber treffen wir natürlich auf junge Menschen mit ganz eigenen Zukunftsträumen. Ihre beruflichen Vorstellungen hängen stark mit typischen Erwerbsbiografien in ihren jeweiligen Heimatländern zusammen. Hier sind wir Willkommenslotsen gefragt, gemeinsam mit dem Jugendlichen eine realistische berufliche Perspektive für sie zu entwickeln.

Nach unseren Gesprächen haben wir meist sehr schnell eine Idee, welcher Betrieb und welcher Jugendliche zusammenpassen, und bringen beide Seiten an einen Tisch. Aus unserer Erfahrung ist ein Praktikum ein sehr guter Einstieg, damit sich Jugendliche und Betriebe näher kennenlernen und Vertrauen zueinander aufbauen. Auch während dieser Zeit stehen wir als Willkommenslotsen den Unternehmen unterstützend zur Verfügung.

Bereits in der Praktikumsphase haben uns in der Vergangenheit oftmals Unternehmer begeistert angerufen und gefragt, ob sie den jungen Menschen sofort in Ausbildung



nehmen könnten. Solche Erfolgsmeldungen freuen uns natürlich enorm. Denn unser Ziel ist es, möglichst viele junge Menschen, die bei uns ein neues Leben anfangen möchten, nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren – das heißt über die duale Ausbildung.

Warum ist die Vermittlung in die duale Ausbildung so wichtig?

Das Handwerk braucht dringend qualifizierte Fachkräfte. Flüchtlinge lediglich in so genannte Helfertätigkeiten für Ungelernte zu vermitteln, halten wir nicht für nachhaltig – weder für die Unternehmen, die sich im Wettbewerb behaupten müssen, noch für die jungen Menschen, die meist am Anfang ihres Berufslebens stehen. Darum steht bei uns die duale Berufsausbildung im Fokus.

Welche Herausforderungen begegnen Ihnen, nachdem Sie einen jungen Flüchtling in die duale Ausbildung vermittelt haben?

Der Berufsschulunterricht kann teilweise Schwierigkeiten bereiten. Viele Jugendliche sind sehr fit in der Praxis, haben aber Nachholbedarf beim Textverständnis und beim allgemeinen Schrift- und Sprachgebrauch. Insgesamt bringen die neuen Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedliche Voraussetzungen mit. Das stellt die Berufsschulen vor völlig neue Herausforderungen.

Wichtig ist zudem, dass wir Betriebe und Jugendliche auch nach einer Vermittlung in eine Ausbildung nicht allein lassen. Manchmal können beispielsweise kulturelle oder religiöse Besonderheiten herausfordernd in der Zusammenarbeit sein. Die Betriebe brauchen Ansprechpartner, die sich mit dem Thema Interkulturalität auskennen und in der alltäglichen Praxis unterstützen können. Hier denken wir zum Beispiel daran, dass jugendliche Muslime während des Ramadans tagsüber nichts essen dürfen oder dass eventuell auch alternative Arbeitszeitmodelle eingeführt werden müssen, wenn Menschen ihre Gebetszeiten einhalten wollen.

Unsere Erfahrung zeigt, dass sich viele Probleme lösen lassen, wenn man offen darüber spricht. Dazu an dieser Stelle eine kleine Geschichte, die uns besonders beeindruckt hat: Ein junger Mann aus Westafrika hatte seine Ausbildung bei einem Aachener Bäcker angetreten. Nach drei Monaten hat sich der Ausbildungsmeister vertrauensvoll an uns gewendet, weil der junge Mann nicht immer pünktlich im Betrieb erschien. Wir haben den jungen Afrikaner darauf angesprochen und er vertraute sich uns an: „Ich schaffe es nicht, immer pünktlich zu sein, weil ich nachts laufe. Es fährt kein Bus und ich brauche dann circa zweieinhalb Stunden, um im Betrieb zu sein.“ Daraufhin vermittelten wir Willkommenslotsen ihm über ein Aachener Ehrenamtsprojekt ein Fahrrad. Jetzt ist der junge Mann pünktlich.



Haben Sie vielleicht auch schon besondere Erfolgserlebnisse, die Sie mit uns teilen könnten?

Ja, sehr gefreut haben wir uns über unsere erste westafrikanische Malerauszubildenden-Wohngemeinschaft. Zunächst haben wir einen jungen Guineer aus der Wohngemeinschaft in eine Ausbildung zum Maler und Lackierer vermittelt. Der Betriebsinhaber rief bereits nach zwei Tagen an und sagte: „Sie haben mir die Sonne in den Betrieb gebracht.“ Er traf dann morgens beim Großhändler einen Freund und Malerkollegen. Dieser kontaktierte uns kurz darauf und wollte ebenfalls einen jungen Geflüchteten als Praktikanten aufnehmen. Hierfür bot sich der zweite junge Mann aus der Wohngemeinschaft an. Zuletzt entschied sich auch der dritte Mitbewohner für den Beruf des Malers und Lackierers. Er absolviert seine Ausbildung jetzt in einer Aachener Malerwerkstatt.

Die drei Männer aus Guinea haben ihren Beruf gefunden. Sie leben, arbeiten und lernen zusammen. Und Aachener Unternehmen profitieren von dem Azubi-Nachwuchs.

Was wünschen Sie sich für Ihre künftige Arbeit?

Es freut uns sehr zu sehen, dass durch unsere individuelle Beratung frischer Wind in die Aachener Handwerksbetriebe kommt und sie ihre Stellen mit passenden Bewerbern besetzen können.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass Betriebe und Flüchtlinge auch nach der Vermittlung weiterhin beraten werden und diese Unterstützung annehmen.

Wir hoffen außerdem, dass die Offenheit der Betriebe und der Bevölkerung so groß bleibt wie bislang. Gut qualifizierte junge Menschen, seien es Flüchtlinge oder „eingeborene Öcher“ [Aachener – Anm. d. R.] sind eine große Chance für unsere Wirtschaft.

Kontakt: Dr. Olga Schenk
Referat: Bildungspolitik, Berufliche Aus- und Fortbildung

Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte

Ein Jahr nach dem Übereinkommen von Paris hat die 22. Weltklimakonferenz in Marrakesch vom 7. bis 18. November 2016 die Details der Umsetzung verhandelt. Nachdem in Paris 2015 vorrangig eine internationale Klimaschutzarchitektur beschlossen wurde, war die Klimaschutzkonferenz in Marrakesch die erste Implementierungskonferenz. Wichtigstes Ergebnis: Die Staaten haben einen Fahrplan beschlossen, sich bis zur Klimakonferenz im Jahr 2018 auf konkrete Regelwerke zu einigen. Diese gilt es nun in den folgenden zwei Jahren auszuarbeiten. Eine der Kernfragen lautet: Wie sollen die verschiedenen nationalen Klimaschutzanstrengungen transparent gemacht und überprüft werden?



Klimaschutz nach Paris – Selbstverpflichtung der Staaten als neuer Eckpfeiler

In Paris haben die Vertragsstaaten beschlossen, die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, möglichst auf 1,5 Grad Celsius. Zentrales Instrument des Pariser Übereinkommens sind Selbstverpflichtungen der Staaten, die so genannten „Nationally Determined Contributions“ (NDCs). Einzige Anforderung: Die nationalen Klimaschutzbeiträge müssen alle fünf Jahre gesteigert werden. Ob alle nationalen Klimaschutzanstrengungen zusammengenommen es ermöglichen, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, soll alle fünf Jahre im Rahmen einer globalen Bestandsaufnahme überprüft werden. Erstmals soll diese im Jahr 2023 erfolgen. Das Übereinkommen von Paris mit seinen „Selbstverpflichtungen und Überprüfungen“ löst damit das alte Kyoto-System ab. Dessen Ansatz, der auf verpflichtende Emissionsminderungsziele der einzelnen Staaten abzielte, ließ sich global nicht durchsetzen.

Mittlerweile haben fast alle Staaten ihre nationalen Klimaschutzbeiträge vorgelegt. Viele von ihnen weisen allerdings keine quantifizierbaren Emissionsreduktionen aus. Einige Staaten beziehen ihre Reduktionsziele beispielsweise nur auf die Treibhausgasintensität der Wirtschaft, gemessen als Ausstoß an Kohlenstoffdioxid (CO₂) pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts, und lassen damit bei hohem Wirtschaftswachstum sogar Emissionssteigerungen zu. Andere Staaten wiederum beziehen ihre Minderungsabsicht auf hypothetische „Business as usual“-Referenzszenarien oder machen sie von Finanzierungsleistungen durch Industrieländer abhängig.

Vor allem in der ökonomischen Literatur wurde das Abkommen daher kritisiert: Es werde dem Klimaschutz als öffentlichem Gut nicht gerecht und lade die Staaten vielmehr zum Trittbrettfahren ein. Die Verpflichtung, Klimaschutz zu betreiben, sei nicht auf Gegenseitigkeit angelegt. Zudem fehlten dem Regelwerk ein Sanktionsmechanismus und – vor allem – ein CO₂-Preis, der für jede ausgestoßene Tonne CO₂ vom Verursacher zu zahlen wäre.



Weltweite Unterstützung für verbindliche Temperaturziele

Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich jedoch erstmals 197 Staaten auf verbindliche Temperaturziele einigen können. Zudem bietet das Abkommen nicht nur Lösungswege zur Emissionsminderung und zur Anpassung an den Klimawandel an. Es deckt mit Finanzierungsprogrammen, der Unterstützung von Technologietransfer und Regeln zur Waldnutzung praktisch alle für einen weltweit effektiven Klimaschutz wichtigen Themenbereiche ab.

In Paris war man noch davon ausgegangen, dass das Abkommen erst im Jahr 2020 in Kraft treten würde, wenn es – wie gefordert – von 55 Staaten, die für 55 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ratifiziert worden ist. 112 der 197 Vertragsstaaten haben das Übereinkommen von Paris allerdings bereits bis zur Konferenz in Marrakesch ratifiziert, darunter auch die großen Emittenten wie China, die USA, die EU und Indien. Das Abkommen ist damit bereits am 4. November 2016 in Kraft getreten. Dies zeigt, dass der Klimaschutz für die Weltgemeinschaft von großer Bedeutung ist. Nicht zuletzt sendet das Übereinkommen damit auch deutliche Signale an die Wirtschaft, klimaverträglicher zu investieren.

Für die EU, die für die 28 Mitgliedstaaten in Marrakesch verhandelt hat, kam es vor allem darauf an, bestimmte Datenanforderungen an die Klimaschutzbeiträge der Staaten zu formulieren und einen klaren Überprüfungsmechanismus zu installieren. Und dies mit gutem Grund: Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Staaten mit ihren aktuellen Klimaschutzbeiträgen das Zwei-Grad-Ziel noch nicht erreichen. Alle vorliegenden Klimaschutzbeiträge zusammengenommen dürften sogar zu einem weiteren Anstieg der CO₂-Emissionen und lediglich zu einer Begrenzung des Temperaturanstiegs auf rund drei Grad Celsius im Jahr 2100 führen.

Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, haben die „Architekten“ von Paris neben den nationalen Klimaschutzbeiträgen ein weiteres Steuerungsinstrument geschaffen: die Langfriststrategien. Sie sollen bewirken, dass die weltweiten Emissionen im Laufe des 21. Jahrhunderts nur noch so hoch ausfallen, wie sie durch natürliche oder technische Senken wieder eingefangen werden können, was auch als „Treibhausgasneutralität“ bezeichnet wird. Zu diesen Senken – d. h. Mechanismen, um Kohlendioxid zu speichern oder anderweitig zu nutzen – gehören beispielsweise Wälder, Meere und Technologien. Deutschland hat mit dem Klimaschutzplan 2050, den die Bundesregierung kurz zuvor

beschlossen hatte, in Marrakesch als erstes Land weltweit eine solche Langfriststrategie bis 2050 vorgelegt. Kanada, Mexiko und die USA sind bislang gefolgt. Bis 2020 sind alle Staaten aufgefordert, ihre Langfriststrategien vorzulegen.

Kohlenstoffmärkte – noch viele Fragezeichen

Mit ambitionierten langfristigen Klimazielen steigt auch die Bedeutung von Kohlenstoffmärkten wie dem EU-Emissionshandel. Solche Systeme sollen dazu führen, dass Emissionen dort gemindert werden, wo dies am kosteneffizientesten möglich ist. Das Pariser Übereinkommen ist hier allerdings kein Wegweiser. Erst ganz zum Schluss sind die „Marktmechanismen“ ins Abkommen aufgenommen worden. Dementsprechend vage sind die Bestimmungen des einschlägigen Artikels. Ein Handel von Emissionsrechten oder Emissionsgutschriften dürfe nicht dazu führen, dass Emissionsminderungen bei verschiedenen nationalen Klimaschutzbeiträgen doppelt angerechnet werden, heißt es dort. Dennoch lässt das Übereinkommen nach Expertenmeinung den weltweiten Zusammenschluss von Emissionshandelssystemen grundsätzlich zu. Damit besteht theoretisch die Möglichkeit, die Handelssysteme der EU, von Kalifornien und Quebec mit den in China 2017 neu zu etablierenden Systemen zu verknüpfen. Das Pariser Vertragswerk sieht zudem einen „Nachfolgemechanismus“ zum Clean Development Mechanism (CDM) vor, wie er unter dem Kyoto-Protokoll genutzt wurde. Er könnte es Unternehmen gestatten, Minderungsleistungen direkt über Projekte in Gastländern zu erzielen und sich auf die eigene Minderungsverpflichtung anrechnen zu lassen. Ob diese Möglichkeiten, die das Pariser Übereinkommen bietet, in einigen Jahren auch praktisch genutzt werden können, wird auf den kommenden Klimakonferenzen entschieden.

Finanzierung und Technologie – zwei Treiber des Klimaschutzes

Neben der technischen Ausgestaltung der Klimaschutzbeiträge stand in Marrakesch vor allem das Thema Finanzen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die Industrieländer hatten in Paris zugesagt, ab 2020 jedes Jahr rund 100 Milliarden US-Dollar an öffentlicher und privater Klimafinanzierung zu mobilisieren. Die Finanzmittel werden vor allem durch den Green Climate Fund abgewickelt, der innovative Minderungs- oder Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern finanziert. Deutschland will seinen Beitrag der Klimafinanzierung von etwa zwei Milliarden Euro in 2014 bis zum Jahr 2020 verdoppeln.

Schlüsselfaktoren zur Minderung von Treibhausgasemissionen sowie zur Anpassung an den Klimawandel sind die Entwicklung und der Transfer von Technologien. Nachdem die Institutionen für die technologisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit etabliert sind, wird es zukünftig verstärkt darauf ankommen, Technologienachfrager aus Entwicklungs- und Schwellenländern mit Technologieanbietern und Klimafinanzierern zusammenzubringen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als nationale Kontaktstelle für den UN-Technologiemechanismus (National Designated Entity Germany) hat hierzu im Jahr 2016 eine Geschäftsstelle eingerichtet, die sich verstärkt um die Zusammenführung kümmert.

Ergebnisse und Ausblick

Das in Marrakesch verabschiedete Arbeitsprogramm spezifiziert die Verhandlungsthemen und -schritte bis zum Jahr 2018 zu allen wichtigen Themen des Pariser Übereinkommens. Konkrete Festlegungen zu einzelnen Themen wurden jedoch noch nicht getroffen. Vielmehr ist nun auf den kommenden Klimakonferenzen zu klären, welche Daten die Klimaschutzbeiträge der Staaten aufweisen müssen, nach welchen Regeln die globale Bestandsaufnahme im Jahr 2023 durchgeführt werden soll und wie globale Kohlenstoffmärkte zukünftig ausgestaltet werden.

Diverse Partnerschaften auch außerhalb des Klimaschutzregelwerks sollen dabei helfen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Die prominenteste Aktion in dieser Hinsicht war der Start der von Deutschland und Marokko ins Leben gerufenen NDC-Partnerschaft, mit der Länder durch Beratungsleistungen dabei unterstützt werden, ihre Klimaschutzbeiträge zu erstellen und umzusetzen. Beraten wird dabei nicht nur zu technischen Fragen, sondern auch über Möglichkeiten, die NDC-Umsetzung zu finanzieren.

Mit rund 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 60 Staats- und Regierungschefs hat der 22. Weltklimagipfel in Marrakesch trotz seines technischen Charakters enorme Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Im November 2017 findet die 23. Weltklimakonferenz unter der Präsidentschaft der Fidschi-Inseln in Bonn statt. Als Gastgeberland übernimmt Deutschland hier eine große Verantwortung, die weiteren Entwicklungen effektiv mitzugestalten.

Kontakt: Julian Frohnecke
Referat: Emissionshandel, Klimaschutz, Internationale Umweltschutzpolitik

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Verhaltene Aufwärtsdynamik.

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich seit dem Herbst etwas beschleunigt, bleibt aber insgesamt verhalten.¹ Nach Schätzungen der OECD dürfte die weltwirtschaftliche Leistung im Jahr 2016 mit 2,9% so gering wie seit 2009 nicht mehr zugenommen haben. Das Wachstum der globalen Wirtschaft dürfte sich nur allmählich etwas steigern. Die OECD erwartet ein Wachstum von 3,3% für das Jahr 2017 und von 3,6% für das Jahr 2018.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Konjunktur im dritten Quartal belebt und sie dürfte auch im vierten Quartal kräftig bleiben. In der EU setzte sich die moderate konjunkturelle Entwicklung des dritten Quartals fort. In Japan ist ein lediglich moderates Wachstum zu verzeichnen, was sich aber leicht beschleunigen könnte.

Mit anziehenden Rohstoffpreisen werden Russland und Brasilien ihre Rezession verlassen und im nächsten Jahr wieder ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen. Chinas Wirtschaft entwickelt sich weiter mit hohen, aber leicht abnehmenden Wachstumsraten.

Nach den positiven Daten des BIP-Wachstums für das dritte Quartal deuten auch die globalen Frühindikatoren

auf eine gesteigerte Dynamik hin. Die Weltindustrieproduktion ist in der Tendenz weiter ansteigend. Der globale Einkaufsmanager-Index von Markit für das Verarbeitende Gewerbe erreichte im November seinen höchsten Stand seit mehr als zwei Jahren.

USA: Konjunkturelle Belebung.

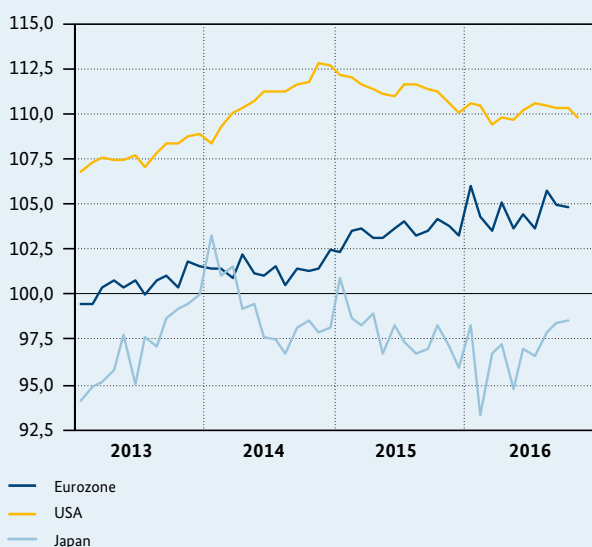
Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten erholt sich zunehmend. Das Wachstum im dritten Quartal wurde auf 0,8% gegenüber dem Vorquartal aufwärts korrigiert. Wichtigste Stütze für die Expansion waren neben den privaten Konsumausgaben auch die gestärkten Exporte. Die Investitionen trugen erstmals seit drei Quartalen wieder zum Wachstum bei. Aufgrund des schwachen ersten Halbjahrs dürfte das Wachstum für das gesamte Jahr 2016 dennoch nur moderat ausfallen.

Der Arbeitsmarkt steht weiter im Zeichen des konjunkturellen Aufschwungs in den Vereinigten Staaten. Im November ist die Beschäftigung weiter deutlich um 178.000 Personen gestiegen und die Arbeitslosigkeit ist auf einen neuen Tiefstand von 4,6% gefallen. Das Lohnwachstum verringerte sich im November etwas, ist mit +2,5% gegenüber dem Vorjahr aber noch immer recht deutlich. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage sind die nominalen Einzelhandelsumsätze im Oktober mit 0,8% gegenüber dem Vormonat gewachsen. Bereits im September waren diese kräftig um 1,0% gegenüber dem Vormonat angestiegen.

Auch in der Industrie deutet sich eine Belebung an. Die Industrieproduktion ist im November zwar mit -0,4% gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen, die Auftragseingänge erhöhten sich im Oktober aber kräftig um 2,7% und sind auch in den Mehrmonatsvergleichen aufwärtsgerichtet. Die Stimmungsindikatoren stützen den positiven Eindruck. Sowohl der Markit Einkaufsmanager-Index als auch der nationale Einkaufsmanager-Index des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe haben sich im November deutlich erhöht.

Angesichts der aufgehellten Perspektiven hat die FED im Dezember ihren Leitzins nach der ersten Anhebung im Dezember 2015 nun das zweite Mal erhöht. Bankvolkswirte erwarten im Mittel ein Wachstum des BIP von 2,2% im Jahr 2017, nach 1,6% im Jahr 2016.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Dezember 2016 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015	2015	2016	2016	2016
	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
Euroraum	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
USA	0,5	0,2	0,2	0,4	0,8
Japan	0,2	-0,4	0,7	0,5	0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Euroraum	10,0	10,0	9,9	9,8
USA	4,9	4,9	5,0	4,9	4,6
Japan	3,0	3,1	3,0	3,0	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Euroraum	0,2	0,2	0,4	0,5
USA	0,8	1,1	1,5	1,6	-
Japan	-0,5	-0,5	-0,5	0,2	-

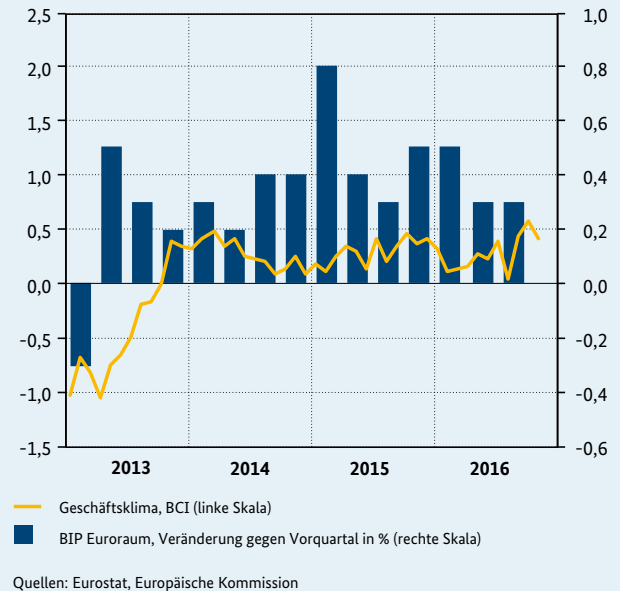
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Leichte Besserungstendenzen.

In Japan ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,3% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die erste Schätzung wurde aufgrund schwächer als angenommener Exporte abwärts korrigiert. Die Konsumausgaben trugen deutlich zum Wachstum bei, während die Investitionen rückläufig waren.

Die Industrieproduktion hat, nach zwei Anstiegen in den Vormonaten, im Oktober stagniert. Die Frühindikatoren für die Industrie zeichnen nunmehr aber ein positiveres Bild: Der Tankan-Index für das vierte Quartal zeigt eine deutliche Verbesserung der Stimmung unter den Unternehmen an und signalisiert gleichzeitig eine steigende Arbeitsnachfrage. Der Arbeitsmarkt bleibt somit weiter in guter Verfassung. Die Beschäftigung ist im Oktober erneut gestiegen und die Arbeitslosigkeit lag bei nur 3,0%. Trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist das nominale Lohnwachstum zum Erliegen gekommen und betrug im Oktober nur +0,1% gegenüber dem Vorjahr. Auch die Kerninflation lag im Oktober lediglich bei +0,2%. Positiv überraschten die Einzelhandelsumsätze, welche sich gegenüber dem Vormonat deutlich steigern konnten. Die internationalen Bankvolkswirte erwarten für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,0%, nach ebenfalls 1,0% im Jahr 2016.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum und EU: Solide wirtschaftliche Entwicklung.

Die Wirtschaftsleistung der Eurozone ist im dritten Quartal um 0,3% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Langsam erfasst das Wachstum auch den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist im Oktober auf nunmehr 9,8% gesunken.

Der moderate Aufschwung dürfte sich fortsetzen. Hierfür sprechen unter anderem auch die aktuellen Stimmungsindekatoren. Der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission und der Einkaufsmanager-Index von Markit haben im November Jahreshöchststände erreicht.

Von den monatlichen Konjunkturindikatoren kommen dagegen gemischte Signale. Die Industrieproduktion hat im September und Oktober gegenüber dem Vormonat jeweils leicht abgenommen. Dagegen sind im Oktober die realen Einzelhandelsumsätze um 1,1% gestiegen. Die Inflationsrate hat sich im November auf eine Jahresrate von 0,6% erhöht. Angesichts der steigenden Ölpreise dürften die Preissteigerungsraten zunehmen.

Nach einem Wachstum im Jahr 2016 von voraussichtlich 1,6% erwarten die Analysten aufgrund des Brexits für das Jahr 2017 ein Wachstum von 1,3%.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die wirtschaftliche Aktivität beschleunigt sich im Jahreschlussquartal.

Die Konjunktur dürfte im Jahresendquartal wieder Fahrt aufnehmen.² Im dritten Quartal hatte sie sich abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm lediglich um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu.³ Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates wurden kräftig erhöht und auch die Bauinvestitionen ausgeweitet. Die Investitionen in Ausrüstungen wurden dagegen angesichts der schwachen Exportentwicklung und der Unwägbarkeiten aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld eingeschränkt. Im Ergebnis stand einer robusten Binnennachfrage ein negativer Wachstumsbeitrag des Außenhandels gegenüber. Die Weltkonjunktur scheint sich aber im zweiten Halbjahr ein wenig zu beleben. Das Geschäftsklima hat sich auch deshalb wieder spürbar aufgehellt. Die Bestellungen des Verarbeitenden Gewerbes erhielten im Oktober einen außergewöhnlichen Schub. Zwar hat sich der Anstieg der Beschäftigung seit dem Sommer auch in den Dienstleistungsbereichen

spürbar verlangsamt, aber gerade im tertiären Bereich ist die Konjunktur nach einer zögerlichen Entwicklung im dritten Quartal weiter aufwärtsgerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Leistung sollte daher im vierten Quartal etwas stärker zunehmen als im Vorquartal.

2. Produzierendes Gewerbe

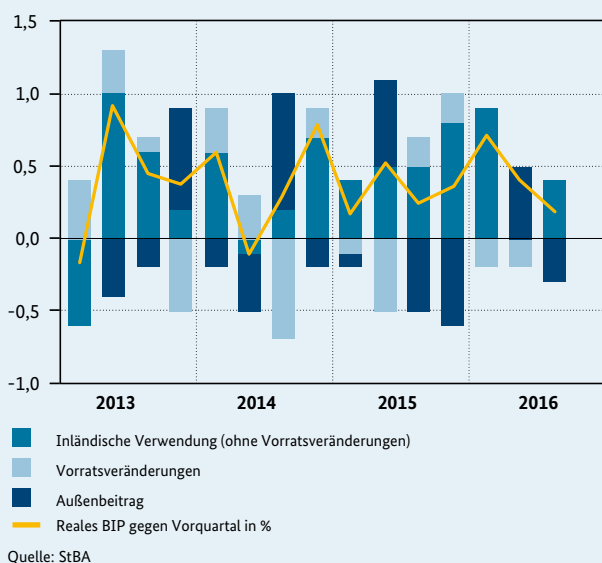
Die Industrieproduktion bewegte sich im Oktober weiter seitwärts.

Die Auftragseingänge und die Stimmung in den Unternehmen deuten auf eine Beschleunigung hin.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im Oktober gegenüber dem Vormonat um 0,3% leicht ausgeweitet. Das Produktionsniveau liegt geringfügig über dem durchschnittlichen des dritten Quartals. Darüber hinaus deutet sich angesichts der positiven Entwicklung der Auftragseingänge und der Stimmungsindikatoren eine leichte Beschleunigung an.

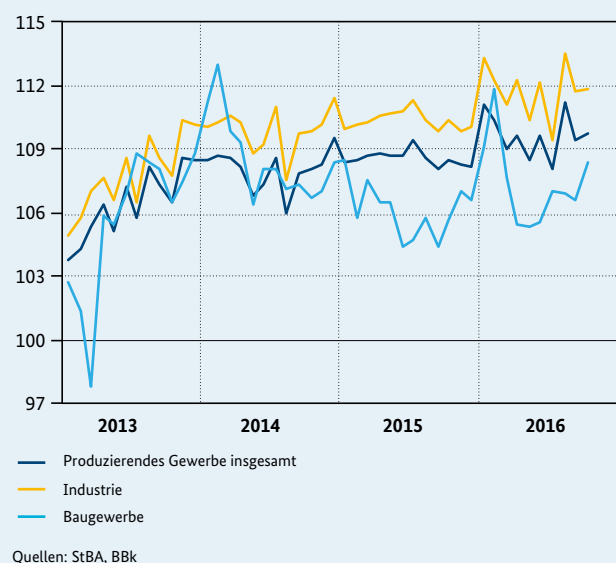
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. Dezember 2016 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Nach der Stagnation im dritten Vierteljahr bewegte sich die Industrieproduktion mit +0,1 % im Vergleich zum Vormonat weiterhin seitwärts. Die Produktion von Investitionsgütern wurde um 0,5 % ausgeweitet. Demgegenüber wurden um 0,5 % weniger Vorleistungsgüter produziert als im Vormonat. Die Herstellung von Konsumgütern stagnierte nahezu (+0,1%). Auffällig war die Erhöhung in den Wirtschaftsbereichen Kraftfahrzeuge und Metallerzeugung.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

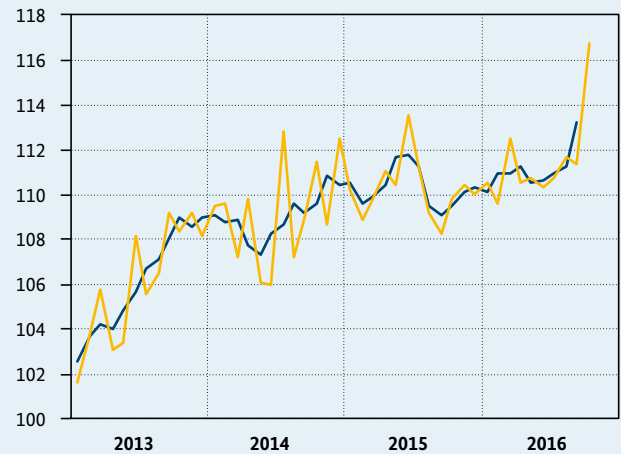
	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Produktion					
Insgesamt	-0,6	0,0	3,7	-1,6	0,1
Vorleistungsgüter	-0,7	-0,1	2,1	-0,3	-0,5
Investitionsgüter	-0,8	0,2	5,5	-2,7	0,5
Konsumgüter	0,2	0,0	2,4	-1,3	0,1
Umsätze					
Insgesamt	-0,5	-0,2	4,3	-1,2	0,1
Inland	-1,3	-0,7	3,4	-0,8	-0,1
Ausland	0,2	0,3	5,2	-1,5	0,3
Auftragseingänge					
Insgesamt	-0,4	0,6	0,8	-0,3	4,9
Inland	1,0	-2,0	2,3	-1,0	6,3
Ausland	-1,4	2,5	-0,2	0,2	3,9
Vorleistungsgüter	1,6	0,4	1,6	1,0	1,8
Investitionsgüter	-1,3	1,2	0,3	-1,2	7,2
Konsumgüter	-2,2	-2,3	3,0	0,5	0,5

Quellen: StBA, BBk

Wie die Produktion setzten auch die Industrieumsätze im Oktober ihre Seitwärtsbewegung aus dem dritten Quartal fort (+0,1%). Während die Umsätze im Inland im Oktober um 0,1 % leicht zurückgingen, nahmen die Auslandsumsätze um 0,3% etwas zu. Der Anstieg der inländischen Umsätze für Investitionsgüter um 0,4% im Oktober bzw. ihr hoher Stand gegenüber dem Durchschnitt des dritten Quartals deuten aber einen guten Start der Investitionskonjunktur ins vierte Quartal an.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Oktober um 4,9% kräftig gestiegen. Dabei war der Anteil von Großaufträgen geringer als in einem Oktober üblich. Es gingen vor allem mehr Bestellungen für Investitionsgüter ein (+7,2%) und zwar sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Insbesondere die Bestellungen im Wirt-

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

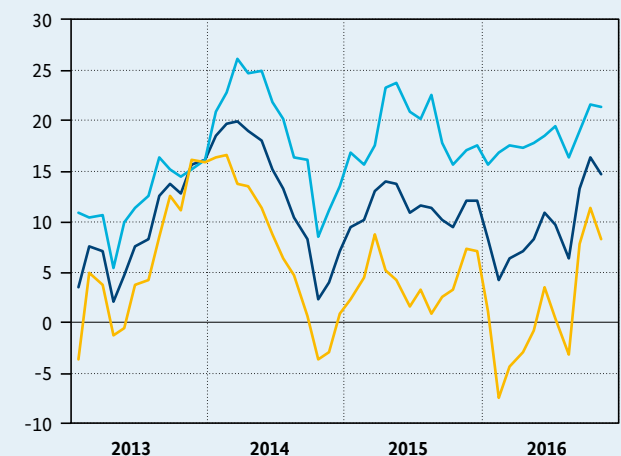


— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Quellen: StBA, BBk

schaftsbereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhten sich überdurchschnittlich um 10,5%. Die Bestellungen für Vorleistungs- und Konsumgüter nahmen ebenfalls zu (+1,8% bzw. +0,5%). Die Mehrnachfrage kam vor allem aus dem Inland und aus dem Ausland außerhalb des Eurogebiets (jeweils +6,3%). Dagegen stagnierten im Oktober die Bestellungen aus dem Euroraum. Alles in allem sollten monatliche Ausschläge bei kalender- und saisonbereinigten Daten nicht überbewertet werden.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut

Die Auftragseingänge deuten aber auch in der Tendenzbetrachtung auf einen guten Einstieg der Industrie in das vierte Quartal 2016 hin. Hierfür sprechen auch die Daten des Auftragsbestands. Die durchschnittliche Reichweite der Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich im Oktober leicht.

Diese positiven Aussichten werden durch die vorausschauenden umfragebasierten Konjunkturindikatoren bestärkt. Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft verharrte im November auf seinem Zweijahreshöchstwert. Trotz des verhaltenen Einstiegs der Produktion sprechen die vorausschauenden Indikatoren daher für eine gewisse Belebung der Industriekonjunktur im Jahresendquartal.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Insgesamt	-3,7	1,3	-0,1	-0,4	1,7
Bauhauptgewerbe	-5,3	2,0	1,0	-1,3	1,9
Ausbaugewerbe	-2,0	0,6	-1,3	0,7	1,6

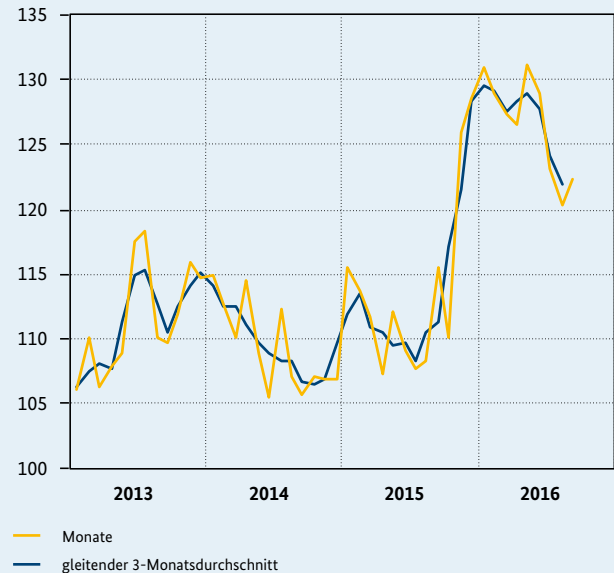
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	-0,1	-5,5	-4,6	-2,2	1,6
Hochbau	6,1	-5,8	-4,1	-4,7	2,7
Wohnungsbau*	-0,6	-0,8	-10,7	2,7	14,1
Gewerblicher*	15,9	-10,7	-0,1	-10,8	-8,8
Öffentlicher*	-5,9	-1,8	3,6	-2,0	7,8
Tiefbau	-6,9	-5,0	-5,1	0,9	0,3
Straßenbau*	-12,1	-1,9	0,0	-5,7	2,1
Gewerblicher*	-0,9	-8,9	-7,4	2,4	-0,2
Öffentlicher*	-6,5	-4,7	-9,1	8,9	-1,9
Öffentlicher Bau insg.	-9,1	-2,8	-2,6	-0,2	1,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Bauwirtschaft setzt die Aufwärtsbewegung aus dem dritten Quartal fort. Die Produktion im Baugewerbe nahm im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 1,7% deutlich zu. Gleichzeitig wurden die Ergebnisse des Septembers nach oben revidiert. Die Produktion wurde im Oktober im Ausbaugewerbe etwas unter- und im Bauhauptgewerbe leicht überdurchschnittlich ausgeweitet.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich im September nach drei Rückgängen in Folge um 1,6% erhöht. Die Bauaufträge der gewerblichen Auftraggeber gingen zwar um 5,6% deutlich zurück. Dies wurde aber durch den Anstieg der Aufträge im Wohnungsbau um 14,1% mehr als kompensiert. Insgesamt bewegen sich die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiterhin auf hohem Niveau. Sie lagen im September um 5,8% über denen des Vorjahres.

Die Stimmung in der Baubranche bleibt im langjährigen Vergleich gut. Der ifo Geschäftsklimaindex setzt seinen seit März 2016 bestehenden kontinuierlichen Aufwärtstrend fort und erreichte im November ein neues Allzeithoch.

3. Privater Konsum

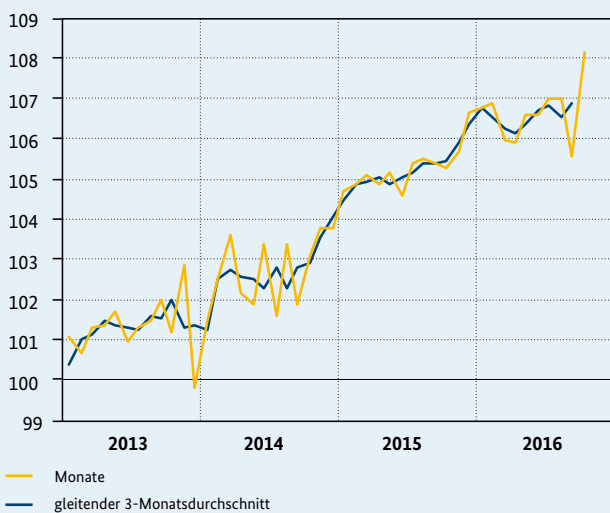
Der Kfz-Handel entwickelt sich dynamisch.

Die Stimmung im Einzelhandel ist weiterhin gut.

Die privaten Konsumausgaben wurden im dritten Quartal um 0,4% und damit doppelt so stark wie im Vorquartal ausgeweitet. Dies war der elfte Quartalsanstieg in Folge. Binnen Jahresfrist haben vor allem die Anschaffungen von Kraftfahrzeugen zugenommen.

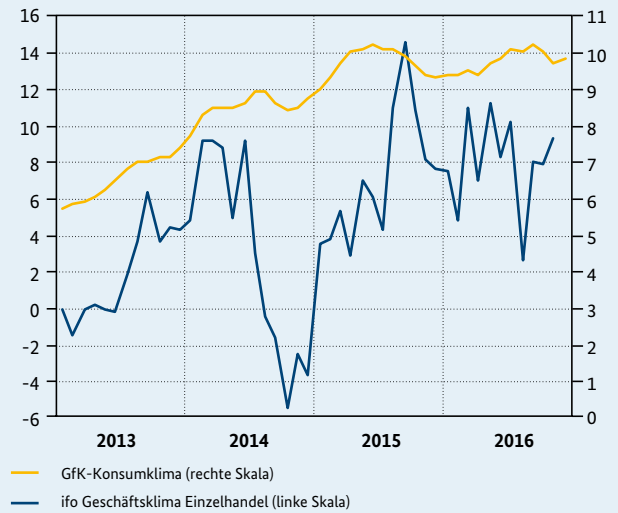
Das Geschäft im Einzelhandel hat sich zu Beginn des vierten Quartals gut entwickelt. Nach einem schwachen Vormonat sind die Umsätze im Oktober recht kräftig um 2,5% gestiegen und erreichten den höchsten Stand seit 25 Jahren. Ausgeweitet wurden insbesondere die Umsätze mit Bekleidung und Schuhen sowie im Bereich der Unterhaltungselektronik. In der Tendenz sind die Umsätze seit dem Frühjahr leicht aufwärtsgerichtet.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

Der Kfz-Handel entwickelte sich in den letzten Monaten wieder sehr dynamisch. Im September gab es ein Umsatzplus von 1,3%, nach einem deutlichen Anstieg von 3,7% im Vormonat. Für das dritte Quartal insgesamt ergibt sich eine Steigerung von 1,8%. Damit wird zunehmend deutlich, dass es sich bei der schwachen Umsatzentwicklung im zweiten Quartal eher um eine temporäre Schwächephase handelte. Dafür sprechen auch die privaten Kfz-Zulassungszahlen, die deutlich über Vorjahresniveau liegen. Die Umsätze im Kfz-Handel steigen bereits seit zweieinhalb Jahren äußerst kräftig.

Die Stimmung im Einzelhandel ist gut. Das ifo Geschäftsklima ist im November leicht gestiegen und liegt weiterhin über seinem langjährigen Durchschnitt. Vor allem die aktuelle Geschäftslage wird von der Mehrheit der Befragten positiv eingeschätzt. Auch auf der Verbraucherseite bleibt die Kauflaune hoch. Das GfK-Konsumklima hatte sich seit dem Höchststand im Herbst zwar etwas eingetrübt, stieg zuletzt aber wieder an und bewegt sich insgesamt auf sehr hohem Niveau. Viel spricht dafür, dass die privaten Konsumausgaben auch im vierten Quartal kräftig ausgeweitet werden.

4. Außenwirtschaft

Die Exporte nehmen moderat zu.

Die außenwirtschaftliche Perspektive verbessert sich leicht.

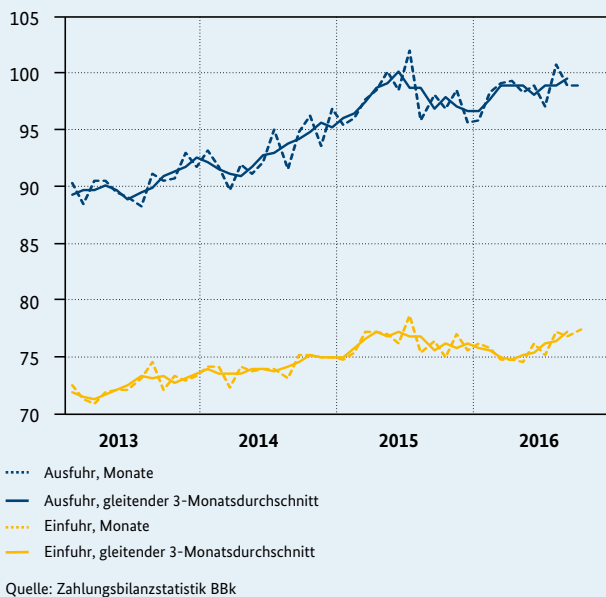
Im Oktober 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 120,6 Mrd. Euro ausgeführt.⁴ Bei saisonbereinigter Betrachtung waren dies 1,0% mehr als im Vormonat. Bei nunmehr wieder leicht steigenden Exportpreisen sollte die reale Exportsteigerung im Oktober aber eher niedriger ausgefallen sein.

Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im Oktober saisonbereinigt um 1,3% gestiegen. Da die Einfuhrpreise im Oktober angestiegen sind, dürfte der Anstieg der Importe in realer Rechnung ebenfalls etwas schwächer sein.

In den vergangenen zwei Monaten entwickelten sich die Importe besser als die Exporte, sodass der Handelsbilanzsaldo sinkt. Der saisonbereinigte Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im Oktober bei 19,5 Mrd.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Euro und damit in etwa auf dem Niveau des September. Der Leistungsbilanzsaldo beziffert sich nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank kumuliert von Januar bis Oktober 2016 auf 216,5 Mrd. Euro (Ursprungszahl), rund 14,4 Mrd. Euro mehr als vor einem Jahr. Hierzu trugen die günstigeren Energieimporte wesentlich bei. Im monatlichen Verlauf geht der Leistungsbilanzüberschuss bei saisonbereinigter Rechnung gegenwärtig tendenziell eher zurück. Im Oktober lag er bei 20,3 Mrd. Euro nach 20,5 Mrd. Euro im September.

Außenhandel*

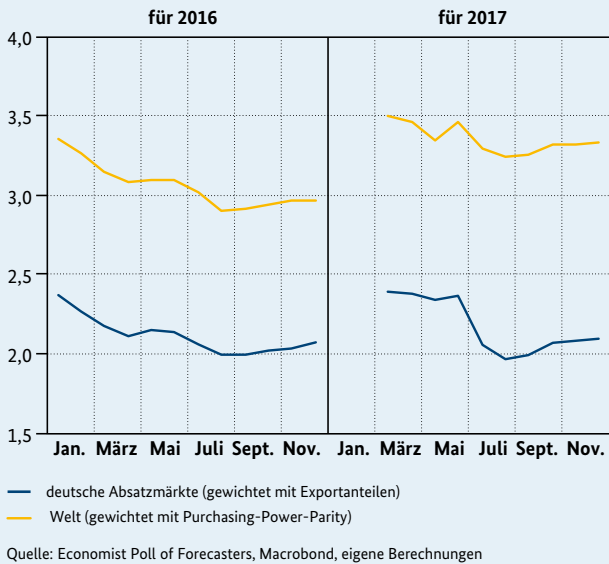
	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,9	0,2	3,7	-1,9	1,0
Einfuhr	-0,5	1,4	2,7	-0,1	1,3
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	2,2	-0,5	9,9	0,6	-4,1
Eurozone	2,5	1,1	9,2	1,8	-4,1
EU Nicht-Eurozone	6,0	0,8	11,3	1,7	-5,4
Drittländer	0,0	-2,5	9,8	-1,1	-3,4
Einfuhr	0,1	-1,2	5,2	-1,6	-2,2
Eurozone	0,7	-1,1	4,2	-2,3	-2,6
EU Nicht-Eurozone	4,6	1,6	7,3	2,8	-0,5
Drittländer	-3,5	-3,1	5,1	-3,6	-2,7

Quellen: StBA, BBk

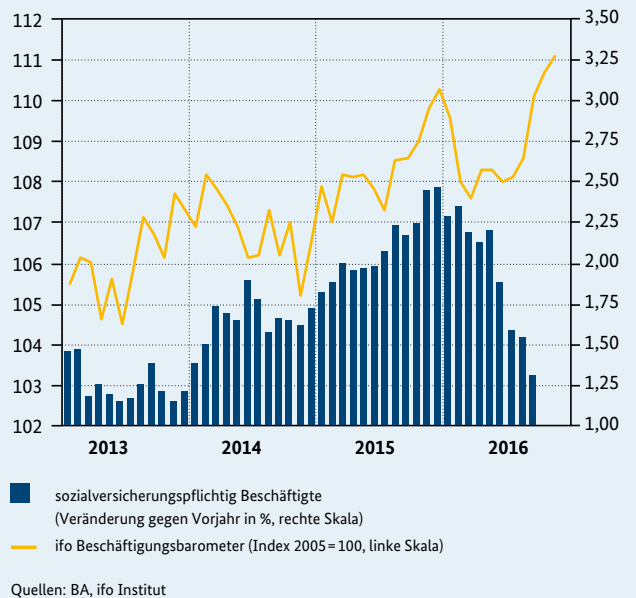
* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren deuten auf eine leichte Exportbelebung hin. Die Bestellungen der Industrie aus dem Ausland haben sich im Oktober deutlich gesteigert und die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind leicht positiv und lagen im November auf ihrem langjährigen Durchschnitt. Gleichwohl bleiben die Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld insgesamt hoch. Neben der nach wie vor fragilen Weltwirtschaft stellen auch die zukünftigen handelspolitischen Intentionen der USA einen gewissen Unsicherheitsfaktor dar.

Entwicklung der Erwartungen des jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft und der deutschen Absatzmärkte (Veränderung des realen BIP gg. Vj. in %)



ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



5. Arbeitsmarkt

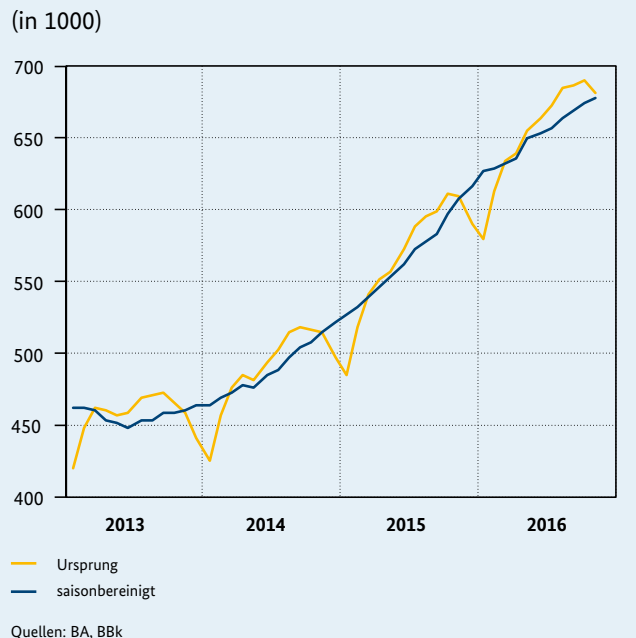
Die Beschäftigung stieg im Oktober auf 43,84 Mio. Erwerbstätige. Ihre Dynamik hat sich seit den Sommermonaten abgeschwächt.

Die Arbeitslosigkeit sank im November weiter, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich verlangsamt fort. Die Erwerbstätigkeit ist im Jahr 2016 weiter gestiegen, wenn auch seit den Sommermonaten nicht mehr ganz so dynamisch. Insbesondere bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist seit Juni der Aufwärtstrend unterbrochen. Allerdings deuten die Frühindikatoren der Institute und das umfangreiche Stellenangebot weiterhin auf eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war im November saisonbereinigt weiter leicht rückläufig. Tendenziell dürfte diese Entwicklung anhalten. Gebremst wird der Abbau durch den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt, der aber vor allem durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgefangen wird. Dies spiegelt sich in einer höheren Unterbeschäftigung wider.

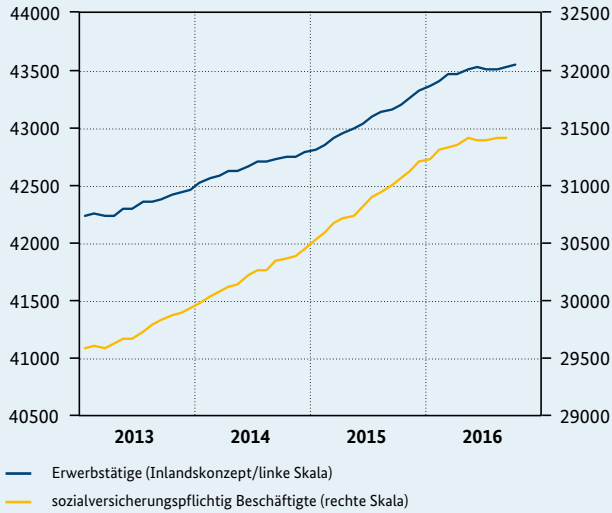
Den Frühindikatoren zufolge sind die Perspektiven für den Arbeitsmarkt weiter gut. Das ifo Beschäftigungsbarometer erreichte im November den zweithöchsten jemals gemessenen Indexwert (111,1 Punkte). Nahezu alle Branchen suchen Mitarbeiter. Ähnliche Signale kommen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dessen Arbeitsmarktbarometer signalisiert auch nach leichter Abschwächung weiterhin sehr gute Beschäftigungsaussichten. Der

Gemeldete Arbeitsstellen



Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Teilindikator Arbeitslosigkeit des IAB verbesserte sich etwas und deutet einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit an. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – verlor von seinem Rekordwert einen Punkt.

Die Erwerbstätigkeit ist im Jahr 2016 nahezu in jedem Monat gestiegen, wenn auch seit den Sommermonaten nicht mehr so dynamisch. Im Oktober erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 13.000 Personen. Im bisherigen Jahresverlauf 2016 nahm die Erwerbstätigkeit allerdings monatlich um durchschnittlich 21.000 Personen zu. In Ursprungszahlen stieg sie, jahreszeitlich bedingt, um 65.000 auf 43,84 Mio. Erwerbstätige. Dies bedeutet einen Zuwachs von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit gründet sich vor allem auf der tendenziell steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Aufwuchs war jedoch im Juni und Juli unterbrochen und blieb im August gedämpft. Im September war erneut ein leichter Rückgang (-6.000) festzustellen. Verglichen mit Mai stieg die Beschäftigung nicht mehr an. Diese Entwicklungen zeigten sich insbesondere in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes, dem Handel und bei den Finanzdienstleistern. Da die Frühindikatoren positive Signale senden, dürfte der Aufwärtstrend bei der Beschäftigung aber nur unterbrochen sein. Nach den Ursprungszahlen lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,674	2,651	2,608	2,540	2,532
gg. Vorjahr in 1.000	-98	-108	-100	-109	-101
gg. Vorperiode in 1.000*	-29	-19	-1	-13	-5
Arbeitslosenquote	6,1	6,0	5,9	5,8	5,7

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio.	43,5	43,7	43,6	43,8	43,8
gg. Vorjahr in 1.000	504	388	375	371	352
gg. Vorperiode in 1.000*	86	22	4	28	13

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio.	31,3	31,5	31,2	31,5	31,7
gg. Vorjahr in 1.000	275	130	485	477	411
gg. Vorperiode in 1.000*	102	16	-16	36	-6

Quellen: BA, StBA, BBk

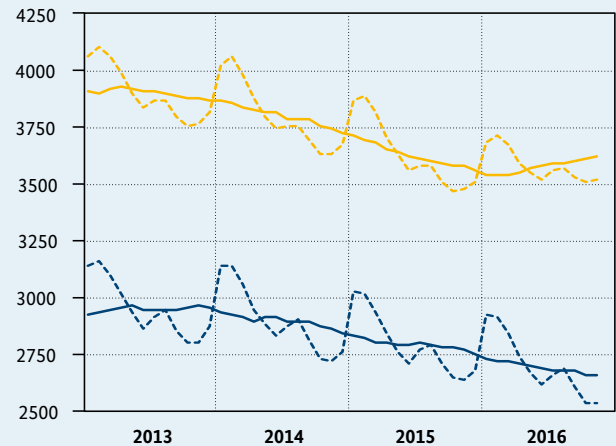
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

31,74 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 1,3 %.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im November saisonbereinigt um 5.000 Personen, nach einem Rückgang um 13.000 im Oktober. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war, wie in den Vormonaten, vom Anstieg entlastender

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)

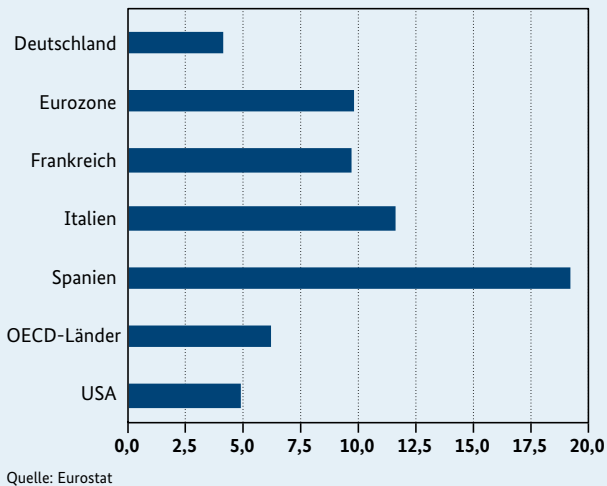


..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung
 - - - - Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt
 Arbeitslose, Ursprung
 — Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Oktober 2016)



arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen begleitet. Zugenommen haben im Vorjahresvergleich insbesondere Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie Integrationskurse beim BAMF. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit um 8.000 auf 2,53 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 101.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Vorjahresvergleich deutlich um 8,5%, während sie bei ausländischen Staatsbürgern anstieg (+13,2%). Bei Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylzugangsländern verdoppelte sie sich gegenüber dem Vorjahr auf 172.000 Personen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im Vorjahresvergleich um 70.000 auf 0,943 Mio. Personen. Die Arbeitslosenquote ging im November auf 5,7% zurück.

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Oktober bei 4,1%, eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im November auf 3,52 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Unterbeschäftigung um 41.000 Personen an. Saisonbereinigt nahm die Unterbeschäftigung um 1.000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Dies war der geringste Anstieg seit März.

6. Preise

Der Rohölpreis zieht nach der Einigung der OPEC-Länder spürbar an und erreicht Mitte Dezember einen neuen Jahreshöchststand.

Im Verlauf des Jahres 2017 ist mit einem etwas beschleunigten Preisauftrieb zu rechnen.

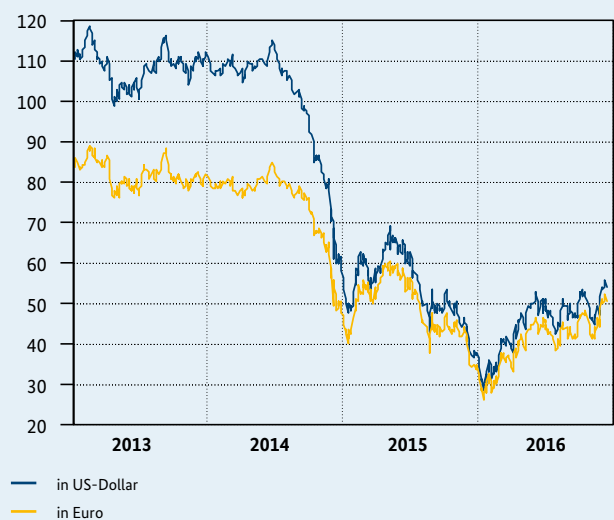
Die Preisentwicklung in Deutschland verlief im Jahr 2016 in sehr ruhigen Bahnen. Trotz der zunehmenden Tendenz in der zweiten Jahreshälfte bleibt das Preisklima insgesamt entspannt. Seit fast 1 ½ Jahren bewegt sich die Inflationsrate unter einem Prozent. Dabei wurde die Teuerung in erster Linie durch gesunkene Energiepreise gedämpft. Leichte Preisanstiege auf der Verbraucherstufe gab es im Jahr 2016 vor allem bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen.

Die Bundesbank rechnet in ihrer aktuellen Dezemberprognose mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland von 0,3% im Jahr 2016, der sich im Jahr 2017 auf 1,4% und im Jahr 2018 auf 1,9% erhöht.

Der Rohölpreis stieg Anfang Dezember 2016 sprunghaft. Auslöser dafür war die grundsätzliche Einigung der OPEC-Länder auf Fördergrenzen. Mitte Dezember notierte der Rohölpreis mit ca. 53 US-Dollar je Barrel ca. 14% über dem

Rohölpreis der Sorte Brent

(je Barrel)



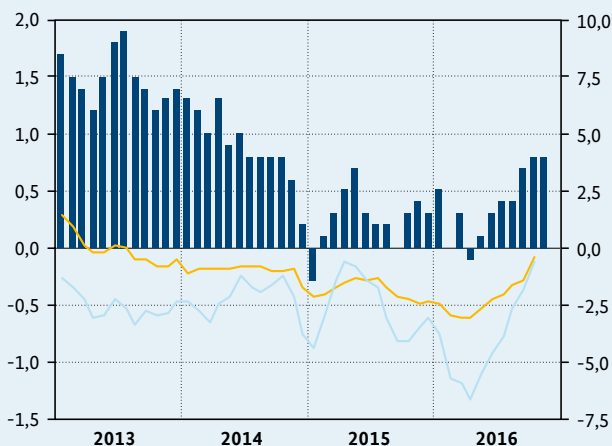
Niveau des Vormonats. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Preis sogar um etwa 40%.

Die Einfuhrpreise stiegen im Oktober gegenüber September um 0,9%. Strom, Mineralölerzeugnisse und Steinkohle verteuerten sich. Investitionsgüter kosteten soviel wie im Vormonat. Der Vorjahresabstand bei den Einfuhrpreisen ging im Oktober weiter auf -0,6% zurück. Insbesondere die Preise für Energie, speziell Erdgas und Mineralölerzeugnisse, liegen noch unter dem Niveau von vor einem Jahr. Der Preisindex für importiertes Rohöl lag dagegen erstmals seit über zwei Jahren wieder über Vorjahresniveau (+1,9%). Vorleistungs- und Investitionsgüter verbilligten sich im Vorjahresvergleich, Konsumgüter wurden im Oktober etwas teurer importiert.

Im Auslandsabsatz konnten die deutschen Exporteure ihre Preise im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,3% erhöhen. Binnen Jahresfrist sanken die Ausfuhrpreise mit einer Rate von -0,1%, vor allem weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter zurückgingen. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deutscher Sicht im Oktober 2016 mit +0,6% gegenüber dem Vorjahreswert, jedoch deutlich weniger als in den Vormonaten. Verantwortlich hierfür ist im Wesentlichen der starke Ölpreisrückgang Ende 2015 und Anfang 2016. Im kommenden Jahr dürfte sich dieser Effekt voraussichtlich umkehren.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



■ Verbraucherpreise (linke Skala)
 — Einfuhrpreise (rechte Skala)
 — Erzeugerpreise (rechte Skala)

Quelle: StBA

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Insgesamt	0,2	0,1	0,8	0,8
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,1	0,0	1,2	1,2
Nahrungsmittel	0,1	1,3	0,0	1,2
Wohnung, Betriebskosten	0,3	0,0	0,5	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,6	0,0	0,5	0,0
Energie	1,5	-1,2	-1,4	-2,7
Haushaltsenergie	1,0	-0,7	-2,3	-2,9
Strom	0,1	0,0	0,9	1,0
Gas	-0,8	-0,2	-3,9	-4,1
Heizöl	11,2	-5,1	-1,4	-6,7
Zentralheizung, Fernwärme	-0,4	-0,2	-7,5	-6,9
Kraftstoffe	2,4	-1,9	0,4	-2,2
Dienstleistungen	-0,1	0,0	1,3	1,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	0,0	-	-

Quellen: StBA, Bbk

Im Inlandsabsatz stiegen die Erzeugerpreise im Oktober um 0,7% im Vergleich zum Vormonat, da sich insbesondere die Energiepreise verteuerten. In den beiden Monaten zuvor waren sie noch zurückgegangen. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 0,4%, wobei die Preise für Konsum- und Investitionsgüter etwas höher waren. Die Preise für Energie und Vorleistungsgüter ermäßigten sich dagegen.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich von Oktober auf November geringfügig um 0,1%. Der leichte Anstieg im Vergleich zum Vormonat ging vor allem auf Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, insbesondere bei Molkereiprodukten, zurück. Zudem setzte sich der Trend steigender Mieten fort. Preisrückgänge gab es bei Kraftstoffen und Heizöl. Die jährliche Teuerungsrate blieb im November unverändert bei 0,8%. Überdurchschnittlich erhöhten sich auf Jahressicht in erster Linie Dienstleistungen (z. B. Mieten). Weiterhin rückläufig blieben die Energiepreise (-2,7%). Die Kerninflation, ohne die Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, verharrt seit August 2016 unverändert bei 1,2%.

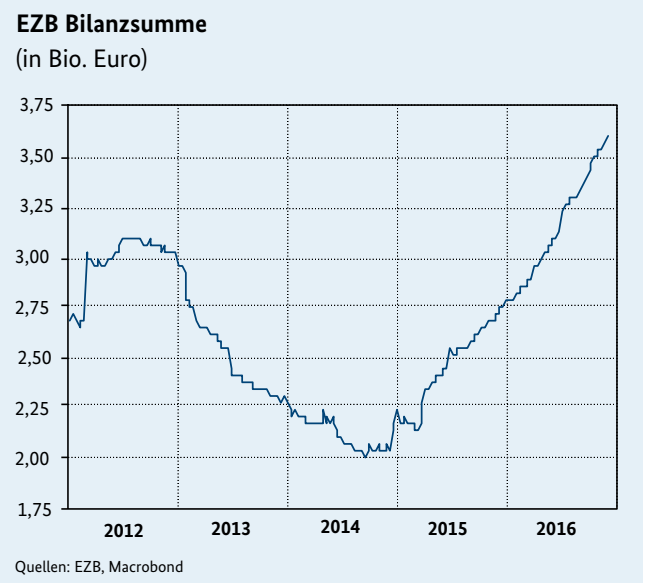
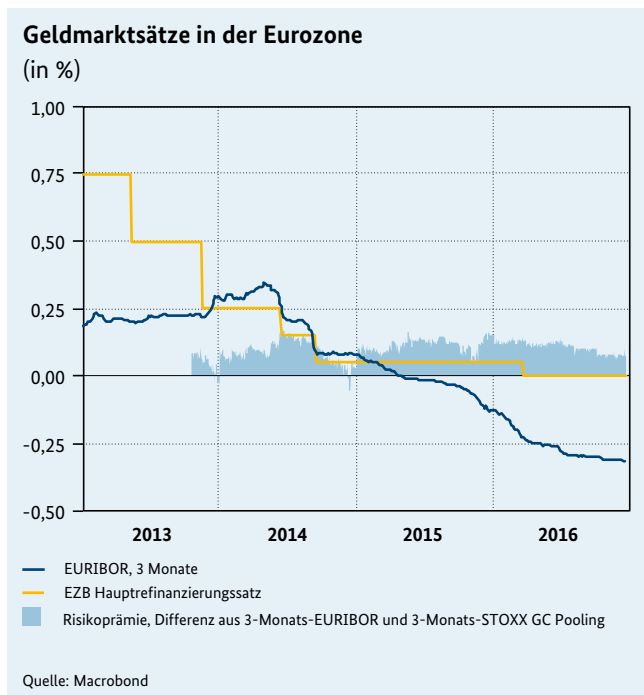
7. Monetäre Entwicklung

Die Kreditentwicklung im Euroraum erholt sich weiter.

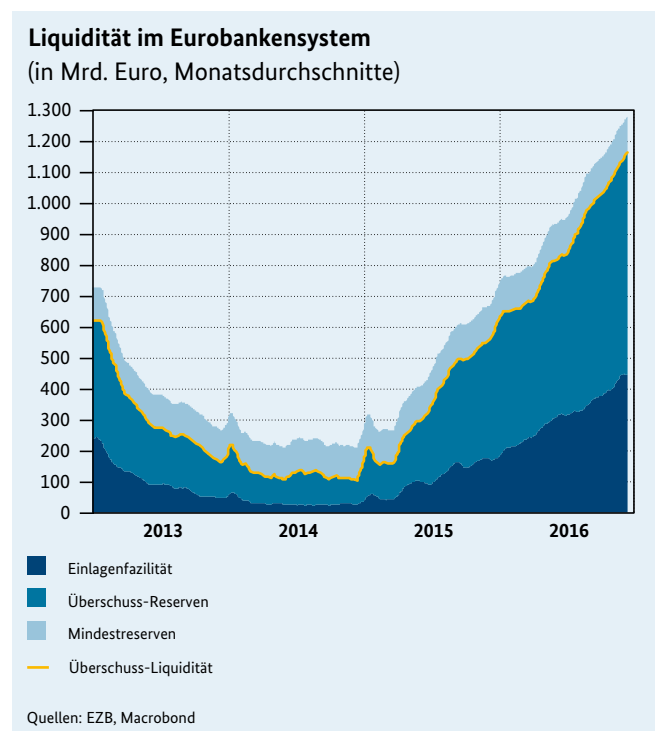
Die US-Zentralbank erhöht Leitzins, die Kapitalmarktzinsen steigen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt weiterhin eine expansive Geldpolitik. Seit Mitte März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz unverändert bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt seitdem ein Negativzins in Höhe von -0,4% an.

Der besicherte Interbankenzins liegt bei -0,4%. Der unbesicherte Interbankenzins ist etwas weniger negativ und liegt bei -0,3%. Zusätzliche Liquidität soll der Markt zudem durch die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) erhalten. Das Programm wurde zuletzt bis mindestens Ende 2017 verlängert, gleichzeitig wurde das monatliche Ankaufvolumen von 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro reduziert.



Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf zuletzt knapp 3,6 Billionen Euro ausgeweitet. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an. Während diese im April bei 752 Mrd. Euro lag, beziffert sie sich im November auf 1.136 Mrd. Euro.



Im Gegensatz dazu setzt sich die Zinswende in den Vereinigten Staaten fort. Angesichts der guten Arbeitsmarktergebnisse hat die amerikanische Notenbank ihren Leitzins im Dezember wie erwartet um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Dieser bewegt sich nun in einer Bandbreite von 0,5 bis 0,75 Prozent. Bereits in Erwartung dieser Entscheidung waren die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen von 1,8% auf 2,5% gestiegen.

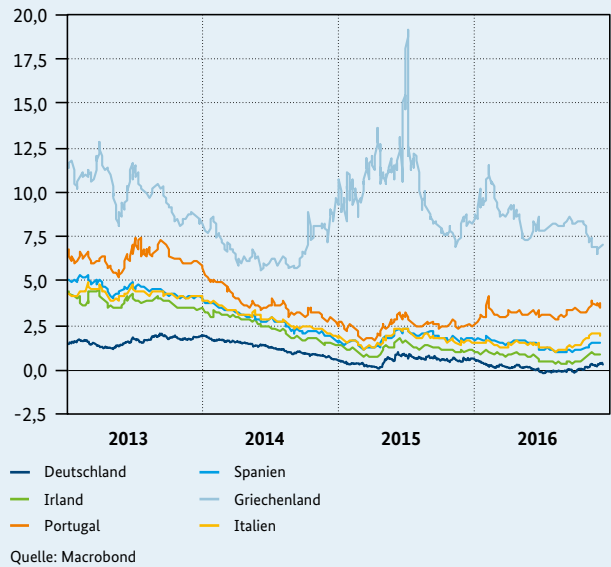
Parallel zu den steigenden Zinsen kam es auch zu einer Höherbewertung des US-Dollars. Gegenüber dem Euro wertete er seit Anfang November um über 5% auf. Die deutliche Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro seit dem Brexit wurde teilweise korrigiert. Seit Anfang November wertete der Euro gegenüber dem Pfund um 7% ab. Der real effektive Wechselkurs Deutschlands wertete im November leicht um -0,2% ab.

Bereits im Vorfeld der Zinserhöhung in den Vereinigten Staaten war ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen zu beobachten. Derzeit liegen die Renditen für zehnjährige deutsche Staatsanleihen bei 0,3%. Mitte Oktober lag die Rendite noch bei 0%. Trotz des Anstiegs der Zinsen für deutsche Staatsanleihen bleibt die Zinsdifferenz innerhalb des Euro-Raums bestehen. Während für französische Staatsanleihen der Zins ebenfalls aktuell nur bei 0,8% liegt, beträgt die Rendite zehnjähriger portugiesischer Anleihen 3,8% und für spanische Anleihen 1,4%. Die Verzinsung italienischer Staatsanleihen blieb trotz gescheiterter Verfassungsreform stabil bei 1,9%. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind ebenfalls leicht gestiegen. Aktuell liegen die Unternehmensanleihen mit bester Bonität knapp über 0,3%.

Die Vergabe von Unternehmenskrediten folgt mit zeitlicher Verzögerung dem Wirtschaftswachstum. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seitdem wieder zugenommen. Im Oktober 2016 lagen die Buchkredite 2,5% über dem Niveau des Vorjahres.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



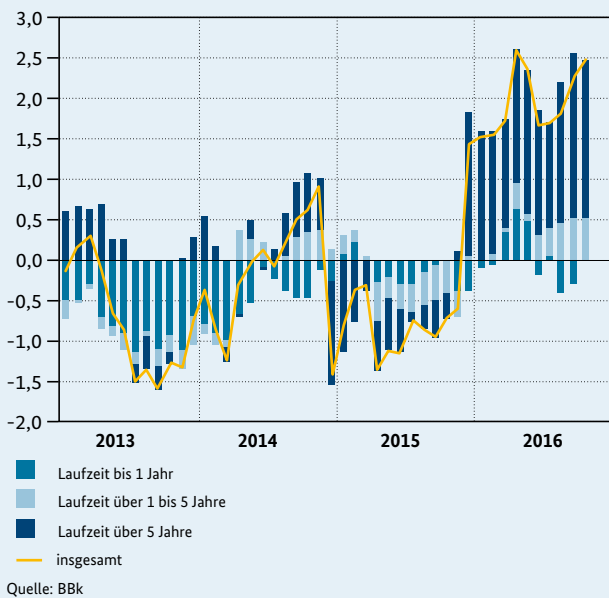
Die moderate Steigerung der Buchkredite entspricht den Ergebnissen des Bank Lending Surveys der EZB von Oktober 2016, die den Banken in Deutschland eine geringfügig steigende Kreditnachfrage der Unternehmen attestieren sowie eine weitere Senkung der Kreditstandards.

Die Kreditvergabe an private Haushalte expandiert deutlich dynamischer und nahm im Oktober um 2,9% gegenüber dem Vorjahr zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,7%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Auch die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich weiter erholen. Im Oktober war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 2,1% höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,8%. Gemäß dem Bank Lending Survey gehen die Banken im Euroraum auch für das vierte Quartal von einer ansteigenden Kreditnachfrage aus.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich tendenziell weiter. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland zahlen im Mittel 1,3 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Der Anstieg der Geldmenge M3 des Euroraums setzte sich auch im Oktober fort. Im Dreimonatsdurchschnitt lag die Jahresrate zuletzt bei 4,4%. Der Anstieg ging wie im vorherigen Monat vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist angesichts des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB um 7,9% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

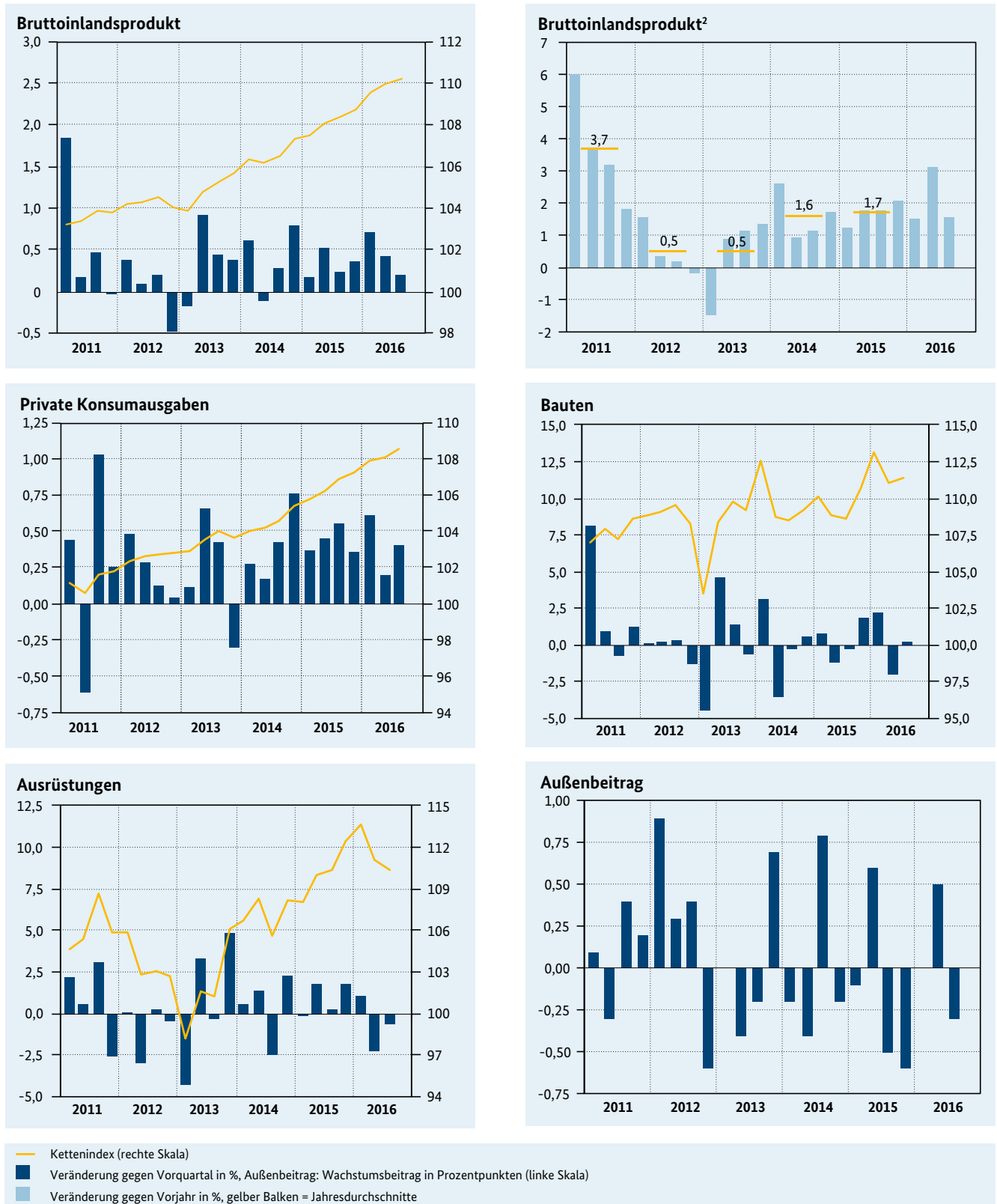
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2014				2015				2016		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Inländische Verwendung	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	- 1,1	- 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,6	- 1,6	0,0
Ausrüstungen	+ 0,6	+ 1,5	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,1	- 2,3	- 0,6
Bauten	+ 3,1	- 3,4	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	+ 1,9	+ 2,3	- 1,9	+ 0,3
Sonstige Anlagen	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6
Exporte	- 0,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,6	0,0	- 0,7	+ 1,4	+ 1,2	- 0,4
Importe	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,2
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,7	- 0,1	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	0,0
Ausrüstungen	0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0
Bauten	+ 0,3	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0
Sonstige Anlagen	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,3	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	0,0
Außenbeitrag	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,6	0,0	+ 0,5	- 0,3

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2015		2016		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,5
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,0
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,5
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 4,1	+ 3,0	+ 4,4	+ 1,3
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 4,4	+ 6,4	+ 3,9	+ 4,5	- 0,6
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 2,0
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,7
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,3	+ 4,6	+ 1,2
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,3	+ 4,9	+ 2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2014			2015				2016			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	0,0	+ 0,4
Baugewerbe	+ 2,1	- 2,9	- 0,5	- 0,9	+ 2,1	- 1,5	- 0,5	+ 0,8	+ 2,7	- 0,7	+ 0,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 2,8	- 2,2	- 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	- 0,7	- 1,3	+ 3,8	- 0,9	+ 1,0
Unternehmensdienstleister	+ 1,3	- 0,5	+ 1,4	- 0,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,5	- 0,3
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5

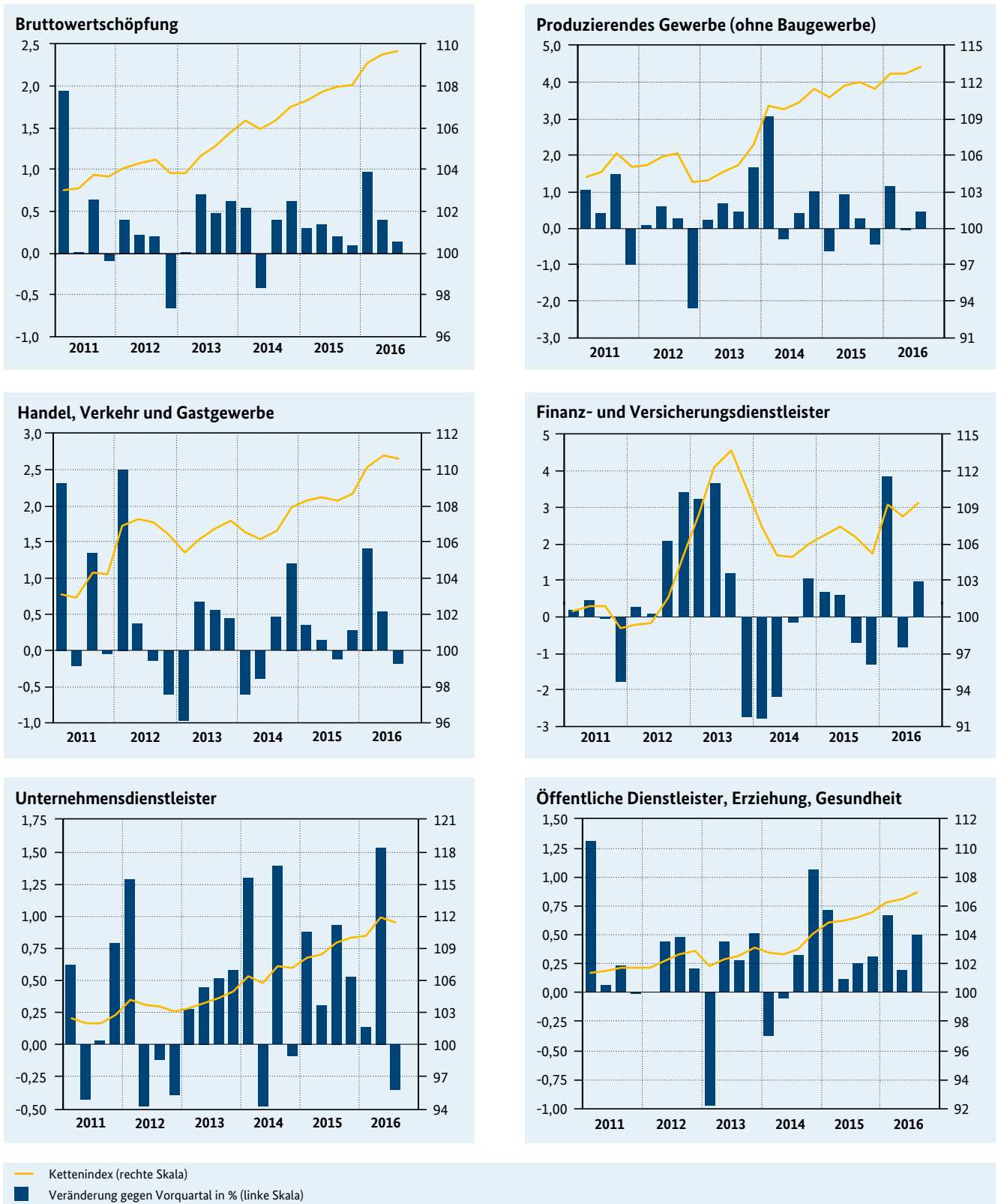
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 0,6
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,3
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,4	0,0	+ 1,6
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,1
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,4

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,8	+ 1,2
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	12/2016	+ 1,8	+ 1,1
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,9	+ 1,5
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2016	+ 1,9	+ 1,7
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2016	+ 1,9	+ 1,3
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2016	+ 1,8	+ 1,2
EU	Europäische Kommission	11/2016	+ 1,9	+ 1,5
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2016	+ 1,8	+ 1,4
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2016	+ 1,8	+ 1,4
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2016	(+ 1,7) ^a	(+ 1,4) ^a
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2016	+ 1,9	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

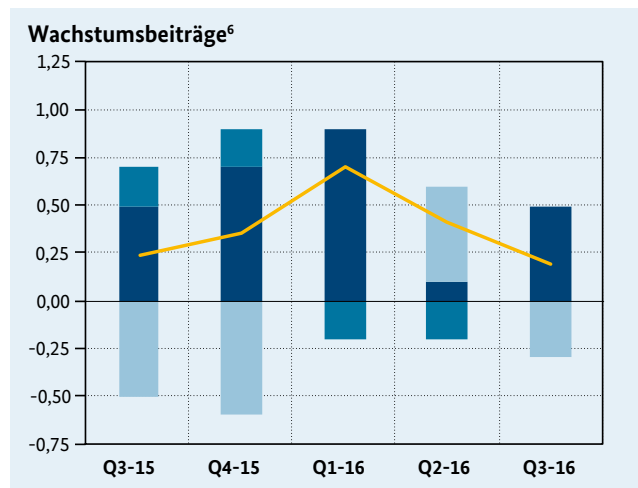
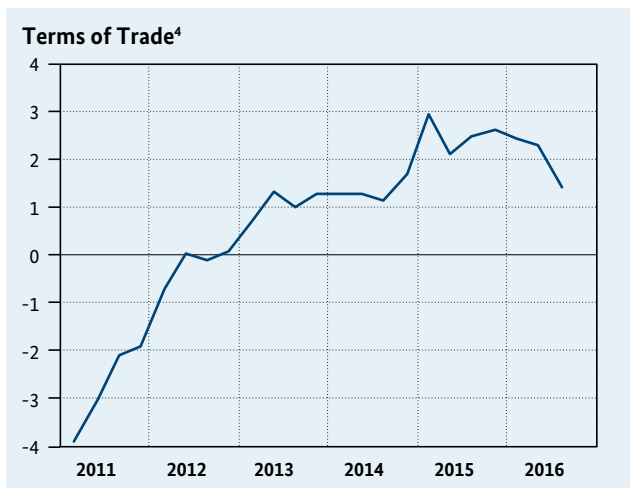
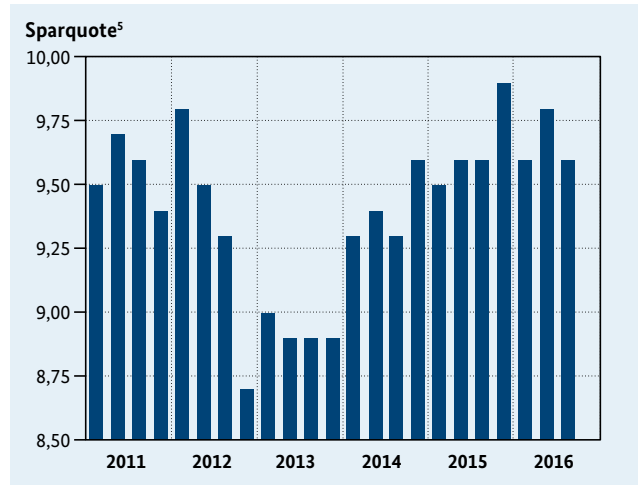
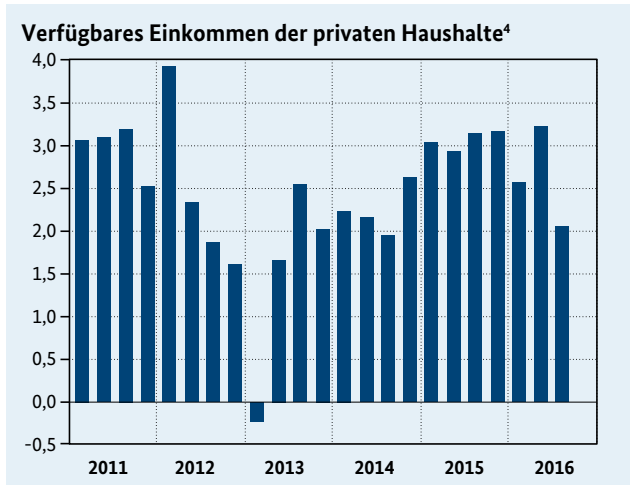
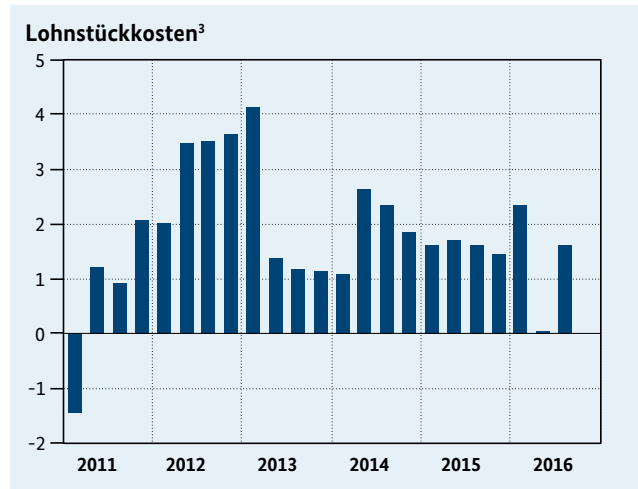
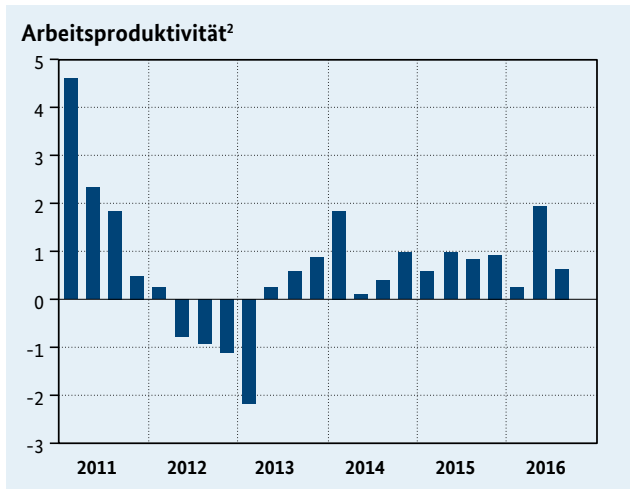
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013	2014				2015			2016			
	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Japan	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 1,2	- 0,2	+ 1,2	- 1,8	- 0,2	+ 0,5	+ 1,5	- 0,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3
USA	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	2015	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,4	+ 7,6	+ 7,1	+ 6,7	+ 8,0	+ 7,7	+ 8,2	+ 8,2	+ 9,1	+ 8,2	+ 9,7	+ 9,1	+ 8,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6	- 2,4
China	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4

				2015		2016										
	2013	2014	2015	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	10,5	10,4	10,4	10,3	10,2	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	9,9	9,8	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,9	10,2	9,4	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	8,6	8,5	8,5	8,4	8,3	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	3,1	3,0	3,0	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9	5,0	4,9	4,6
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2015	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016	2016
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,6	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6
Japan	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

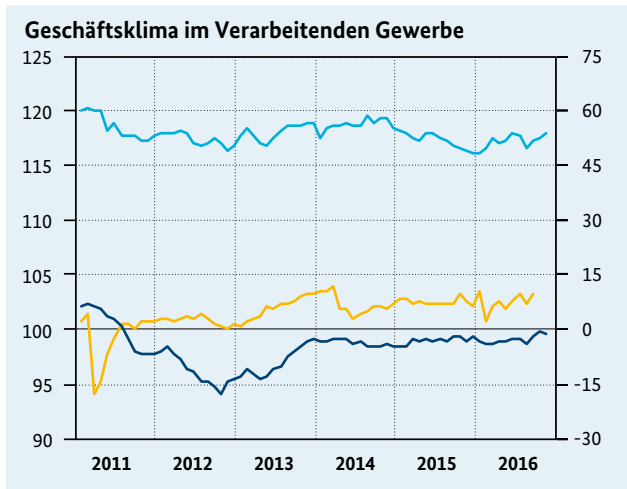
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2016				2016					
	2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,2	99,7	-	99,3	99,5	99,7	-	99,6	99,7	99,8	99,9	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	112,8	114,8	-	115,7	116,2	116,9	-	116,4	117,3	117,0	-	-	-
CPB Welthandel ²	111,4	113,6	-	114,6	113,8	114,3	-	113,2	115,1	114,6	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4642	2852	-	2037	2311	2235	-	2156	2195	2286	2251	2308	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 3,8	- 3,1	-	- 3,8	- 3,4	- 2,9	-	- 2,6	- 4,3	- 1,8	- 0,6	- 1,1	-
Industrieproduktion ⁴	103,3	105,0	-	107,1	106,8	107,2	-	106,2	108,3	107,2	107,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,0	1,2	-	1,0	0,9	0,6	-	0,6	0,6	0,6	0,7	1,0	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-10,2	- 6,2	-	- 8,3	- 7,8	- 8,2	-	- 7,9	- 8,5	- 8,2	- 8,0	- 6,1	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	55,6	51,3	-	49,8	51,8	51,2	-	52,6	49,4	51,5	51,9	53,2	-
Industrieproduktion ⁷	104,9	105,2	-	104,1	103,9	104,4	-	104,5	104,5	104,2	104,3	103,9	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,5	2,1	-	1,9	1,8	1,6	-	1,5	1,6	1,6	1,8	2,2	-
Konsumentenvertrauen ⁸	86,9	98,0	-	96,0	94,8	100,7	-	96,7	101,8	103,5	100,8	107,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,2	102,5	-	102,0	102,4	103,0	-	103,3	102,3	103,3	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	99,1	97,9	-	96,1	96,2	97,6	-	96,5	97,8	98,4	98,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,5	0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	0,0	0,1
Konsumentenvertrauen ¹¹	39,3	41,3	-	41,4	41,2	42,1	-	41,3	42,0	43,0	42,3	40,9	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,7	49,9	-	49,5	50,1	50,2	-	49,9	50,4	50,4	51,2	51,7	-
Industrieproduktion ¹³	+ 8,3	+ 6,1	-	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,1	-	+ 6,0	+ 6,3	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,2	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,2	3,4	-	2,8	2,9	2,8	-	-	2,7	2,7	2,7	3,0	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,4	105,9	-	102,8	101,2	105,7	-	106,8	105,6	104,6	107,2	-	-

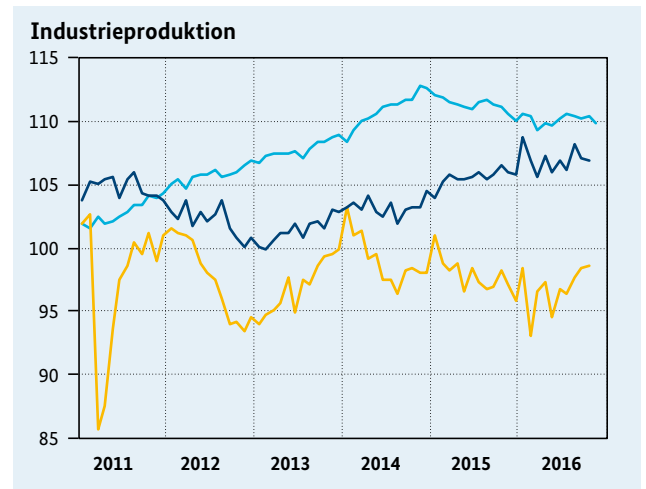
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

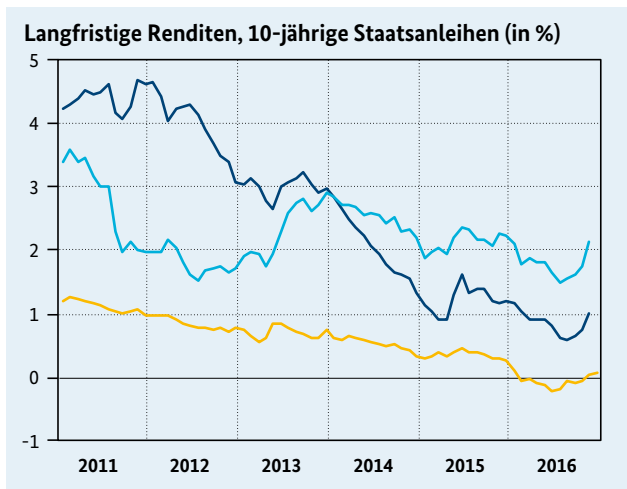
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



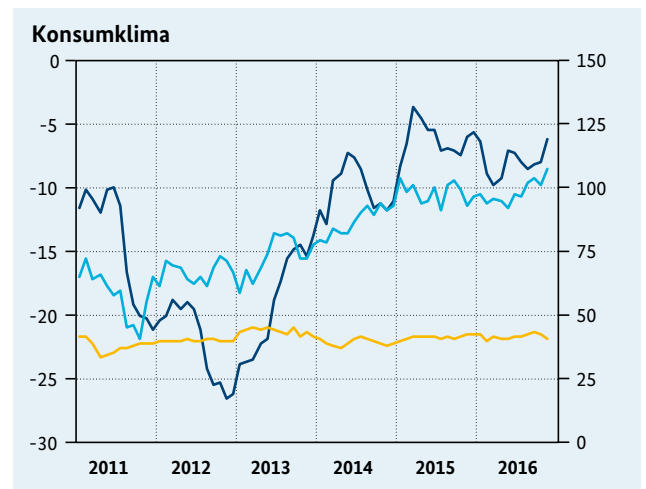
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

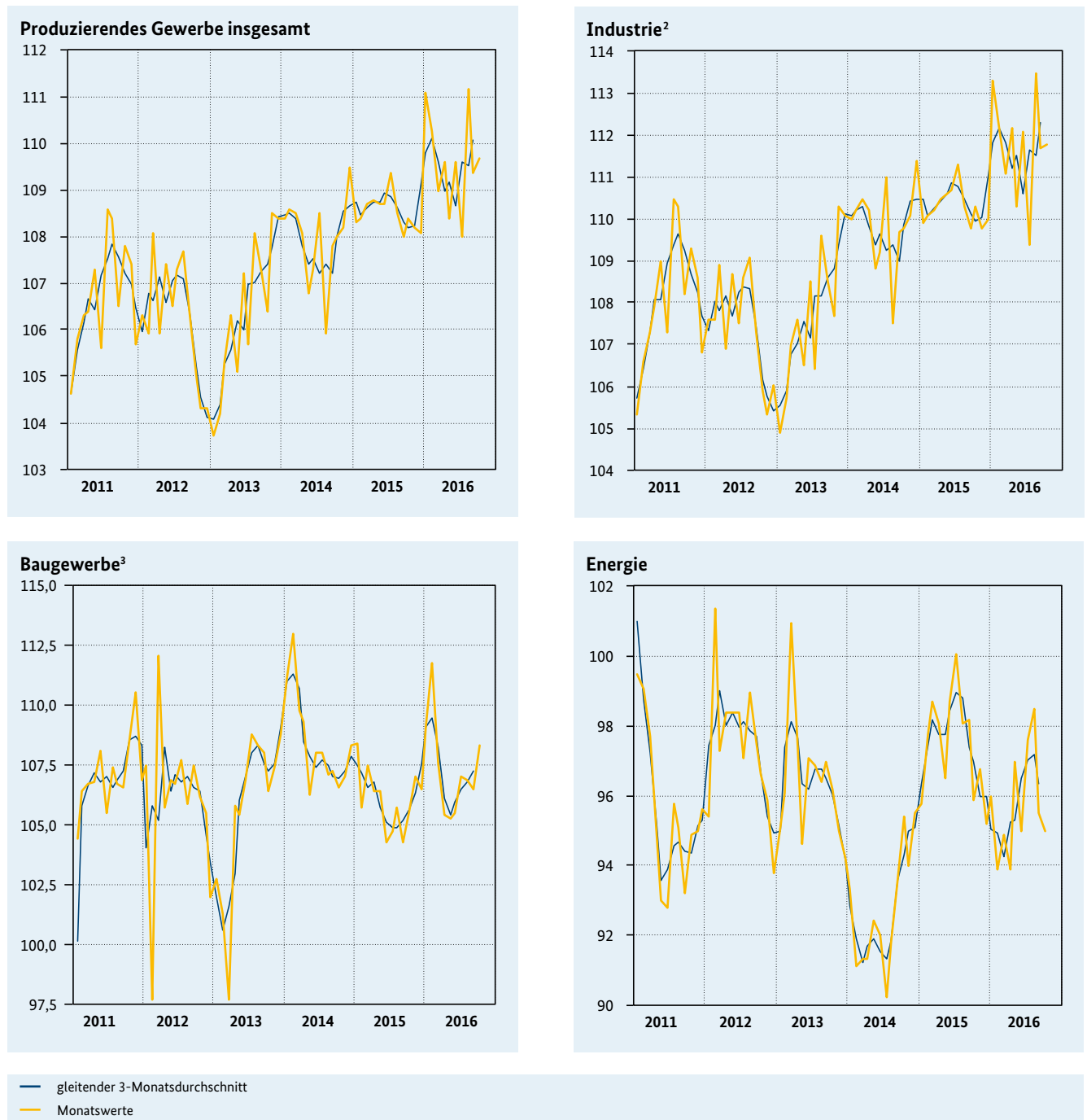
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016			2016							
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	106,4	108,0	108,5	108,2	110,1	109,2	109,5	108,4	109,6	108,0	111,2	109,4	109,7
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	-0,4	1,8	-0,8	0,3	-1,1	1,1	-1,5	3,0	-1,6	0,3	
	gg. Vj. in %	0,2	1,4	0,6	-0,3	1,5	0,5	0,8	-0,3	1,0	-1,3	2,4	1,3	1,2	
Industrie²		Index	107,7	109,9	110,3	110,0	112,2	111,5	111,5	110,3	112,1	109,4	113,5	111,7	111,8
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	-0,5	2,0	-0,6	0,0	-1,7	1,6	-2,4	3,7	-1,6	0,1	
	gg. Vj. in %	0,4	1,9	0,5	-0,4	1,8	0,9	0,9	-0,3	1,5	-1,6	2,7	1,6	1,2	
Vorleistungsgüter		Index	104,4	106,3	106,2	106,1	107,6	106,9	106,8	107,0	106,2	105,4	107,6	107,3	106,8
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,2	1,4	-0,7	-0,1	-0,5	-0,7	-0,8	2,1	-0,3	-0,5	
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	-0,3	1,3	0,6	0,7	0,8	-0,2	-0,5	1,5	1,0	1,4	
Investitionsgüter		Index	113,9	116,6	117,7	117,5	120,2	119,2	119,4	116,3	121,0	116,2	122,6	119,3	119,9
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	-0,5	2,3	-0,8	0,2	-3,4	4,0	-4,0	5,5	-2,7	0,5	
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	-0,2	2,5	1,3	1,0	-1,7	3,2	-2,6	4,1	1,8	0,5	
Konsumgüter		Index	100,5	101,9	102,1	101,2	103,4	103,6	103,6	103,3	104,4	102,4	104,9	103,5	103,6
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-1,2	2,2	0,2	0,0	0,2	1,1	-1,9	2,4	-1,3	0,1	
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	-1,2	1,6	0,8	1,1	0,7	0,4	-1,4	2,0	2,7	3,3	
Baugewerbe		Index	105,6	108,5	106,0	106,4	109,5	105,4	106,8	105,3	105,5	107,0	106,9	106,5	108,3
	gg. Vp. in %	-0,4	2,7	-2,3	1,4	2,9	-3,7	1,3	-0,1	0,2	1,4	-0,1	-0,4	1,7	
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-0,8	2,7	-0,2	1,7	-0,8	1,0	2,2	1,2	1,7	2,1	
Bauhauptgewerbe ³		Index	113,8	119,8	119,0	121,2	122,9	116,4	118,7	116,3	117,1	118,4	119,6	118,0	120,2
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	3,5	1,4	-5,3	2,0	0,3	0,7	1,1	1,0	-1,3	1,9	
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	1,5	3,3	-1,0	1,2	-1,6	0,2	1,4	2,1	0,2	0,1	
Ausbaugewerbe		Index	98,2	98,2	94,3	92,9	97,3	95,4	96,0	95,4	95,0	96,6	95,3	96,0	97,5
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,0	4,7	-2,0	0,6	-0,4	-0,4	1,7	-1,3	0,7	1,6	
	gg. Vj. in %	-2,7	0,1	-4,0	-2,9	2,1	0,8	2,3	0,1	1,9	2,9	0,0	3,7	4,6	
Energie⁴		Index	96,4	92,7	97,5	96,0	94,9	95,3	97,2	97,0	95,0	97,6	98,5	95,5	95,0
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	-2,8	-1,1	0,4	2,0	3,3	-2,1	2,7	0,9	-3,0	-0,5	
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	1,1	-2,7	-2,4	-1,7	0,4	-3,6	-2,5	0,3	-2,9	-0,9	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	105,8	108,6	110,3	110,4	111,4	110,8	110,6	110,7	109,8	108,0	112,6	111,3	111,4
	gg. Vp. in %	0,0	2,6	1,6	0,2	0,9	-0,5	-0,2	-1,0	-0,8	-1,6	4,3	-1,2	0,1	
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	0,8	1,6	0,1	0,3	-0,3	-0,4	-2,8	2,2	1,5	0,3	
Inland		Index	103,2	104,5	105,0	105,2	106,5	105,1	104,4	104,7	104,8	102,3	105,8	105,0	104,9
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	0,3	1,2	-1,3	-0,7	-0,9	0,1	-2,4	3,4	-0,8	-0,1	
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	0,7	1,5	-0,2	-0,6	-0,6	-0,8	-3,1	1,0	0,6	-1,3	
darunter: Investitionsgüter		Index	107,6	111,0	113,7	114,9	116,5	114,7	112,7	112,7	114,4	109,2	115,0	114,0	114,4
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	1,5	1,4	-1,5	-1,7	-3,7	1,5	-4,5	5,3	-0,9	0,4	
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	2,1	2,9	0,8	-0,5	-1,2	-0,4	-4,7	1,9	1,6	-3,5	
Ausland		Index	108,5	113,0	115,8	115,9	116,7	116,9	117,3	117,2	115,1	114,0	119,9	118,1	118,4
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,5	0,0	0,7	0,2	0,3	-0,9	-1,8	-1,0	5,2	-1,5	0,3	
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	0,9	1,7	0,3	1,0	0,0	-0,1	-2,6	3,4	2,3	1,7	
darunter: Eurozone		Index	97,1	102,0	106,4	107,8	109,1	109,3	110,8	109,6	108,2	108,0	112,5	111,9	110,9
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	0,7	1,2	0,2	1,4	-0,5	-1,3	-0,2	4,2	-0,5	-0,9	
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	3,9	4,6	2,9	3,3	3,2	1,0	-0,2	6,5	4,0	4,4	
			2013	2014	2015			2016							
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵			4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe		in %	83,7	83,9	84,0	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,0	84,4	84,8	85,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	110,1	110,9	110,5	111,2	110,7	110,3	110,7	111,6	111,3	116,7
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	0,5	0,7	-0,4	0,6	0,2	-0,4	0,4	0,8	-0,3	4,9
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	-0,7	1,2	-1,2	1,4	0,0	-3,0	-0,6	2,0	2,9	6,3
Inland	Index	101,8	103,5	105,3	105,9	104,9	106,0	103,9	105,0	105,7	102,6	105,0	104,0	110,5
	gg. Vp. in %	1,0	1,7	1,7	1,0	-0,9	1,0	-2,0	-2,1	0,7	-2,9	2,3	-1,0	6,3
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	2,1	-1,1	1,6	-1,2	0,6	2,3	-4,4	1,4	0,0	4,9
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	113,4	115,8	114,2	117,1	115,3	114,0	117,2	117,0	117,2	121,8
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	0,2	2,1	-1,4	2,5	1,9	-1,1	2,8	-0,2	0,2	3,9
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-2,7	2,9	-3,1	3,4	-0,4	-6,4	2,3	2,6	5,1	7,4
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	105,6	106,8	109,3	112,2	113,9	104,5	110,4	115,0	111,1	111,1
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	-3,4	1,1	2,3	2,7	4,1	-8,3	5,6	4,2	-3,4	0,0
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	-0,1	5,8	1,6	2,6	8,0	-4,9	1,1	2,3	4,7	2,3
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	118,9	122,0	117,5	120,6	116,2	120,6	121,9	118,4	121,5	129,2
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	2,6	2,6	-3,7	2,6	0,3	3,8	1,1	-2,9	2,6	6,3
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	-4,2	1,3	-5,9	3,9	-5,2	-7,2	3,2	2,9	5,4	10,8
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,5	102,7	100,8	102,4	102,8	101,4	100,9	101,4	103,0	104,0	105,9
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,6	2,3	-1,9	1,6	0,4	-3,4	-0,5	0,5	1,6	1,0	1,8
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	0,0	-0,8	1,1	2,2	0,0	-1,2	0,7	2,9	3,4	4,6
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	100,0	97,9	99,5	98,2	97,2	97,7	98,1	98,5	98,0	103,1
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	1,6	-2,1	1,6	-1,3	-6,1	0,5	0,4	0,4	-0,5	5,2
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	0,9	-1,3	0,7	-0,1	-2,2	-1,1	0,0	0,1	-0,4	4,7
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	105,9	104,3	106,0	108,1	106,4	104,7	105,2	108,2	111,0	109,3
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	3,1	-1,5	1,6	2,0	-0,4	-1,6	0,5	2,9	2,6	-1,5
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	-1,1	-0,6	1,6	5,0	2,4	-1,3	1,4	6,2	7,8	4,4
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	115,0	117,6	116,1	117,5	117,0	116,9	117,8	118,1	116,7	125,1
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	-1,0	2,3	-1,3	1,2	2,4	-0,1	0,8	0,3	-1,2	7,2
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	-1,7	2,2	-2,7	1,0	-0,1	-4,2	-1,3	1,7	2,8	8,5
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	112,5	112,4	112,9	110,8	112,4	114,7	108,3	112,8	111,2	119,8
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	0,4	-0,1	0,4	-1,9	0,7	2,0	-5,6	4,2	-1,4	7,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	2,9	-0,9	2,4	-1,5	2,4	6,0	-7,7	3,5	0,8	6,0
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	116,5	120,8	118,0	121,7	119,9	118,2	123,6	121,4	120,1	128,4
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	-1,9	3,7	-2,3	3,1	3,5	-1,4	4,6	-1,8	-1,1	6,9
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-4,2	4,2	-5,5	2,6	-1,5	-9,1	2,8	0,6	4,0	9,9
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	111,8	113,6	111,1	108,5	111,3	110,7	106,2	109,4	109,9	110,5
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	4,0	1,6	-2,2	-2,3	0,1	-0,5	-4,1	3,0	0,5	0,5
	gg. Vj. in %	1,7	3,7	2,1	4,1	4,5	0,3	0,7	0,8	-0,6	-1,5	2,5	1,3	-1,1
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,6	101,6	103,3	96,7	107,0	100,1	95,1	97,6	97,4	99,1
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	0,6	0,0	1,7	-6,4	4,2	-6,4	-5,0	2,6	-0,2	1,7
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,2	0,2	1,6	-4,3	4,6	-1,9	-6,2	-3,5	-3,1	-1,2
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	120,5	124,0	117,7	118,5	115,0	119,8	115,7	119,4	120,5	120,2
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	6,5	2,9	-5,1	0,7	-2,9	4,2	-3,4	3,2	0,9	-0,2
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	5,4	7,9	-0,6	4,7	-2,0	0,4	2,0	7,4	4,7	-1,1
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,9	110,2	110,7	109,8	110,8	109,5	110,7	109,3	110,9	112,2	117,0
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,4	1,5	0,5	-0,8	0,9	0,4	1,1	-1,3	1,5	1,2	4,3
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	-0,3	1,1	-1,2	1,9	-1,1	-1,0	-0,6	2,6	3,6	6,2

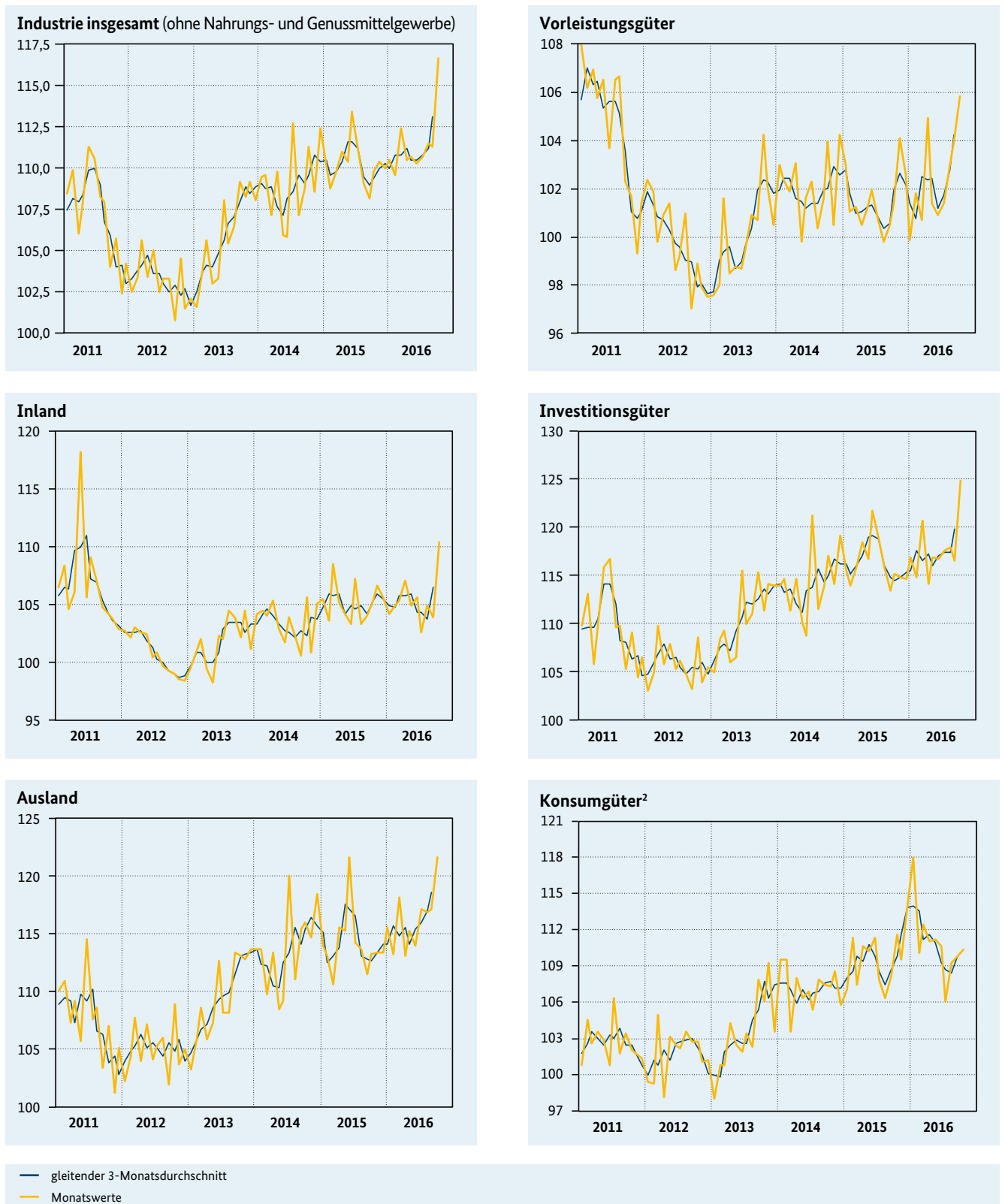
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

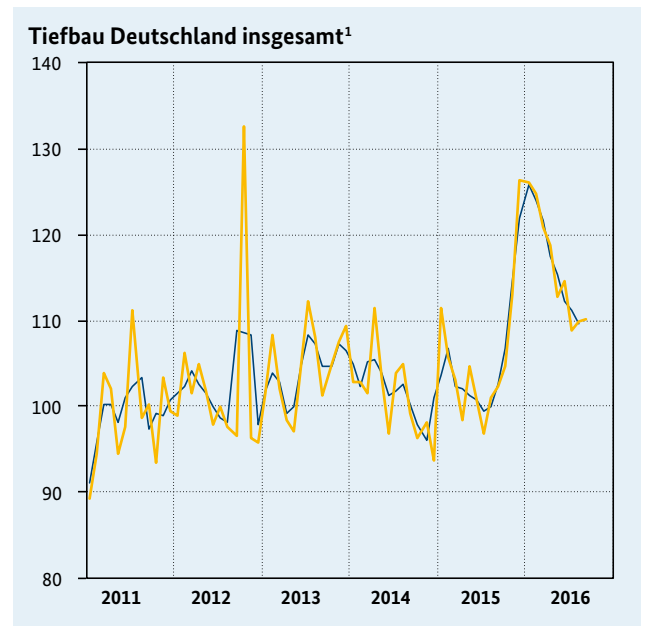
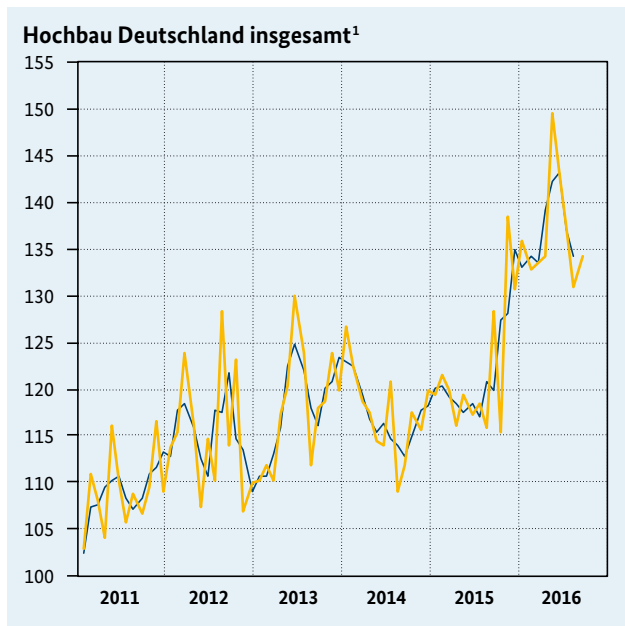
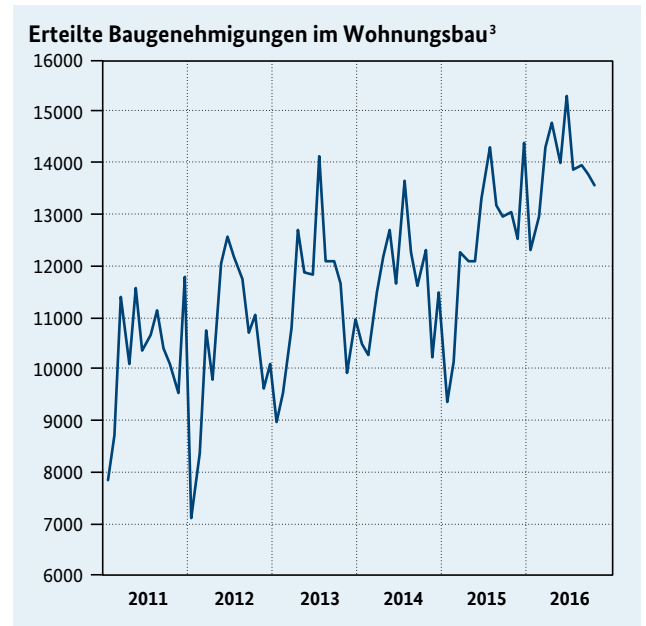
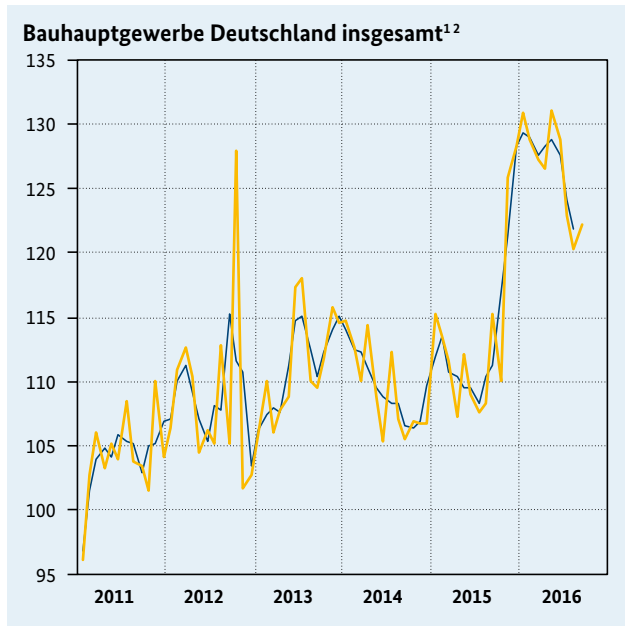
					2015	2016			2016						
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	111,3	109,3	113,7	121,5	129,1	129,0	121,9	126,6	131,3	129,0	123,1	120,4	122,3
		gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	10,1	6,3	-0,1	-5,5	-0,6	3,7	-1,8	-4,6	-2,2	1,6
		gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	13,2	14,0	17,7	10,1	17,9	16,9	18,3	14,1	10,4	5,8
Hochbau		Index	118,0	117,4	121,8	128,2	134,2	142,4	134,2	134,4	149,7	143,2	137,3	130,9	134,4
		gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	6,0	4,7	6,1	-5,8	0,6	11,4	-4,3	-4,1	-4,7	2,7
		gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	8,6	11,6	21,1	10,6	15,4	25,3	22,3	15,5	12,0	4,7
Wohnungsbau		Index	131,0	134,9	149,9	152,6	172,8	171,8	170,4	159,6	176,8	179,0	159,8	164,1	187,3
		gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	-2,2	13,2	-0,6	-0,8	-10,2	10,8	1,2	-10,7	2,7	14,1
		gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	7,9	17,1	20,2	8,9	12,7	22,6	25,4	3,7	14,5	9,3
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	111,6	108,7	107,8	116,2	115,1	127,9	116,3	121,9	136,3	125,4	126,1	114,5	108,2
		gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	12,3	-0,9	11,1	-9,1	9,0	11,8	-8,0	0,6	-9,2	-5,5
		gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	9,0	7,8	21,7	11,8	17,3	27,2	20,4	24,7	10,4	1,1
Tiefbau		Index	104,7	101,2	105,7	114,8	124,1	115,5	109,7	118,9	112,9	114,8	108,9	109,9	110,2
		gg. Vp. in %	2,0	-3,3	4,4	14,8	8,1	-6,9	-5,0	-1,8	-5,0	1,7	-5,1	0,9	0,3
		gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	19,6	16,6	14,1	9,5	20,8	7,9	13,7	12,8	8,6	7,2
Straßenbau		Index	103,6	99,2	101,2	102,8	128,7	113,1	111,0	116,3	108,4	114,6	114,6	108,1	110,4
		gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	2,0	25,2	-12,1	-1,9	4,0	-6,8	5,7	0,0	-5,7	2,1
		gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	7,0	22,6	14,7	10,3	20,9	7,4	15,9	20,9	2,5	7,4
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	105,3	102,5	108,4	122,1	121,3	117,0	108,8	120,5	115,7	114,9	105,5	111,0	110,0
		gg. Vp. in %	0,4	-2,7	5,8	22,8	-0,7	-3,5	-7,0	-5,0	-4,0	-0,7	-8,2	5,2	-0,9
		gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	25,6	13,6	13,7	9,1	20,7	8,2	12,3	7,2	13,1	7,1
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	114,2	112,9	112,7	120,9	119,3	130,2	117,0	126,8	135,8	127,9	124,4	116,6	110,1
		gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	12,6	-1,3	9,1	-10,1	5,0	7,1	-5,8	-2,7	-6,3	-5,6
		gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	10,2	6,8	18,2	8,6	18,0	17,9	18,6	17,9	9,2	-0,5
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,5	95,4	100,3	109,6	121,6	110,5	107,4	113,2	108,5	109,9	107,0	106,8	108,5
		gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	15,1	10,9	-9,1	-2,8	-0,5	-4,2	1,3	-2,6	-0,2	1,6
		gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	21,2	20,4	15,9	12,5	20,9	13,0	13,9	17,0	9,5	10,9
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	76490	78378	83667	22875	22101	25466	24933	8515	8073	8878	7976	8345	8612
		gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	18,3	23,0	24,4	11,6	27,7	23,8	21,8	5,4	13,2	16,3
Wohngebäude		Mio. €	43680	46466	51206	14001	13636	15393	14854	5076	4894	5423	4996	4958	4899
		gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	22,4	27,4	21,5	7,4	24,3	19,7	20,5	3,8	9,8	8,9
Nichtwohngebäude		Mio. €	32809	31913	32461	8874	8465	10073	10080	3438	3179	3456	2980	3387	3713
		gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,7	12,5	16,5	29,1	18,3	33,2	30,6	24,0	8,2	18,6	27,6
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23624	24145	24355	6717	6321	7558	7368	2582	2436	2541	2086	2572	2710
		gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	14,5	24,3	25,0	13,3	28,4	26,2	20,6	-3,6	24,2	19,4
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	9185	7768	8106	2157	2144	2515	2712	857	743	915	894	815	1003
		gg. Vj. in %	20,9	-15,4	4,3	6,9	-1,6	43,3	34,6	50,1	47,2	34,6	51,6	3,8	56,6
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	137	141	150	40,1	39,7	44,3	41,8	14,8	14,0	15,4	13,9	14,0	13,8
		gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	17,6	24,6	17,7	3,0	22,4	15,6	15,3	-2,8	5,9	6,5
		gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	7,7	8,5	-6,0	-6,0	-0,8	-6,0	4,9	-9,6	0,9	6,6
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,8	73,8	73,3	78,0	64,7	76,1	80,9	79,0	80,6	81,2	80,8	80,5	79,8
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	28,4	8,6	13,8	3,3	35,0	14,0	5,0	9,0	7,0	5,0	3,0	2,0	4,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2016				2016					
		2014	2015	2016	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,1	9,2	-	6,7	8,7	9,1	-	9,6	5,7	11,9	13,7	13,7	-
Geschäftslage	Salden	13,4	15,5	-	15,5	17,1	17,1	-	18,3	14,7	18,2	18,8	19,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	3,2	-	-1,7	0,6	1,4	-	1,2	-2,9	5,9	8,6	7,8	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	12,9	11,5	-	6,2	8,7	9,8	-	9,7	6,4	13,3	16,4	14,7	-
Geschäftslage	Salden	18,9	19,0	-	16,6	17,8	18,3	-	19,4	16,4	19,0	21,5	21,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,1	4,2	-	-3,7	-0,1	1,7	-	0,4	-3,2	7,8	11,4	8,3	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	13,5	12,4	-	6,6	8,6	11,6	-	12,6	8,0	14,1	17,6	16,5	-
Geschäftslage	Salden	20,2	18,1	-	16,7	18,5	18,0	-	20,4	14,1	19,4	21,3	23,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	7,0	6,9	-	-3,0	-0,8	5,4	-	5,0	2,1	9,0	13,9	9,9	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	15,1	10,6	-	4,4	8,8	7,0	-	5,2	4,4	11,5	15,0	14,3	-
Geschäftslage	Salden	20,4	18,6	-	15,3	18,8	17,4	-	18,6	16,2	17,5	22,9	21,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,9	2,9	-	-6,0	-0,8	-2,8	-	-7,4	-6,7	5,6	7,4	7,1	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	7,6	9,7	-	8,5	7,6	9,4	-	7,7	6,2	14,3	13,6	12,8	-
Geschäftslage	Salden	14,4	19,4	-	18,2	16,5	16,9	-	14,9	15,8	20,0	17,3	18,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	0,4	-	-0,7	-0,9	2,1	-	0,7	-3,1	8,8	9,9	7,1	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-3,1	-2,9	-	0,0	3,1	6,9	-	5,5	5,7	9,4	10,3	11,4	-
Geschäftslage	Salden	-3,3	-4,3	-	3,4	8,3	11,4	-	10,1	9,8	14,4	12,6	14,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,4	-	-3,4	-1,9	2,4	-	1,1	1,6	4,5	8,0	8,5	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	22,7	28,6	-	27,8	27,7	30,1	-	27,8	30,0	32,5	32,3	34,8	-
Geschäftslage	Salden	32,5	38,9	-	39,9	41,4	38,5	-	36,7	38,4	40,5	39,9	45,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	13,3	18,8	-	16,3	14,7	22,0	-	19,2	22,0	24,7	24,8	24,2	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	40,0	57,0	55,2	54,2	51,8	54,2	60,6	49,8	57,6	55,1	59,5	58,8	63,5
Konjunkturerwartungen	Salden	29,6	31,5	6,7	5,2	12,3	-1,9	11,3	-6,8	0,5	0,5	6,2	13,8	13,8

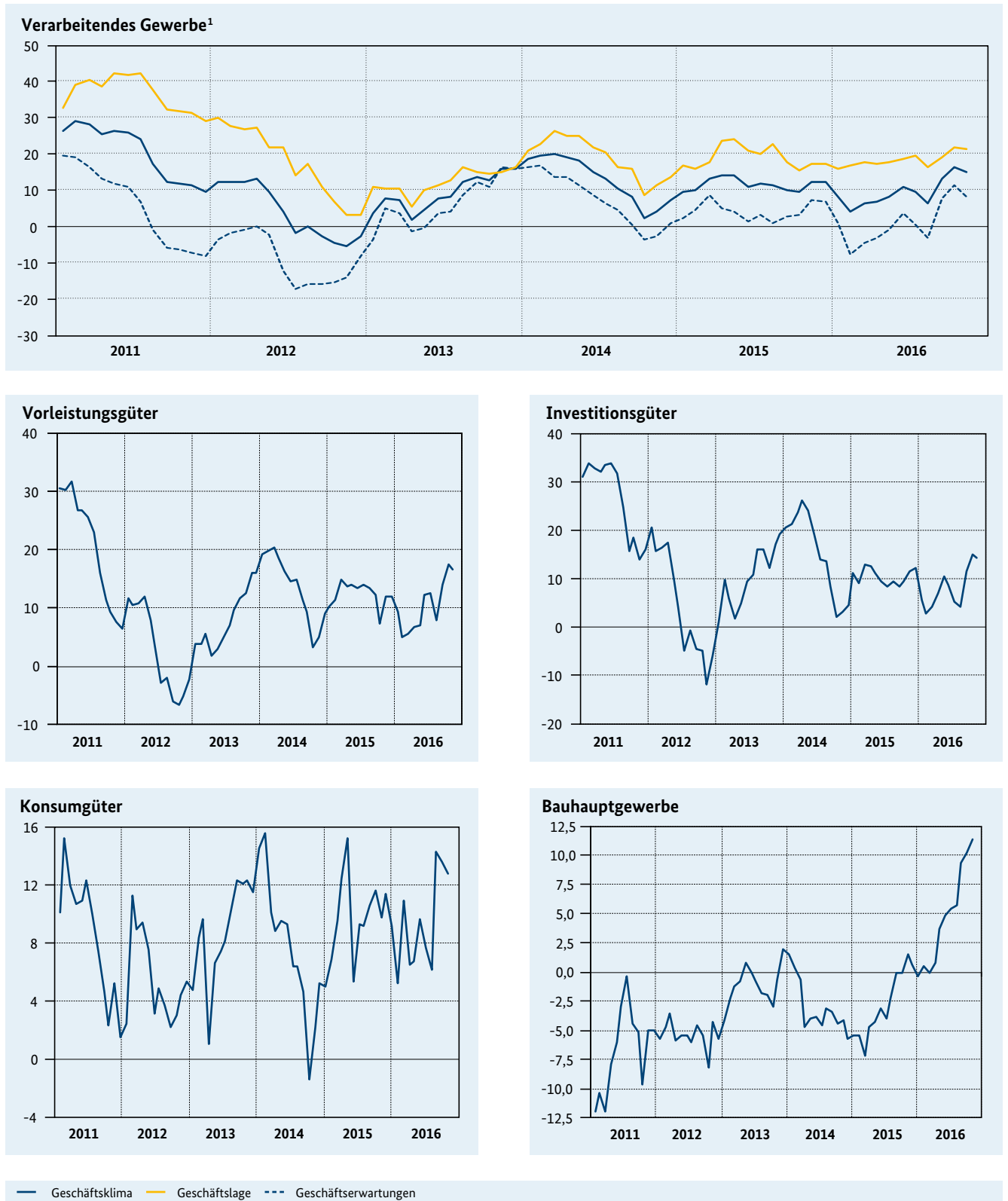
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2014			2015			2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,5	104,4	106,5	104,2	104,6	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	107,9	108,1	108,5
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,9	2,0	0,2	0,4	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,6	0,2	0,4
	gg. Vj. in %	0,7	0,9	2,0	0,7	0,6	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	2,0	2,7	1,5
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1763	426	429	433	435	440	443	446	447	450	452
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,5	2,3	3,1	0,3	0,7	1,1	0,4	1,0	0,6	0,8	0,2	0,7	0,4
	gg. Vj. in %	1,5	2,3	3,1	2,2	2,0	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,6	3,2	2,1
Einzelhandelsumsätze¹														
		2014	2015	2016	2015				2016					
					1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Einzelhandel	Index	102,7	105,3	-	106,6	106,4	106,5	-	107,0	107,0	105,6	108,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	1,4	2,5	-	0,7	-0,2	0,1	-	0,4	0,0	-1,3	2,5	-	-
	gg. Vj. in %	1,5	2,4	-	1,6	1,2	0,9	-	1,5	1,3	0,0	2,7	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	102,6	104,9	-	105,7	105,5	107,2	-	107,6	107,0	106,9	106,8	-	-
	gg. Vp. In %	1,3	2,2	-	0,4	-0,2	1,6	-	1,8	-0,6	-0,1	-0,1	-	-
	gg. Vj. in %	1,4	2,2	-	2,0	0,8	1,2	-	2,4	-0,3	1,3	2,0	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,8	99,6	-	97,7	101,0	97,5	-	101,4	100,6	90,6	106,0	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	-0,2	-	-0,6	3,4	-3,5	-	1,5	-0,8	-9,9	17,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	0,0	-	-1,9	0,3	-2,0	-	0,0	3,4	-8,8	6,0	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	121,7	126,7	-	126,4	126,2	123,9	-	126,6	124,1	120,9	130,2	-	-
	gg. Vp. In %	3,6	4,1	-	-0,4	-0,2	-1,8	-	-2,2	-2,0	-2,6	7,7	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	3,9	-	-0,7	0,6	-2,8	-	-1,3	-2,0	-4,9	3,6	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	98,9	100,8	-	101,7	101,3	101,1	-	102,4	101,2	99,7	101,5	-	-
	gg. Vp. In %	-0,8	1,9	-	0,0	-0,4	-0,2	-	1,3	-1,2	-1,5	1,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,7	2,0	-	1,2	0,5	0,6	-	2,1	1,7	-1,7	1,3	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	104,6	111,4	-	116,8	116,1	118,2	-	114,8	119,1	120,6	-	-	-
	gg. Vp. In %	2,4	6,5	-	3,3	-0,6	1,8	-	-1,5	3,7	1,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	6,7	-	6,8	4,3	5,6	-	2,1	7,0	7,8	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	101,7	102,1	-	102,6	103,0	103,4	-	103,2	102,4	104,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	0,9	0,4	-	0,0	0,4	0,4	-	0,3	-0,8	2,1	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,5	-	2,3	0,8	0,7	-	0,5	-1,8	3,6	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3037	3206	-	791	942	822	-	279	245	298	263	277	-
	gg. Vj. in %	2,9	5,6	-	4,5	9,4	4,2	-	-3,9	8,3	9,4	-5,6	1,5	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1099	1098	-	259	344	295	-	99	93	103	93	96	-
	gg. Vj. in %	-1,9	-0,1	-	1,4	10,4	11,0	-	-3,5	18,7	21,6	-1,9	4,5	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	106,6	106,9	-	106,6	107,1	107,6	-	107,6	107,6	107,7	107,9	108,0	-
	gg. Vj. in %	0,9	0,2	-	0,3	0,1	0,5	-	0,4	0,4	0,7	0,8	0,8	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	1,0	0,8	-	1,0	0,2	0,8	-	1,1	0,9	0,4	0,0	1,2	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,5	1,2	-	1,1	1,1	1,2	-	1,1	1,2	1,3	1,4	1,4	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-0,9	-5,5	-	-6,5	-5,6	-4,2	-	-4,7	-4,2	-3,7	-2,3	-2,9	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,8	-2,6	-	-2,3	-2,8	-1,6	-	-2,7	-1,9	-0,1	1,3	0,5	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	2,9	7,0	-	7,8	8,8	6,9	-	10,2	2,6	8,0	7,8	9,3	-
Geschäftslage	Salden	8,9	15,7	-	16,5	17,5	17,8	-	22,0	12,6	18,7	16,6	21,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,9	-1,2	-	-0,7	0,4	-3,3	-	-0,8	-6,9	-2,2	-0,6	-2,6	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	8,5	9,7	9,8	9,4	9,6	10,1	9,8	10,1	10,0	10,2	10,0	9,7	9,8
Anschaffungsneigung	Punkte	48,7	54,7	-	50,1	53,1	55,6	-	55,3	56,0	55,4	53,4	52,5	-

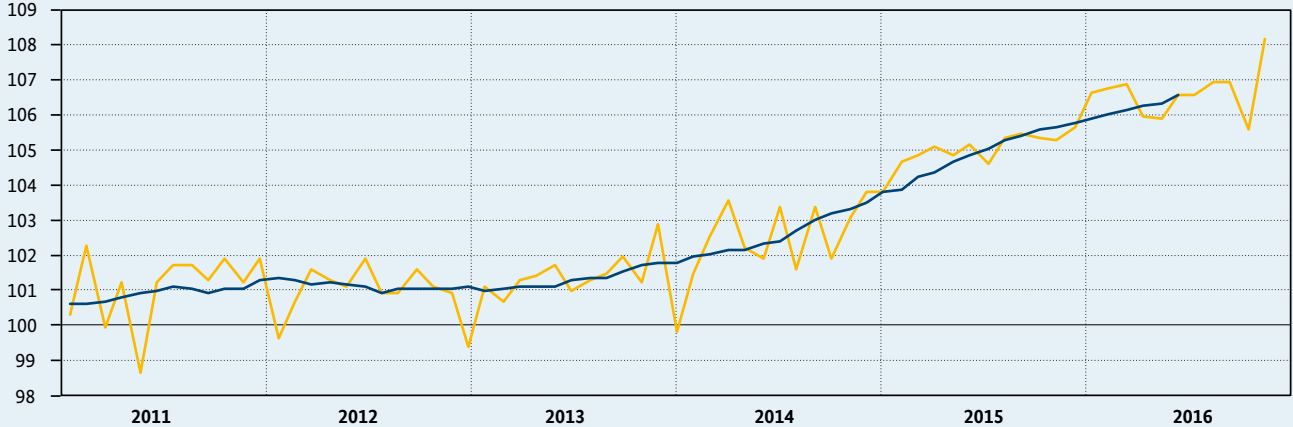
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹

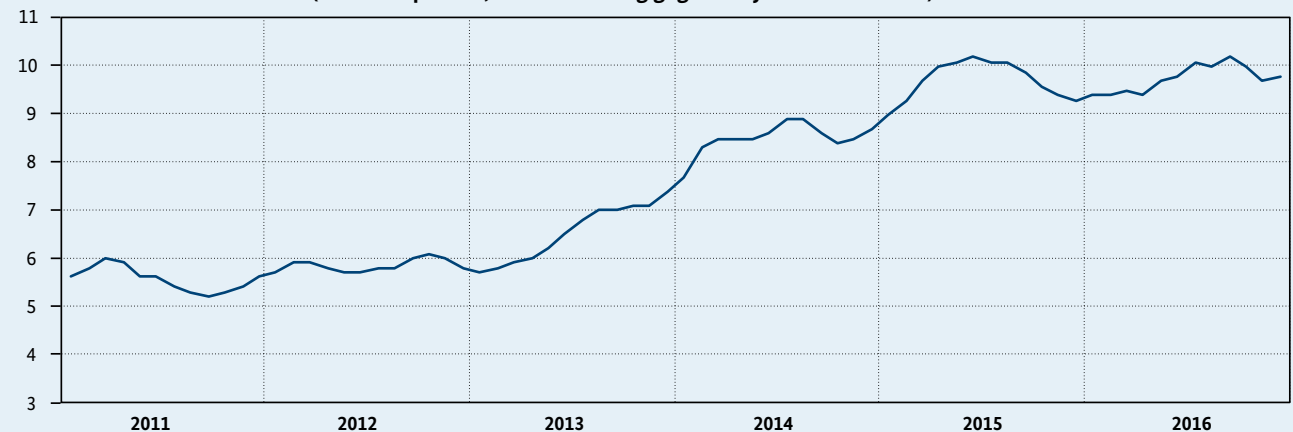


— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2015				2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	216	255	63	75	71	65	23,6	22,5	22,0	22,7	20,5	20,3
	gg. Vp. in %	-1,7	12,3	18,0	-8,8	19,4	-4,9	-8,5	-6,2	-4,9	-2,0	3,3	-9,9	-0,8
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	258	64	67	71	68	23,7	22,7	22,0	23,5	22,3	21,5
	gg. Vp. in %	6,0	6,8	12,8	-3,2	5,2	6,2	-4,5	-3,6	-4,2	-3,1	6,7	-4,9	-3,7
Ausfuhr	in Mrd. €	1085	1119	1174	291	294	297	297	98,4	99,1	97,1	100,8	99,1	99,0
	gg. Vp. in %	1,0	3,1	4,9	-1,7	0,8	1,1	0,1	-1,0	0,7	-1,9	3,7	-1,7	-0,1
Einfuhr	in Mrd. €	871	890	916	228	227	226	229	74,7	76,3	75,1	77,3	76,8	77,5
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	-1,2	-0,4	-0,4	1,5	-0,1	2,2	-1,6	2,9	-0,7	1,0
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-10	-7	-6	-7	-1,8	-2,3	-2,1	-1,7	-2,7	-2,0
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	27,3	-29,5	-7,4	0,2	-26,2	25,0	-8,9	-15,1	55,7	-24,7
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	61	61	62	20,7	20,5	20,3	21,1	20,5	21,7
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	-0,6	2,8	0,0	1,1	2,9	-1,0	-0,7	3,8	-2,8	6,0
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	70	68	68	68	22,5	22,7	22,4	22,8	23,2	23,8
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	2,6	-1,8	-0,7	1,0	-0,3	1,1	-1,5	2,1	1,7	2,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	18	18	16	15	4,9	5,1	5,7	5,6	4,2	4,7
	gg. Vp. in %	-2,7	-1,5	5,4	0,9	1,7	-12,8	-1,3	-12,6	4,1	11,0	-1,4	-25,4	12,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-43	-40	-38	-9	-3	-9	-12	-3,2	-3,1	-3,6	-4,6	-3,3	-3,8
	gg. Vp. in %	6,3	-6,2	-5,1	30,4	-66,7	214,8	29,7	23,6	-2,5	16,3	27,0	-28,0	15,7

Außenhandel nach Ländern²

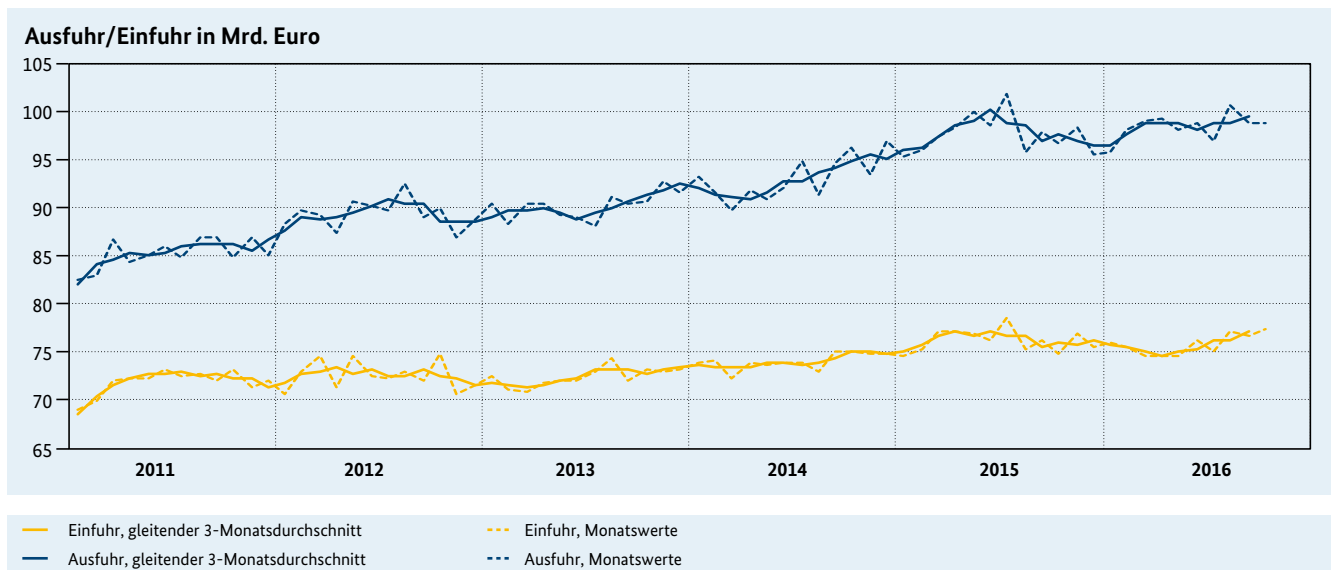
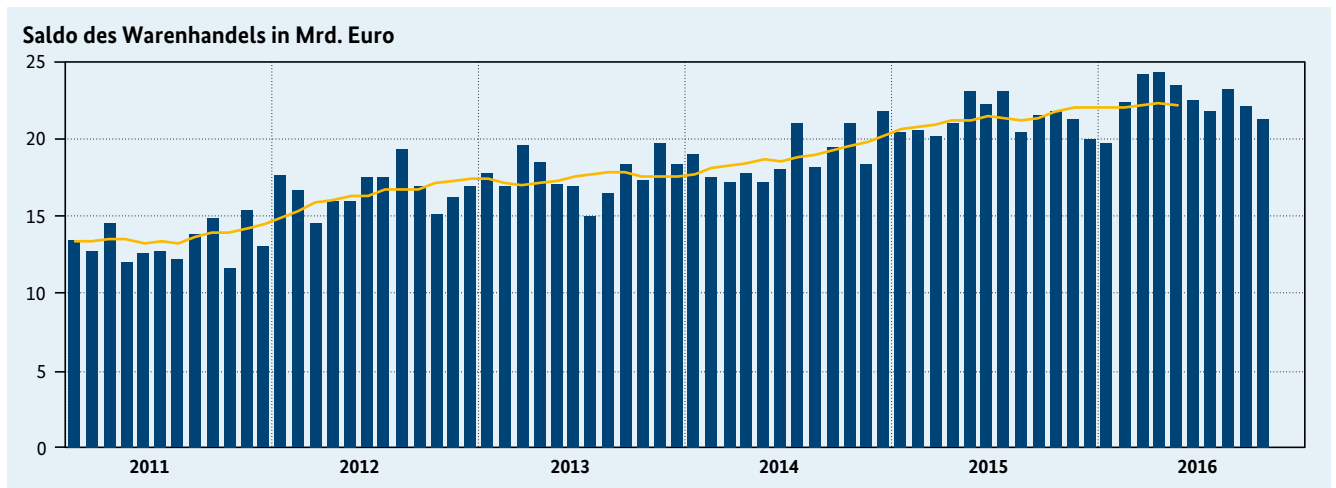
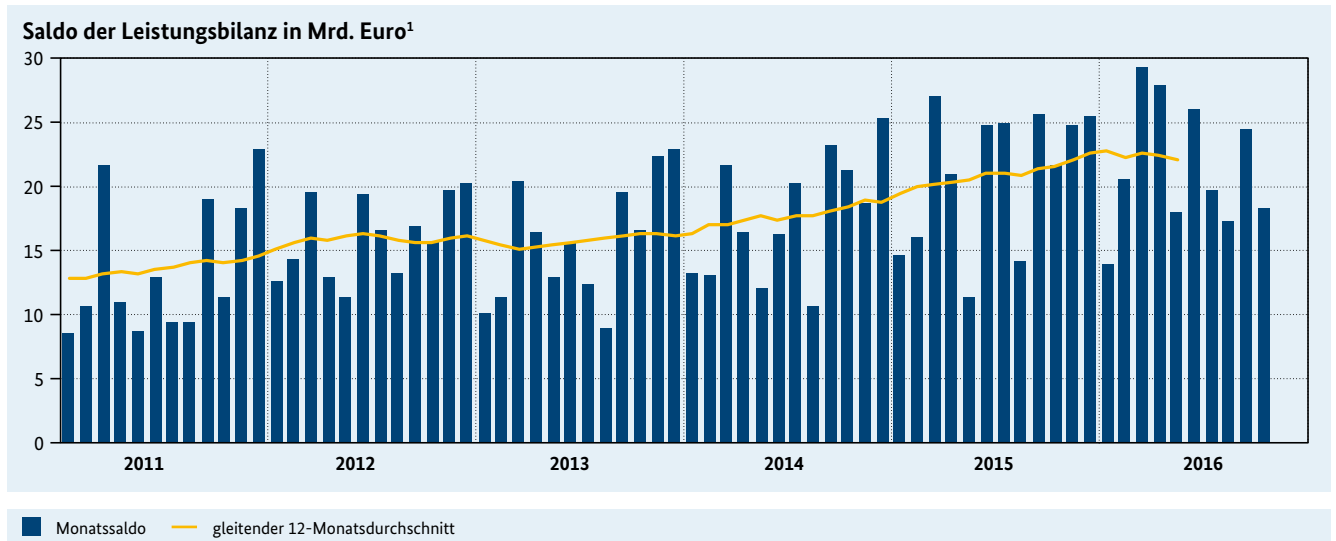
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1194	300	294	307	299	97,0	106,5	96,0	96,4	106,0	101,5
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,2	4,6	0,6	2,2	-0,5	1,6	1,2	-10,0	9,9	0,6	-4,1
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	693	175	176	181	173	57,4	62,4	56,1	54,2	63,1	59,7
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	6,8	6,2	2,5	3,8	1,0	2,1	2,1	-7,0	10,0	1,7	-4,5
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	434	109	110	113	107	36,0	38,8	35,5	32,7	39,3	37,4
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,6	6,2	1,4	2,5	1,1	1,7	0,2	-5,9	9,2	1,8	-4,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	66	67	68	66	21,5	23,6	20,6	21,5	23,8	22,2
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	8,9	6,0	4,3	6,0	0,8	2,7	5,4	-9,0	11,3	1,7	-5,4
Drittländer	in Mrd. €	469	475	501	126	118	126	125	39,5	44,1	39,9	42,3	42,9	41,8
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,4	2,6	-2,1	0,0	-2,5	1,0	-0,1	-13,9	9,8	-1,1	-3,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	240	236	237	235	76,2	82,0	76,9	76,5	81,8	82,2
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,3	4,4	0,4	0,1	-1,2	-0,1	0,4	-6,5	5,2	-1,6	-2,2
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	158	156	159	155	51,1	55,2	51,3	48,6	55,0	54,2
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	4,8	2,2	1,9	-0,3	0,2	3,4	-4,5	5,2	-0,7	-2,0
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	107	106	109	105	34,8	38,1	35,3	32,6	36,9	36,4
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	4,1	1,1	0,7	-1,1	-0,8	3,2	-4,5	4,2	-2,3	-2,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	50	50	51	50	16,3	17,2	16,0	16,0	18,1	17,8
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	6,5	4,5	4,6	1,6	2,4	3,7	-4,7	7,3	2,8	-0,5
Drittländer	in Mrd. €	315	315	328	82	80	78	80	25,2	26,8	25,6	27,9	26,8	28,0
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,9	3,5	-2,9	-3,5	-3,1	-0,6	-5,3	-10,2	5,1	-3,6	-2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

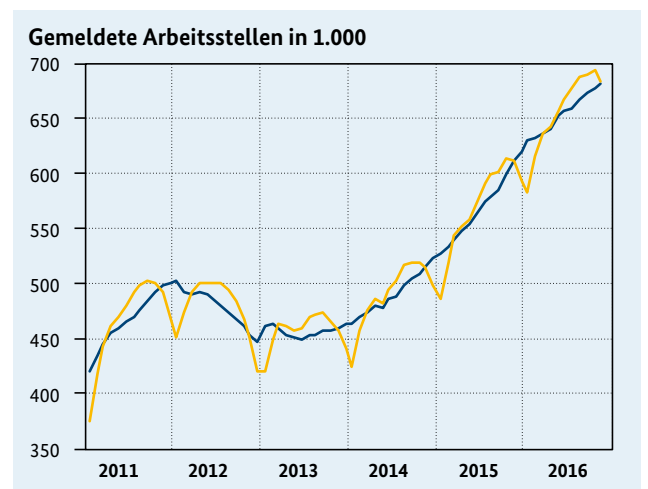
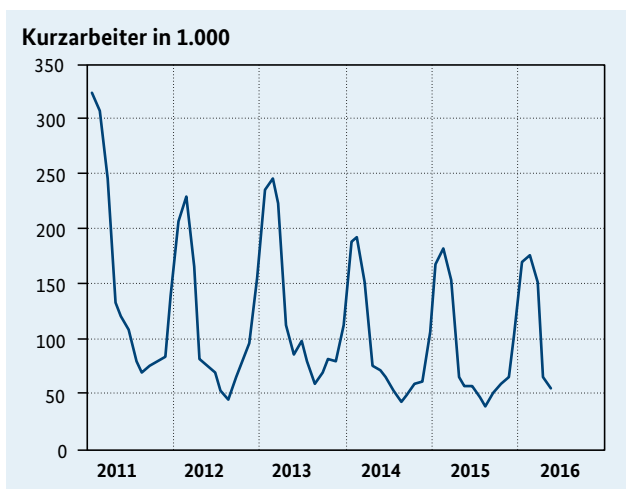
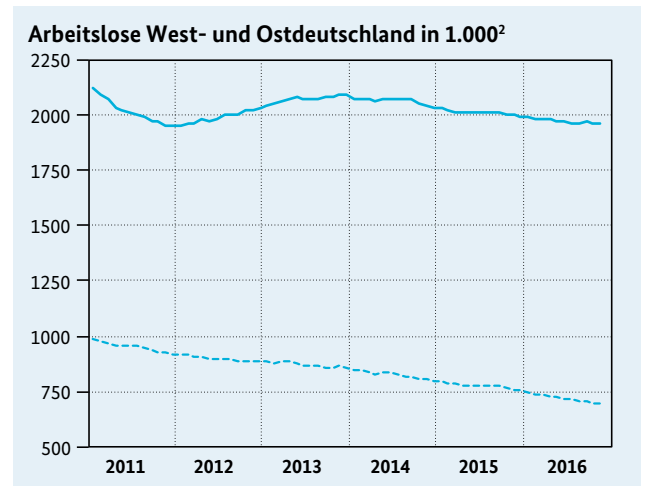
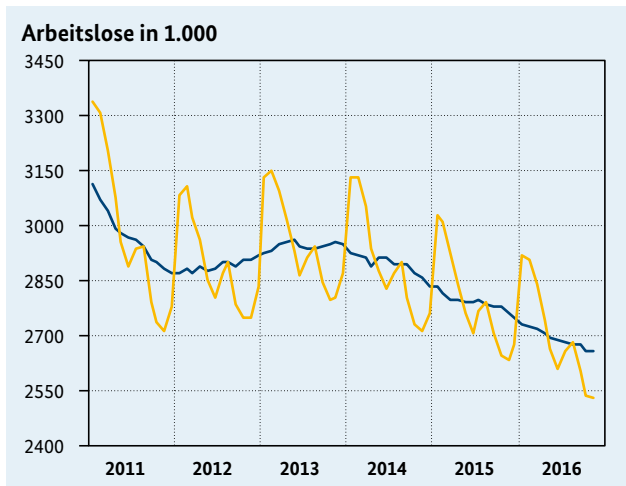
					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42327	42662	43057	43457	43059	43489	43660	43623	43594	43607	43779	43844	-
	gg. Vj. in Tsd.	+266	+335	+395	+499	+547	+504	+388	+489	+417	+375	+371	+352	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30853	31298	31072	31347	31478	31349	31229	31463	31741	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+728	+690	+636	+458	+577	+485	+477	+411	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	1898	1915	1776	1763	1782	1841	1797	1651	1734	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-114	-186	-177	-84	-152	-73	-21	-157	-118	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,5	4,2	4,1	4,2	4,3	4,2	3,8	4,0	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2655	2892	2674	2651	2614	2661	2684	2608	2540	2532
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-83	-101	-98	-108	-97	-112	-111	-100	-109	-101
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1879	1960	1892	1843	1860	1856	1854	1820	1784	1776
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-13	-23	-58	-89	-68	-87	-91	-89	-102	-93
SGB III	in Tsd.	970	933	859	775	932	782	808	754	805	830	787	756	756
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-70	-78	-40	-19	-29	-25	-21	-11	-7	-8
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	1929	2095	1962	1970	1928	1971	1998	1942	1888	1877
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-41	-42	-40	-43	-41	-48	-44	-37	-41	-38
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	725	797	712	681	686	690	687	666	652	655
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-59	-58	-65	-56	-64	-67	-64	-68	-63
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,0	6,6	6,1	6,0	5,9	6,0	6,1	5,9	5,8	5,7
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,5	5,9	5,5	5,5	5,4	5,5	5,6	5,4	5,3	5,3
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,6	9,5	8,5	8,1	8,2	8,2	8,2	7,9	7,7	7,8
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	600	681	589	653	589	658	653	648	642	652
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	609	627	666	655	639	611	630	725	710	660
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	77	49	44	46	50	47	30	42	31	29	30	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	0	-1	0	-4	-3	-4	+3	-9	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3485	3687	3555	3551	3522	3560	3567	3527	3505	3517
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-163	-167	-75	-5	-38	-23	-10	+18	+32	+41
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	604	610	653	682	665	674	685	687	691	681
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+95	+94	+93	+87	+93	+85	+89	+87	+79	+71
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+266	+334	+394	+135	+145	+86	+22	+18	-15	+4	+28	+13	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+367	+490	+634	+184	+158	+102	+16	-11	-16	+36	-6	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-43	-82	-156	-29	-35	-23	-14	-1	-4	-8	-11	-14	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,5	4,3	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,1	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-24	-39	-29	-19	-6	-7	-7	-1	-13	-5
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	-9	-27	-28	-27	-9	-11	-9	0	-13	-1
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+66	-37	-75	-15	-12	-1	+7	+3	+4	+1	+1	0	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-9	-16	-13	-7	-2	-4	0	+3	-6	-2
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-15	-24	-15	-13	-4	-4	-7	-3	-8	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,2	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1	6,0	6,0
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,0	8,7	8,5	8,4	8,5	8,4	8,4	8,3	8,2	8,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-29	-34	+26	+29	+15	+8	+2	+14	+9	+1
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+30	+22	+17	+17	+4	+3	+7	+6	+5	+3
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	109,7	108,4	108,2	108,9	108,0	108,1	108,6	110,1	110,7	111,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,7	102,7	103,1	103,5	103,0	102,7	103,3	102,9	103,1	103,4	103,4	103,4	103,2
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,4	204,3	209,7	214,0	218,7	216,0	217,0	219,0	220,0	223,0	222,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

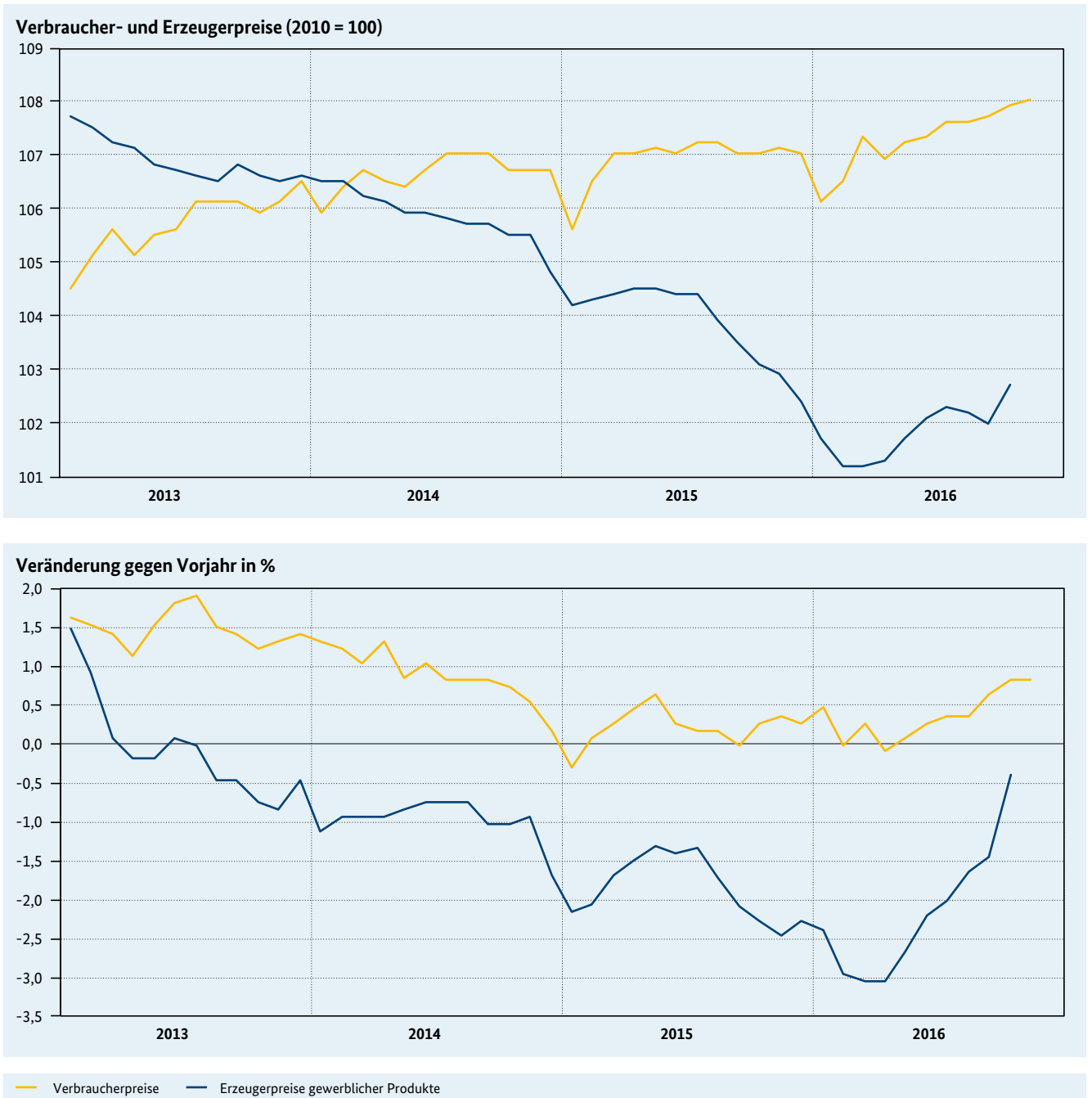
Bundesrepublik Deutschland

		2013	2014	2015	2015	2016	2016			2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	107,6	107,3	107,6	107,6	107,7	107,9	108,0
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,5	+0,3	+0,4	+0,4	+0,7	+0,8	+0,8
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,8	105,5	106,8	106,4	106,7	106,2	106,1	106,9	107,5	107,6
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-0,7	-0,8	-0,9	-0,5	-0,8	-0,7	-0,6	-0,1	+0,4	+0,5
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	109,0	107,7	108,9	108,8	109,3	109,0	108,6	108,9	109,5	109,6
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,6	-1,8	-2,0	-1,1	-1,6	-1,6	-1,2	-0,5	+0,2	+0,2
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,7	113,1	113,2	112,7	112,7	113,0	112,5	112,6	112,7	114,2
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+0,8	+0,1	+1,1	+0,9	+0,4	0,0	+1,2
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	110,3	106,9	108,0	107,5	108,6	107,8	107,3	107,5	108,6	107,8
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,2	-6,6	-5,7	-4,2	-4,9	-4,7	-4,2	-3,7	-2,3	-2,9
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	107,1	104,8	106,8	105,2	105,4	103,8	104,3	107,6	108,8	108,6
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,6	+0,9	+0,4	+0,4	+0,8	0,0	+0,4	+0,6	+1,1
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	97,8	98,2	98,4	98,4	98,4	98,3	98,5	98,5	98,6	98,8
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+0,9	+1,0
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,6	107,5	108,8	107,9	108,9	109,0	108,4	108,3	108,3
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,1
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	107,1	107,4	107,7	108,1	107,8	107,9	108,1	108,3	108,5	108,6
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,4	107,5	107,8	108,3	107,8	108,3	108,3	108,4	108,4	108,6
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1	+1,2	+1,0	+1,2
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	104,0	99,2	102,0	101,7	103,3	102,1	101,2	101,9	103,4	102,2
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,8	-7,6	-5,6	-6,4	-7,0	-5,9	-3,6	-1,4	-2,7
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	106,9	106,6	107,3	107,6	107,5	107,5	107,5	107,7	108,0	108,0
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2	+0,6	+0,4	+0,4	+0,5	+0,7	+0,9	+0,8
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	100,1	99,6	100,1	100,6	100,3	100,7	100,6	100,6	100,8	100,8
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	+0,2	+0,1	0,0	+0,4	+0,2	+0,4	+0,3	+0,5	+0,7	+0,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	102,8	101,4	101,7	102,2	102,1	102,3	102,2	102,0	102,7	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-2,4	-2,8	-2,7	-1,6	-2,2	-2,0	-1,6	-1,4	-0,4	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	101,2	100,2	100,5	101,0	100,9	101,1	101,0	101,0	100,9	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-2,1	-2,2	-2,3	-1,6	-2,0	-1,8	-1,6	-1,2	-0,7	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,4	104,6	104,7	104,9	104,8	104,8	104,9	104,9	104,9	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,1	108,9	108,2	108,7	108,9	109,2	109,5	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	+0,1	+0,3	-0,1	+0,6	-0,1	+0,5	+0,7	+0,8	+1,1	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,4	108,1	108,4	108,6	108,5	108,5	108,6	108,6	108,6	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,1	109,0	108,2	108,7	109,0	109,3	109,6	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-0,1	+0,2	-0,3	+0,6	-0,2	+0,4	+0,7	+0,7	+1,1	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	99,7	95,3	96,1	96,6	97,1	97,1	96,7	95,9	98,1	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-6,8	-8,6	-7,7	-5,6	-6,5	-6,2	-5,5	-5,2	-2,2	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,6	112,5	113,2	113,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,6	111,7	112,1	112,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,7	+0,5	+0,7	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2013	2014	2015	2015	2016				2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	185,5	172,4	100,1	84,8	70,0	87,9	90,7	94,0	90,1	90,9	91,2	99,9	95,4
	gg. Vj. in %	+0,6	-7,1	-41,9	-39,5	-32,8	-23,0	-6,7	-18,5	-14,7	-2,5	-1,8	+7,9	+10,9
Nahrungs- und Genussmittel	Index	123,4	121,6	100,0	96,2	93,6	105,3	105,0	111,1	106,7	104,0	104,3	105,5	105,4
	gg. Vj. in %	-12,2	-1,5	-17,7	-15,6	-11,4	+5,4	+6,8	+10,5	+3,4	+6,8	+10,6	+8,1	+10,0
Industrie-Rohstoffe	Index	156,2	135,2	100,1	87,8	87,7	95,2	97,5	93,0	97,2	98,9	96,5	99,2	110,4
	gg. Vj. in %	-3,2	-13,4	-26,0	-28,4	-19,9	-10,7	+1,0	-12,9	-0,9	+3,5	+0,4	+6,1	+27,5
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	192,3	179,2	100,1	83,8	66,8	86,1	89,2	93,0	88,4	89,2	89,9	99,5	93,3
	gg. Vj. in %	+1,5	-6,8	-44,1	-41,7	-35,5	-25,7	-8,3	-20,6	-17,0	-3,8	-2,8	+7,9	+9,4
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	98,8	96,2	97,2	97,8	97,8	97,9	97,7	97,8	98,7	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,5	-5,2	-5,6	-2,8	-4,6	-3,8	-2,6	-1,8	-0,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	111,8	110,8	111,3	112,4	111,9	112,0	112,4	112,8	113,7	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	-2,4	-2,1	+0,7	-1,0	+0,1	+1,1	+1,0	+1,4	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	97,4	94,8	95,7	96,3	96,4	96,4	96,2	96,2	97,2	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-4,0	-5,4	-6,0	-3,2	-4,9	-4,4	-3,0	-2,1	-0,8	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	79,7	70,4	75,7	77,7	77,9	77,7	77,7	77,7	81,4	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-21,6	-23,0	-21,0	-10,1	-17,5	-14,5	-8,7	-6,6	-1,5	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	102,9	102,3	102,0	102,1	102,1	102,3	102,0	102,0	102,1	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+1,4	-0,6	-1,7	-1,4	-1,4	-1,5	-1,4	-1,1	-0,6	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	104,3	103,6	103,7	104,0	103,9	104,1	104,0	104,0	104,3	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,2	-1,1	-1,6	-0,9	-1,3	-1,2	-0,9	-0,6	-0,1	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	105,6	107,7	106,7	106,3	106,2	106,3	106,4	106,3	105,7	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+4,3	+4,2	+1,9	+3,4	+2,7	+1,7	+1,2	+0,6	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,09	1,10	1,13	1,12	1,12	1,11	1,12	1,12	1,10	1,08
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-12,3	-2,2	+2,2	+0,4	+0,1	+0,7	+0,7	-0,1	-1,9	+0,6
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	132,9	127,0	122,0	114,3	118,5	115,3	113,5	114,2	114,5	116,9
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-7,0	-5,3	-9,1	-15,9	-14,6	-15,1	-17,2	-15,3	-15,1	-11,1
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,77	0,79	0,85	0,79	0,84	0,86	0,85	0,89	0,87
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-8,5	+3,6	+9,1	+18,4	+9,7	+19,0	+19,7	+16,5	+22,0	+23,0
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,4	94,1	94,9	95,1	94,7	94,9	95,2	95,4	95,5	95,0
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-6,7	+1,2	+4,0	+2,6	+2,6	+3,9	+2,3	+1,6	+2,0	+4,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	88,3	89,5	90,3	90,5	90,2	90,4	90,6	90,7	90,8	90,3
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-6,9	+0,4	+3,2	+2,1	+2,0	+3,3	+1,9	+1,1	+1,4	+3,7
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,5	94,8	95,2	95,4	95,0	95,2	95,4	95,5	95,9	95,5
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,2	-0,2	+0,8	+0,6	+0,3	+1,0	+0,5	+0,4	+0,8	+1,6
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,6	87,4	87,7	87,4	87,6	87,3	87,5	87,6	87,6	87,4
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-3,3	+1,0	+2,7	+0,8	+1,7	+2,0	+0,5	-0,2	+0,2	+2,0

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

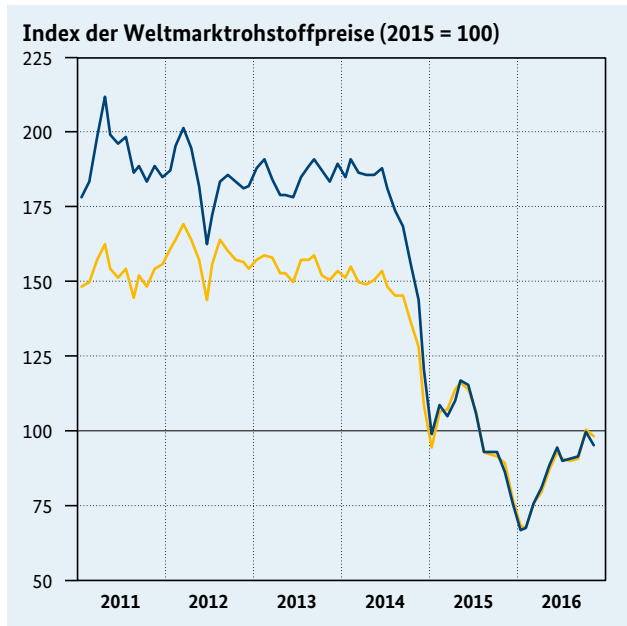
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

2 Index 2010 = 100;

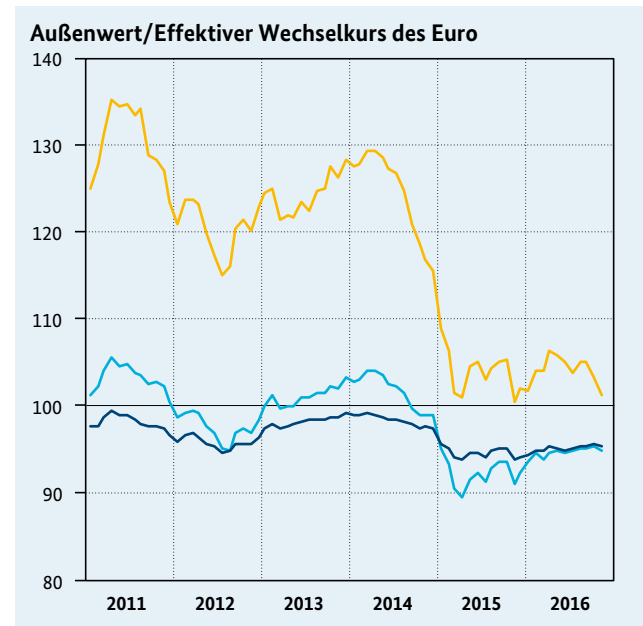
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

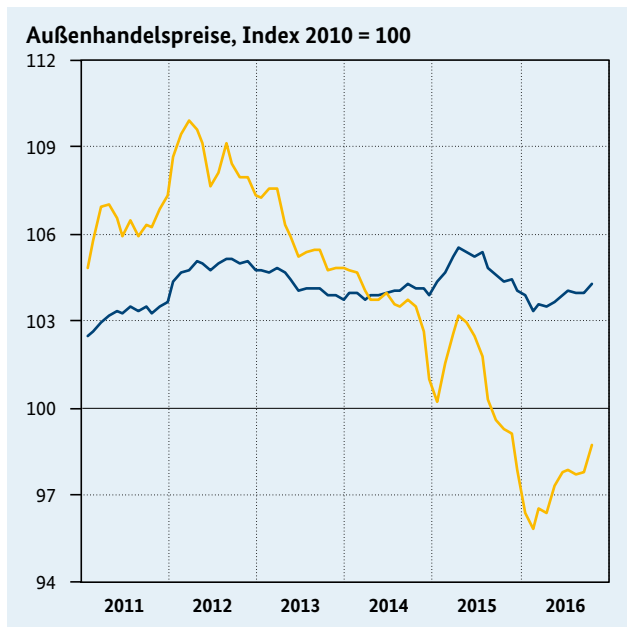
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



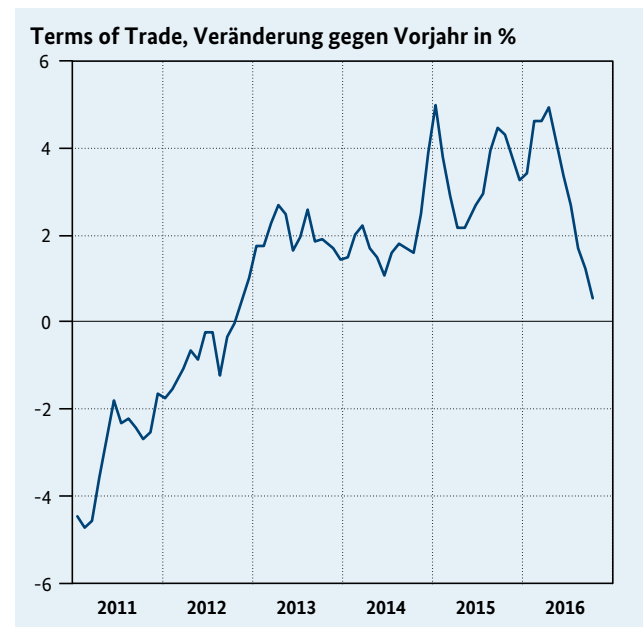
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

		2013	2014	2015	2015	2016				2016				
					4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,20	-0,31	-0,38	-0,40	-0,39	-0,41	-0,40	-0,40	-0,38	-0,39
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,09	-0,19	-0,26	-0,30	-0,27	-0,30	-0,30	-0,30	-0,31	-0,31
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	-0,01	-0,10	-0,15	-0,19	-0,16	-0,19	-0,19	-0,20	-0,21	-0,21
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,09	0,01	-0,02	-0,06	-0,03	-0,06	-0,05	-0,06	-0,07	-0,07
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,11	0,13	0,12	0,10	0,12	0,11	0,10	0,09	0,08	0,07
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,19	-0,36	-0,48	-0,62	-0,54	-0,62	-0,61	-0,62	-0,58	-0,52
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,08	-0,12	-0,27	-0,45	-0,35	-0,46	-0,45	-0,44	-0,37	-0,23
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,53	0,26	0,08	-0,12	-0,02	-0,15	-0,13	-0,09	0,00	0,19
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,2	10,3	9,2	8,6	8,7	8,4	8,9	8,4	7,9	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,3	5,4	5,0	5,0	4,9	4,9	5,2	5,0	4,6	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	4,8	5,0	5,0	4,9	5,1	5,1	4,4	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,7	4,9	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	5,0	4,8	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,4	+0,9	+1,1	+1,4	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+1,9	+2,2	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,6	+0,9	+1,1	+1,2	+1,5	+1,2	+1,2	+1,4	+1,8	+1,9	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,7	+2,4	+2,9	+2,6	+2,9	+2,4	+2,6	+2,9	+3,3	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,5	+2,6	+3,1	+3,2	+2,9	+3,1	+3,1	+3,3	+3,3	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	+0,1	+1,6	+2,2	+2,0	+1,7	+1,7	+1,8	+2,3	+2,5	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-1,6	+0,5	+2,0	-1,3	-1,1	+0,3	-2,4	-1,8	+0,1	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-1,6	+0,4	+1,8	+3,4	+2,4	+2,7	+3,5	+4,0	+3,8	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	+0,8	+2,2	+2,4	+2,4	+2,2	+1,9	+2,5	+2,9	+2,8	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,6	+2,8	+2,9	+3,0	+3,0	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,5	+3,7	+3,7	+3,8	+3,7	+3,7	+3,8	+3,7	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10630	9674	9963	10332	9859	9961	10530	10504	10619	10596
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-0,5	-9,0	+3,0	+3,7	-1,5	+1,0	+5,7	-0,2	+1,1	-0,2
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3335	2977	2975	2975	2911	2919	2993	3012	3042	3026
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-1,5	-10,7	-0,1	0,0	-2,4	+0,3	+2,5	+0,6	+1,0	-0,5
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2053	1949	2076	2161	2084	2147	2177	2159	2143	2167
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+1,4	-5,1	+6,5	+4,1	+0,8	+3,0	+1,4	-0,9	-0,7	+1,1
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	19037	16870	16389	16502	16069	16184	16593	16730	17036	17686
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-2,0	-11,4	-2,9	+0,7	-2,9	+0,7	+2,5	+0,8	+1,8	+3,8

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

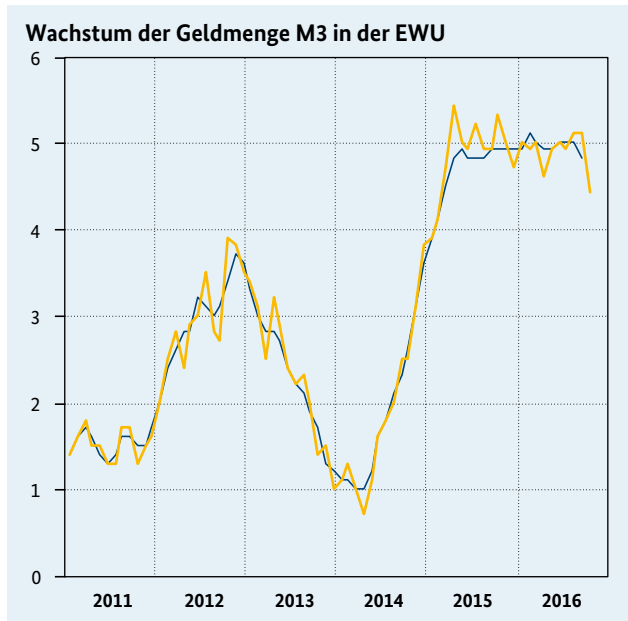
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

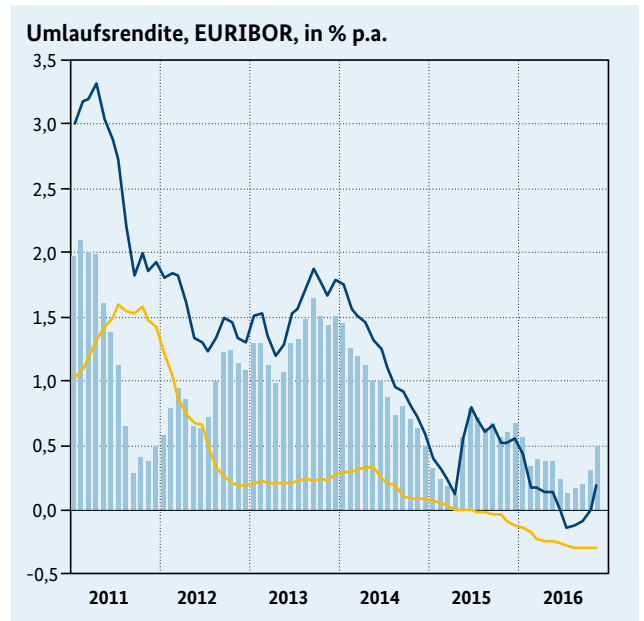
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

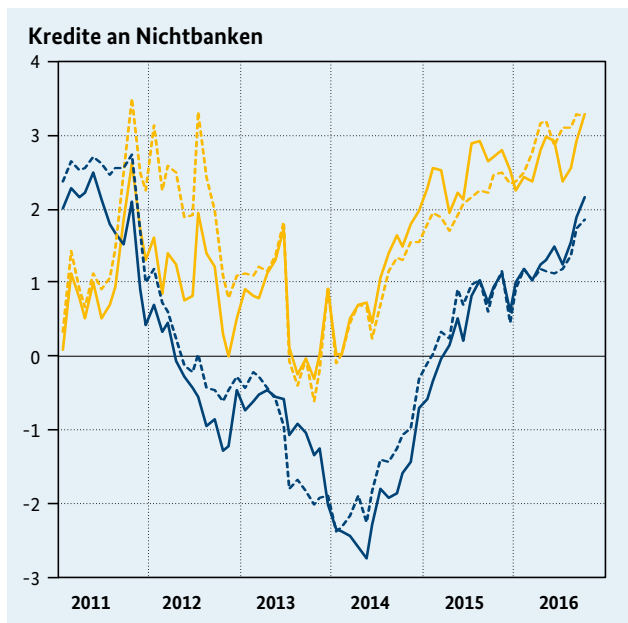
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



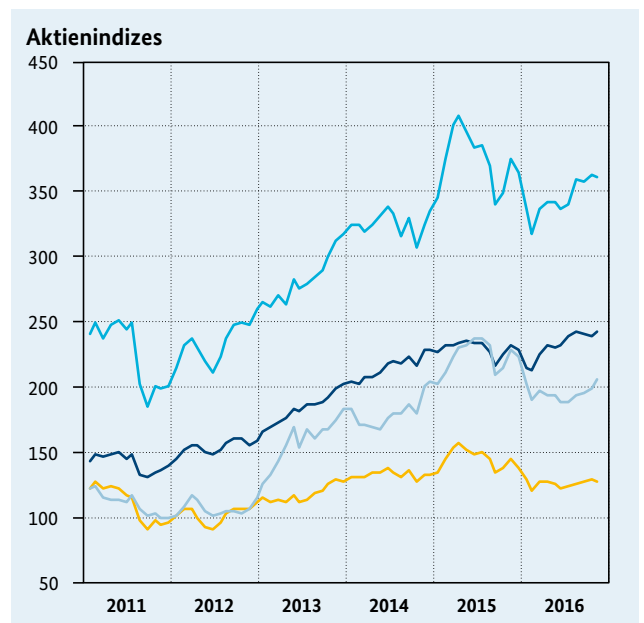
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Astrid Klesse und Maleika Grün
(Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990)

Dr. Olga Schenk
(Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen)

Julian Frohnecke
(Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS
April 2016	Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen
Mai 2016	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung

Ausgabe	Fachartikel
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020
Oktober 2016	Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch Von Bitcoin zum Smart Contract Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“
November 2016	Bundesregierung nimmt neu Maß Deutsche Wirtschaft: Auf Kurs in schwierigem Fahrwasser Neues Aktionsprogramm Digitalisierung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Dezember 2016	10. Nationaler IT-Gipfel 2016 in Saarbrücken: Aufbruchssignale für digitale Bildung und digitale Transformation Wege zu mehr öffentlichen Investitionen mit einer Infrastrukturgesellschaft – Gutachten gibt Diskussionsanreize



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>

